

Liebe Leserin, lieber Leser,

was haben die Bezeichnungen: Jahr des jungen Kraftfahrers, Jahr der Europäerinnen und Europäer und Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung gemeinsam? Sie ahnen es: Hier handelt es sich um eine Aufzählung einiger europäischer Jahre, die die EU-Kommission seit 1983 im sozio-kulturellen Bereich ausruft. Dieses Jahr ist es das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, dessen Projekte in Deutschland durch die Bundesregierung mit 1,4 Millionen Euro unterstützt werden, von denen allerdings der Hauptteil in die eigene Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung und nur ungefähr die Hälfte in die 40 Projekte in der gesamten Republik fließen. Eines dieser Projekte wird von der Arbeitslosenselbsthilfe Osnabrück, einer Mitgliedsorganisation des Paritätischen mit dem Ziel, auf kommunaler Basis Strategien zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zu entwickeln, durchgeführt.

Ruft man sich die jüngsten Sparbeschlüsse auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene ins Gedächtnis, liest man sich die ersten Ergebnisse einer im Finanzministerium in Berlin eingerichteten Gemeindefinanzkommission durch, dann kann man nur zum Ergebnis kommen, dass solche Projekte gegen Armut und soziale Ausgrenzung wichtig sind und nur der Anfang sein können!

Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Förderung und Unterstützung sozial schwacher und bedürftiger Menschen, also von Menschen, die es sich nicht leisten können, großformatige Anzeigen in überregionalen Zeitungen zu schalten, immer stärker als Konsolidierungsmasse für aus der Balance geratenen öffentliche Haushalte erhalten muss – als wichtige Säule unseres Staates aber immer mehr in Gefahr gerät. Auffallend häufig hört man die Worte „budgetneutral“ oder „sozialverträgliche Einsparungen“, zu denen sicher nicht die geplante Streichung des Elterngeldes für Hartz IV-Empfänger zählt.

Selbst in den Reden der Politikerinnen und Politiker finden das Soziale immer weniger statt, wie man auch bei der Regierungserklärung des neuen Ministerpräsidenten David McAllister hören, oder besser nicht hören konnte.

Der Versuch, in die nahe Zukunft zu blicken, ist da auch nicht unbedingt hilfreich: Die Kommunen fordern in der Gemeindefinanzkommission die Abschaffung des Wunsch- und Wahlrechts in der Sozial-, Jugend- und Eingliederungshilfe, Deckelung der Entgelte in der Eingliederungshilfe und Verzicht auf eine Erhöhung des Regelsatzes in der Sozialhilfe, was nichts anderes bedeutet als Sozialpolitik ausschließlich nach Kassenlage und nicht nach dem tatsächlichen Bedarf oder der derzeitigen Rechtslage.

Da beruhigt es dann doch, dass im kommenden Jahr 2011 das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit und der aktiven Bürgerschaft begangen wird: Dann kann der Staat versuchen, die Tätig-

keiten der Betroffeneninitiativen, der Vereine und sozialen Einrichtungen, die ihre Angebote für von Armut und sozialer Ausgrenzung bedrohter Menschen aufgrund der staatlichen Sparmaßnahmen auf allen Ebenen einstellen mussten, durch ehrenamtliches Engagement aufzufangen.

Herzlichst, Ihr



Sebastian Böstel,
Vorstand



Ankündigung

33. Mitgliederversammlung
des Paritätischen Wohlfahrtsverbands
Niedersachsen e.V.

13. November 2010

10.00 Uhr

Congress Centrum Hannover (Glashalle)

Bitte merken Sie sich diesen Termin vor.

Eine Einladung mit der Tagesordnung geht allen Mitgliedern rechtzeitig zu.

Ansprechpartnerinnen für Fragen und Informationen:

Cornelia Rundt, Vorstand

Birgit Helm, Referentin

**Tel.: 0511 52486-363,
birgit.helm@paritaetischer.de**

Ausgabe 3-10

Impressum	2	Neuer Parkausweis für Menschen mit Behinderungen.	35
Editorial	3	Menschen mit Behinderungen haben sich in Celle	
Einladung zur Mitgliederversammlung.....	4	ihr Traumhaus gebaut	35
Schwerpunkt: Armut und soziale Ausgrenzung		Hannoversche WohnAssistenz in neuen Räumen.....	37
Paritätische Kampagne gegen Armut		Forum zur Zukunft der Mehrgenerationenhäuser	38
und soziale Ausgrenzung.....	6	Positionspapier zur Zukunft der	
KOBRA: Armut und Ausgrenzung als Ursachen für		Mehrgenerationenhäuser	40
Menschenhandel.....	6	Forum Ausländer e.V. ist 800. Mitgliedsorganisation .	42
Die Koordinierungsstelle KOBRA.....	8	BVN/I.L.I.S. fertigt Hilfsmittel für Saudi-Arabien	43
Zur Situation neu zugewanderter Jugendlicher		Mutter- und Kind-Kuren wieder im Aufwind.....	44
im ländlichen Raum	9	Wulff bleibt Schirmherr der DMSG.....	46
VAMV: Kinder in Einelternfamilien		Vorstandswechsel bei der Lebensabend-Bewegung..	46
häufiger von Armut betroffen.....	10	Musik-in-Liner zu Gast in Braunschweig.....	48
Der VAMV Osnabrück	12	DLRG warnt vor Wassersport im Herbst.....	49
Die Nähwerkstatt: Von der Kleiderkammer zum		Weiterbildungs-Master Integrative Lerntherapie.....	50
Unikat – ein Projekt für langzeitarbeitslose Frauen..	13	Neue Arbeitshilfe der Bank für Sozialwirtschaft.....	50
Der Werkstatt-Treff Mecklenheide	14	Bunte Vielfalt sozial gestalten	
Integration oder Isolation? Ak Asyl über		Paritätischer diskutiert mit BGM Philipp Rösler.....	51
Flüchtlinge in Deutschland	14	Sommerempfang der Lüneburger Europa-Büros.....	52
Ak Asyl: Der Göttinger Arbeitskreis zur		Verabschiedung von Ingeborg Riedel.....	53
Unterstützung von Asylsuchenden e.V.....	15	I. Special Olympics Sportfest in Hannover	54
Armut und Behinderung – Wechselwirkungen,		Neue Spielgeräte im Frauenschutzhaus	55
Gefährdungspotenziale und Folgen	16	Frauennotruf zurück in neuen/alten Räumen	56
Hilfe-für-hungernde-Kinder: Ernährung,		12. Selbsthilftag in Lüneburg	57
Bildung und Teilhabe	17	9. Selbsthilftag in Peine.....	58
„Allen Kindern Zukunft geben!“ Ein Modellprojekt		Solotheater „Süchtig“ begeistert Zuschauer	59
der Arbeitslosenselbsthilfe e.V.....	20	Neues Zuhause für Jugendzentrum Gleis I	60
Die Arbeitslosenselbsthilfe e.V.....	22	Cafeteria Nordmensa mit neuem Design.....	60
Armut und Ausgrenzung = Alleinerziehend?		Lob zum Jubiläum: Paritätischer Uelzen wird 50.....	61
Ein Schicksal im Frauenhaus.....	23	Hilfe seit 50 Jahren: Paritätischer Emden feiert.....	62
Das Frauen- und Kinderschutzhaus Hannover.....	24	Neuer Name zum 40.: PGB wird zur PLSW.....	64
Eckpunktepapier des Fachbereichs Frauen und Familie		101. Geburtstag im „Haus am Weddigenufer“	65
für eine verlässliche Finanzierung von Schutz-		„Nachtigallen“ gratulieren musikalisch.....	66
einrichtungen für von Gewalt betroffene Frauen.....	25	Bei der Glückspilz-Lotterie gibt es nur Gewinner –	
Eine(r) für alles		Bundeswehrsozialwerk verkauft Lose	67
Sparbeschlüsse der Landesregierung: Auswirkungen		Kreativer Umgang mit dem Verbandslogo	69
der „Null-Runde“ auf die Behindertenhilfe.....	28	Trauer um Elke Katz.....	70
Wie eine riesige Familie: 18. Internationale		Ehrungen	70
Jugendbegegnung ein toller Erfolg	29	Der Paritätische Stellenmarkt.....	71
Eröffnung der Jugendbegegnung.....	31	Service	
Klaus Lachwitz erster deutscher Präsident von		Serviceleistungen des Paritätischen Niedersachsen..	72
Inclusion International.....	32	Fachbereiche des Paritätischen.....	73
Lebenshilfe Delmenhorst und Landkreis Oldenburg		Arbeitskreise des Paritätischen.....	74
e.V. reist zum Kongress nach Berlin	33	Mitglieder des Verbandsrats	75
Inklusives Wohnen „Sprungbrett“ in Lüneburg	34	Verbandsadressen	76



Paritätische Kampagne gegen Armut und soziale Ausgrenzung

Die Europäische Union hat 2010 zum „Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ ausgerufen. Ein Motto, das den Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. und viele seiner Mitgliedsorganisationen jeden Tag, in jedem Jahr beschäftigt. Wie groß der Kreis der Betroffenen ist und welche Auswirkungen Armut und soziale Ausgrenzung haben können, damit werden Sozialarbeiter, Streetworker, Altenpfleger oder auch Erzieher täglich aufs Neue konfrontiert. Die in dieser Ausgabe des Parität Reports gesammelten Beiträge Paritätischer Mitgliedsorganisationen geben einen kleinen Einblick darüber, wie unterschiedlich die Folgen von Armut und sozialer Ausgrenzung sind.

Weitere Informationen, Alltagsbeispiele, Erfahrungsberichte und Fachbeiträge zum Thema finden Sie auch im Internet auf der Seite www.gegen-soziale-Ausgrenzung.de, mit der sich der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen auf ganz besondere Weise an dem EU-Jahr

beteiligt. Auf der Kampagnenseite kommen Betroffene zu Wort, es werden Aktionen und Projekte beschrieben, Termine für Feste, Thementage oder Fachveranstaltungen bekannt gegeben, Medienberichte gesammelt sowie spezielle Veröffentlichungen und weiterführende Literatur zum Thema empfohlen.

Die Seite wird regelmäßig aktualisiert, denn für den Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen und seine mehr als 800 Mitgliedsorganisationen sind die Themen Armut und soziale Ausgrenzung immer aktuell und nicht nur an ein spezielles Jahr oder eine Aktionswoche gebunden. Deshalb wird die Paritätische Kampagne auf www.gegen-soziale-Ausgrenzung.de auch über das EU-Jahr 2010 hinaus fortgesetzt werden.

Bereits seit mehr als 20 Jahren setzt sich der Paritätische Wohlfahrtsverband intensiv mit dem Thema Armut auseinander. Die Veröffentlichung des Armutsatlas, die Vorschläge zur Neuberechnung der Hartz IV-Re-

gelsätze für Kinder sowie ständige Gespräche und Diskussionen mit zuständigen Gremien und Politikern sind nur drei Beispiele dafür, in welcher vielfältiger Form der Paritätische sich gegen Armut und für soziale Gerechtigkeit einsetzt.

Schließlich ist soziale Ausgrenzung mehr als Armut. Und Armut ist mehr als ein zu geringes Einkommen. Armut bedeutet auch gesellschaftliche Isolation, geringere Chance auf Bildung und Leben am Rande des Existenzminimums. Um auf diese Auswirkungen aufmerksam zu machen und Vorurteile abzubauen hat der Paritätische die Kampagnenseite www.gegen-soziale-Ausgrenzung.de ins Leben gerufen.

Wir bitten die Mitgliedsorganisationen, sich aktiv an der Paritätischen Kampagne zu beteiligen – schicken Sie Beiträge, Texte und Bilder bitte an kampagne@paritaetischer.de.

Anika Falke
 Pressereferentin Paritätischer
 Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

Armut und Ausgrenzung als Ursachen für Menschenhandel

Mit Flyer und Projekt in Bulgarien:

KOBRA und der Paritätische arbeiten präventiv

Menschenhandel ist eine moderne Form der Sklaverei. Schätzungen gehen davon aus, dass in Deutschland etwa 15.000 Menschen von Menschenhandel betroffen sind¹. Strafrechtlich wird seit 2005 neben dem

Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung auch der in ausbeuterische Arbeitsverhältnisse erfasst. Betroffenen sind somit neben der Prostitution auch Branchen wie die Gastronomie, die Landwirtschaft, der

Pflegebereich, private Haushalte, das Baugewerbe, die Reinigungsbranche, das Schaustellergewerbe und die Transportbranche. Im Bereich der Strafverfolgung von Handel von Menschen in ausbeuterische Ar-

beitsverhältnisse liegen jedoch noch wenig Erfahrungen vor, so dass für 2009 laut Lagebild Menschenhandel des Bundeskriminalamtes lediglich 24 Fälle registriert wurden. Demgegenüber wurden im Bereich des Menschenhandels zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung im gleichen Zeitraum 534 Ermittlungsverfahren mit 710 Opfern verzeichnet. Hierbei handelte es sich überwiegend um weibliche Opfer (87 %)². In beiden Bereichen ist jedoch von einem wesentlich höheren Dunkelfeld auszugehen.

Menschenhandel findet seine Ursachen in sozialer Not, Gewalt, Arbeits- und Perspektivlosigkeit in den Herkunftsländern, häufig hervorgerufen durch gesellschaftlichen Umbruch, Krieg oder Naturkatastrophen. Viele Menschen sehen als einzigen Ausweg die Migration. Dem enormen Migrationsdruck steht eine restriktive Einwanderungs- bzw. Abschottungspolitik der westlichen Länder gegenüber. Diese begünstigt Menschenhandel, da MigrantInnen auf dubiose VermittlerInnen und illegale Wege zurückgreifen müssen und so leicht Opfer falscher Versprechungen werden oder in vielschichtige Abhängigkeiten geraten.

Frauen sind von Armut und Ausgrenzung häufig stärker betroffen und vielfach alleinverantwortlich für die Ernährung ihrer Kinder. So hat in den letzten Jahren eine verstärkte Arbeitsmigration von Frauen, außer aus den asiatischen und afrikanischen auch aus den mittel- und osteuropäischen Ländern, stattgefunden.

In der Beratung der Koordinierungs- und Beratungsstelle für Opfer von Menschenhandel KOBRA

Leicht verständliche Hilfe: Kobra hat einen Flyer mit Piktogrammen entworfen, der bei der Streetwork in Hannover verwendet wird.



steigen insbesondere die Zahlen der bulgarischen Frauen seit Beitritt des Landes in die Europäische Union im Jahre 2007 stetig an. Kamen 2007 noch 12 Bulgarinnen in die Beratung, waren es 2008 bereits 17 und 2009 25 Frauen. Damit ist Bulgarien neben Polen als Herkunftsland am stärksten vertreten. Die bulgarischen Opfer von sexueller Ausbeutung sind überwiegend ethnischen Minderheiten zugehörig. So erfahren insbesondere Frauen aus Minderheiten-Gruppen wie z.B. der türkischen oder der Roma-Minderheit in Bulgarien verstärkte, systematische Diskriminierung. Die meisten von ihnen leben in absoluter Armut und ohne Perspektive.

Trotz verfassungsmäßig proklamierter Gleichheit aller BürgerInnen werden die Roma vom politischen und sozialen Leben nach wie vor ausgegrenzt³. Mehr als die Hälfte der Roma wohnen in getrennten

Stadtteilen, oft ohne Infrastruktur, Wasser oder Elektrizität⁴. Die Schulen in diesen Vierteln mit Ghetto-Charakter werden in höchstem Maße vernachlässigt. Der Analphabetismus nimmt so unter jungen Roma rapide zu. So kann nach einer Volkszählung von 2001 jeder fünfte Roma nicht lesen und schreiben⁵. Mangels Bildungsmöglichkeiten und beruflicher Qualifikation haben die Roma so kaum Möglichkeiten, den Teufelskreis der Armut zu durchbrechen. Während die Arbeitslosenquote in Bulgarien durch den vom EU-Beitritt verursachten ökonomischen Aufschwung zwischenzeitlich auf 7 % sank, liegt sie bei den Roma noch bei bis zu 90 %⁶.

Roma-Frauen sind doppelt von Diskriminierung betroffen – aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit in der Gesellschaft und aufgrund ihres Geschlechts innerhalb der streng patriarchalen Struktur ihres Famili-

enverbandes. Dies macht sie besonders anfällig für die Versprechungen der Menschenhändler.

Von den Beraterinnen Kobras werden die bulgarischen Frauen vornehmlich auf dem Straßenstrich angetroffen. Es ist für die Streetworkerinnen häufig ersichtlich, dass sie nicht freiwillig der Prostitution nachgehen. Um die Situation der Frauen jedoch einschätzen und Unterstützung Kobras anbieten zu können, ist zunächst der Aufbau eines Vertrauensverhältnisses erforderlich. Die hierzu nötigen Gespräche mit den Frauen stießen zu Beginn auf große Hindernisse, da diese oftmals Romani oder eine Mischung aus Bulgarisch und Türkisch sprechen. Die Kommunikation wird auch durch den weit verbreiteten Analphabetismus der Betroffenen erschwert, da so z.B. auch muttersprachliche Flyer nicht weiterhelfen.

Mit Unterstützung durch den Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. konnte Kobra seit 2009 eine bulgarischsprachige Beratung zunächst durch Einsatz von Dolmetscherinnen aufbauen. Seit Juni 2010 ist eine Bulgarisch sprechende Mitarbeiterin eingestellt, die vornehmlich aufsuchende Arbeit auf dem Straßenstrich macht. Dieses Angebot wird sehr gut angenommen. Eine Finanzierung über 2010 hinaus ist jedoch leider nicht gesichert.

Die Beratung der Frauen erfordert zudem Hintergrundinformationen über ihre Lebensumstände in Bulgarien. Daher führte KOBRA 2008 ebenfalls mit Unterstützung durch den Paritätischen ein Präventions- und Vernetzungsprojekt mit der Partnerorganisation La Strada/Animus in Sofia, Bulgarien durch. La Strada und KOBRA haben im Zuge

des Projekts einen gemeinsamen Flyer zur Prävention entworfen und gedruckt. Er wird mit Hilfe bulgarischer Nichtregierungsorganisationen in den typischen Herkunftsregionen in Bulgarien an potenzielle Opfer verteilt. Um auch die bulgarischen Betroffenen in Niedersachsen erreichen zu können, hat KOBRA einen weiteren Flyer mit Piktogrammen entworfen, der bei der Streetwork in Hannover verwendet wird.

Weitere Informationen zur Zentralen Koordinierungs- und Beratungsstelle für Opfer von Menschenhandel, kurz KOBRA, gibt es im Internet unter www.kobra-beratungsstelle.de sowie telefonisch unter 05 11 / 7 01 15 17.

*Theda Kröger
Kordinatorin bei KOBRA*

Die Koordinierungsstelle KOBRA

Die Zentrale Koordinierungs- und Beratungsstelle für Opfer von Menschenhandel, kurz KOBRA, wurde 1997 als Projekt des Vereins Phoenix e.V. in Hannover gegründet. KOBRA bietet den Opfern von Menschenhandel unter anderem psychosoziale Betreuung, Beratung in der Muttersprache, Unterstützung und Prozessbegleitung bei Gerichtsverhandlungen gegen Menschenhändler sowie Hilfe bei der Rückreise in die Heimatländer. Ein weiterer wichtiger Bereich KOBRA's ist die nationale und internationale Vernetzung mit Nichtregierungsorganisationen. Zudem führt KOBRA nie-

dersachsenweit Fortbildungen und Schulungen für Institutionen und Behörden durch, die mit dem Thema Menschenhandel befasst sind. KOBRA wird finanziert durch das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration und durch Spenden. Der Trägerverein PHOENIX unterhält neben KOBRA das gleichnamige Beratungsprojekt PHOENIX für in der Prostitution freiwillig tätige Personen sowie die Anlaufstelle LA STRADA für drogenabhängige Mädchen und Frauen und das Café Nachtschicht an Hannovers Straßenstrich.

- 1 http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/uploads/tx_commerce/studie_menschenhandel_in_deutschland_01.pdf
- 2 http://www.bka.de/lageberichte/ok/2009kfl_lagebild_ok_2009_kurzlage.pdf
- 3 Danova-Russinova, Savelina: Roma in Bulgarien: Menschenrechte und staatliche Politik. In OSZE-Jahrbuch 2001; S. 289
- 4 Popkostadinova, Nikoletta 2008: Kein Mathe, kein Wasser in Stoliponowo. = www.eurozine.com/...article_2008-04-22-popkostadinova-de.html
- 5 Ebda.
- 6 Ebda.

Zur Situation neu zugewanderter Jugendlicher im ländlichen Raum

Armut und soziale Ausgrenzung von Menschen mit Migrationshintergrund

Das Thema der Bildungsbe(nach)teiligung von Kindern und Jugendlichen aus Migrantenfamilien im deutschen Schulsystem wird seit einigen Jahren verstärkt diskutiert. Die Tatsache, dass diese SchülerInnen durchschnittlich deutlich schlechtere Schulleistungen erzielen als ihre KlassenkameradInnen ohne Migrationshintergrund und sie die Schule überproportional häufig ohne Abschluss verlassen, ist mittlerweile kein Geheimnis mehr. Im Mittelpunkt der zahlreichen Berichte, Analysen und politischen Überlegungen, die bisher aus dieser alarmierenden Feststellung resultieren, stehen in der Regel diejenigen Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind.

Dieser Artikel wendet sich nun einer Gruppe zu, die kaum im Mittelpunkt des Interesses steht: Junge Menschen, die selbst im schulpflichtigen Alter nach Deutschland migrieren und dort in die Schule eingegliedert werden. Es handelt sich bei diesen Jugendlichen z.B. um Kinder von Asylsuchenden, von AussiedlerInnen, um unbegleitete minderjährige Flüchtlinge oder um Kinder, die im Rahmen des Familiennachzugs nach Deutschland kommen. In Zeiten geringer Zuwanderungszahlen tauchen insbesondere im ländlichen Raum solche Jugendliche nur vereinzelt an den Schulen auf. Diese Tatsache macht ihre Situation aber weder einfacher, noch entbindet sie die Schulen von der

grundsätzlichen Pflicht, allen SchülerInnen die Fähigkeiten und das Wissen zu vermitteln, die ein junger Mensch braucht, um in unserer Gesellschaft zurechtzukommen. In der Praxis gestaltet sich dies aber häufig schwierig.

Die Jugendlichen, die aus dem Ausland in die deutschen Schulen kommen, stellen diese vor hohe Herausforderungen, weil sie i.d.R. kein Deutsch sprechen, aus einem anderen Schulsystem kommen und sich in der Schule anderes Wissen angeeignet haben, als das, was in deutschen Schulen vermittelt wird. Dabei gilt: Je älter die sogenannten „SeiteneinsteigerInnen“ sind, desto schwieriger ist es für sie, das Klassenziel oder gar einen deutschen Abschluss zu erreichen. Auch handelt es sich bei der Schülergruppe um eine extrem heterogene Gruppe. Die Spannweite bzgl. der Vorbildung, mit der die SchülerInnen nach Deutschland kommen, reicht von AnalphabetInnen, die nie in ihrem Leben auf einer Schulbank saßen, über Jugendliche, die in einer anderen Ausgangsschrift (z.B. dem arabischen Schriftsystem) alphabetisiert sind, bis zu gut vorgebildeten jungen Menschen, die in ihrem Herkunftsland das Gymnasium besucht haben. Gemein ist diesen Jugendlichen, dass sie zunächst die deutsche Sprache lernen müssen, um in der Schule mitzukommen.

Die Situation in den Schulen zeigt allerdings, dass sie je nach Vorbildung mit unterschiedlichen Proble-

men konfrontiert werden. Greift man die beiden oben skizzierten „Extreme“ auf, heißt das: Jemand, der noch nie eine Schule besucht hat und weder Lesen noch Schreiben kann, ist bspw. in der 8. Klasse einer Hauptschule komplett überfordert und wird es höchstwahrscheinlich nicht schaffen, nach zwei Jahren den Schulabschluss zu machen. Auch die Lehrkräfte sind mit solchen SchülerInnen meist überfordert: Sie „passen“ einfach nicht in die Klassen, müssten „ganz von vorne anfangen“, sind aber zu alt, um sie einfach in die Grundschule zu schicken. Gut vorgebildete SchülerInnen dagegen haben häufig ein anderes Problem: Gemäß ihrer nicht vorhandenen Deutschkenntnisse ist es für sie i.d.R. nicht möglich, in Deutschland eine Realschule oder ein Gymnasium zu besuchen. Sie werden daher meist in Hauptschulen oder (ab 16 Jahren) direkt in berufsbildende Schulen eingegliedert. Da sie über keinen deutschen Schulabschluss verfügen, kommen sie dort in Klassen mit anderen Jugendlichen ohne Abschluss, etwa das BVJ (Berufsvorbereitungsjahr). Trotz der sprachlichen Überforderung sind die zugewanderten Jugendlichen in solchen Schulen/Klassen fachlich häufig unterfordert und passen auch von ihrem aus den Herkunftsländern mitgebrachten, oft disziplinierten und angepassten Sozialverhalten nicht in diese Klassen.

In beiden skizzierten Fällen sind die Folgen häufig Motivationsverlust,

Frustration und Orientierungslosigkeit auf Seiten der SchülerInnen und Ratlosigkeit auf der Lehrerseite. Von den Eltern der Jugendlichen ist meist keine Hilfe zu erwarten, da diese selbst wenig Deutsch sprechen und sie sich im deutschen Schulsystem nicht zurechtfinden. So entstehen nicht selten missglückte Schülerkarrieren und Aneinanderreihungen von Bildungsmaßnahmen nach Erfüllen der allgemeinbildenden Schulpflicht, die allesamt nicht da ansetzen, wo es für die neu Zugewanderten nötig und sinnvoll wäre. Da die Anzahl solcher Jugendlicher in größeren Städten höher ist, sind dort an einzelnen Schulen Konzepte vorhanden. So werden sie etwa in zentralen „Sprachlernklassen“ zunächst auf den Besuch der Regelklassen, u. a. auch auf die gymnasiale Oberstufe, vorbereitet. Im ländlichen Raum dagegen bleibt das Problem die ge-

ringe Zahl dieser SchülerInnen und die weiten Strecken zwischen den unterschiedlichen Orten, die eine gemeinsame Beschulung schwierig machen. Auch alternative Angebote, wie Integrationskurse für Jugendliche vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), sind an Mindestschülerzahlen geknüpft und kommen daher meist nicht zustande.

Wie löst man nun diese Problematik? In der Diskussion um Bildungsarmut und demographischen Wandel wird immer wieder angeführt, dass Deutschland sich keine verlorenen Schülerkarrieren leisten kann. Es heißt also: In die Bildung investieren. Das gilt auch für die hier behandelte Thematik. Auch einzelnen SchülerInnen mit besonderem Beschulungsbedarf (z.B. Deutsch als Fremdsprache-Unter-

richt oder Alphabetisierung) müssen geeignete Beschulungsangebote gemacht werden. Sie dürfen nicht einfach in den Klassen „mitgeschleppt“ werden, bis sie der Schulpflicht entwachsen sind und ohne jegliche Chance auf eine Berufsausbildung dastehen. Für die Erfüllung dieser Forderung braucht es mehr (gut ausgebildete, für die Thematik sensibilisierte) Lehrkräfte und SozialpädagogInnen, um die Möglichkeit zu schaffen, ggfs. auch einzelne SchülerInnen zu fördern. Außerdem ist eine enge Vernetzung zwischen den unterschiedlichen Schulen, sozialen Einrichtungen und außerschulischen Bildungsträgern notwendig, um evtl. gemeinsam Unterstützungsmöglichkeiten für neu zugewanderte Jugendliche zu schaffen.

Yvonne Holling

Refugium Wesermarsch e.V., Brake

VAMV:

Kinder in Einelternfamilien häufiger von Armut betroffen

Anteil bei Alleinerziehenden überproportional

Nicht nur bundesweit, auch in Osnabrück hat die materielle Armut bei Kindern einen historischen Höchststand erreicht. Ein überproportionaler Anteil der Kinder, die Sozialgeld beziehen, lebt bei Alleinerziehenden. Grundsätzlich gilt: Je mehr Kinder in einer Einelternfamilie leben, desto größer ist das Armutsrisiko. Alleinerziehend ist heute eine Familienform unter vielen und wird ebenso individuell gelebt wie andere Familienformen auch. Alleinerziehende gibt es in allen sozialen Schichten, sie kommen aus allen Bildungsbereichen. Eben-

so unterschiedlich wie die Gründe des Alleinerziehens sind die jeweiligen Bedingungen bei den Einkommensverhältnissen: Generell lässt sich für die Ratsuchenden in der Beratungsstelle des Verbands allein erziehender Mütter und Väter e.V. (VAMV) Ortsverband Osnabrück, sagen, dass verwitwete allein erziehende Mütter und deren Kinder aufgrund von Rentenansprüchen über das stabilste Versorgungssystem verfügen, während ledige Mütter – vor allem dann, wenn sie nur kurzzeitig erwerbstätig waren – bzw. sehr junge allein erziehen-

de Mütter ohne Berufsausbildung sowie Frauen, die viele Jahre nicht berufstätig waren, in besonderem Maß von Armut betroffen sind.

Alleinerziehende haben die schwierige Aufgabe, neben der Kinderbetreuung und der Organisation des Familienlebens auch die materielle Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit im Wesentlichen alleine bewältigen zu müssen. Die Inanspruchnahme von Kindererziehungszeiten, der Verlust des Arbeitsplatzes oder working poor (Erwerbsarmut) aufgrund von Niedriglohn oder Teil-



Zur Entlastung der Alleinerziehenden bietet der VAMV für fast alle tagsüber stattfindenden Veranstaltungen Kinderbetreuung an, um die unter anderem Betreuerin Sabrina Ricke kümmert.

zeitbeschäftigung mangels Kinderbetreuungsmöglichkeiten wirken sich in diesen Familien, wenn keine Ersparnisse vorhanden sind, unmittelbar und direkt aus.

Auch für Kinder sind Übergänge in neue Lebenssituationen häufig krisenhafte Prozesse, die ein erhöhtes Krankheitsrisiko mit sich bringen, dazu gehören auch Trennung, Scheidung oder Tod eines Elternteils. Hier müssen viele Dinge gleichzeitig ver- und bearbeitet werden: die emotionale Trennung,

Trauer, häufig auch die soziale Trennung und die damit verbundene Neuorientierung in einem neuen sozialen (Wohn-)umfeld. Eine massive weitere Belastung stellt der Fall in die Armut dar.

Viele Ratsuchende sind in der Erstberatung sind massiv verunsichert, was ihre zukünftige Existenzsicherung angeht. Sie haben große Angst, den Lebensunterhalt nicht mehr ausreichend sichern zu können. Und tatsächlich geraten viele erst einmal, zumindest vorüberge-

hend bis eine Klärung der Unterhaltsansprüche erfolgt ist, in die Situation ALG II beantragen zu müssen.

Armut von Kindern wirkt sich in vielerlei Hinsicht aus (Gesundheit, Bildung, Wohnen, Chancenungleichheit, Ausgrenzung). Mögliche Folgen sind: soziale Isolierung, Sprachlosigkeit, Depression, soziale Ängste, Regression oder Aggression. Hinzu kommen bei Kindern aus Einelfamilien die immer noch bestehenden Vorurteile, mit der Folge, dass

diese Kinder unter einem erhöhten Normalitätsdruck stehen.

Die Armut von Kindern kann nicht isoliert von der Armut der Eltern betrachtet werden. Eltern sind für den Lebensunterhalt ihrer Kinder verantwortlich. In der Verantwortung unserer Gesellschaft liegt es dafür zu sorgen, dass auch Kinder, deren Eltern nicht für einen ausreichenden Lebensunterhalt sorgen können, einen angemessenen Lebensunterhalt erhalten. Neben der konkreten Absicherung unserer Kinder setzt der VAMV sich für eine Kindergrundsicherung in Höhe von 500 Euro für jedes Kind ein. Diese Leistung ist als Einkommen des Kindes zu werten und darf weder im SGB II noch im SGB XII oder bei Bezug anderer Fürsorgeleistungen auf das Einkommen der Eltern angerechnet werden. Weiterhin setzen wir uns für die Reduzierung der Mehrwertsteuer auf kindbezogene Produkte ein.

Aktuell ist der VAMV Ortsverband Osnabrück als Kooperationspartner im Rahmen eines EU-Projektes anlässlich des Europäischen Jahres zur Bekämpfung von Kinderarmut an dem Projekt „Allen Kindern Zukunft geben“ – kommunale Strategien zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung beteiligt.

Weitere Informationen sind beim Verband allein erziehender Mütter und Väter e.V., Ortsverband Osnabrück, Arndtstr. 29 in 49080 Osnabrück sowie unter Telefon 0541/ 2 43 43 oder per E-Mail an vamv-ov-os@web.de erhältlich.

Gudrun Sixtus
 Verband allein erziehender
 Mütter und Väter Ortsverband
 Osnabrück e.V.

Der Verband allein erziehender Mütter und Väter e.V. (VAMV) OV Osnabrück

Der Verband allein erziehender Mütter und Väter e.V. (VAMV) Ortsverband Osnabrück ist eine Selbsthilfeorganisation mit angegliederter Beratungsstelle von und für Einelternfamilien. Seine Mitglieder sind ledige, getrennt lebende, geschiedene und verwitwete Mütter und Väter. Das besondere Konzept unserer Einrichtung ist es, den Selbsthilfegedanken mit qualifizierter Beratung zu verbinden. Ein Schwerpunkt des Ortsverbandes Osnabrück ist deshalb die psychosoziale Beratung durch eine pädagogische Mitarbeiterin. Besonders in der Umbruchphase in und nach Trennung, Scheidung, lediger Mutterschaft, ‚Allein-Schwangerschaft‘ oder Verwitwung unterstützt sie ratsuchende Mütter und Väter bei der Bewältigung psychosozialer Probleme. Als vorwiegende Beratungsinhalte sind zu nennen: Depressionen, Ängste, Isolation, Sucht- und Selbstwertprobleme

sowie die intensive Begleitung bei der Trauer- und Schmerzverarbeitung, Unterstützung bei der eigenständigen Gestaltung der Familienreorganisation, Stärkung der Selbstbestimmungskompetenzen, der Neudefinition als alleinerziehender Elternteil, Entdecken und Stärken eigener Ressourcen, Entwickeln neuer Perspektiven, sowie Stärkung der elterlichen Erziehungskompetenzen. Kriseninterventionen machen einen hohen Anteil der beratenden Intervention aus. Fragestellungen zum Umgangs- und Sorgerecht, zum Unterhaltsrecht, ALG II und weiteren staatlichen Transferleistungen stellen einen weiteren Schwerpunkt dar. Neben der Einzelfallhilfe bietet die Beratungsstelle regelmäßig wöchentliche klienten- u. themenzentrierte Gesprächskreise sowie Tages-, Wochenendseminare und Familienfreizeiten mit Kinderbetreuung an.

Werben im

Parität Report

Sie möchten in den nächsten Ausgaben des Parität Report eine Anzeige schalten?

**Wir beraten Sie dazu gerne.
 Fordern Sie einfach unter
presse@paritatischer.de**

unverbindlich unsere gültige Anzeigenpreisliste an.

Die Nähwerkstatt: Von der Kleiderkammer zum Unikat

Ein Qualifikationsprojekt für langzeitarbeitslose Frauen

Fleißig: Die Frauen bei der Arbeit in der Nähwerkstatt.
Foto: Dorota Sliwonik



Schick und trendy: Eine Auswahl der von den Frauen angefertigten Textilien.

Fotos: Dorota Sliwonik

„Von der Kleiderkammer zum Unikat“ heißt ein interkulturelles Projekts des Werkstatt-Treffs Mecklenheide (WTM) in Hannover-Hainholz, bei dem zehn langzeitarbeitslosen Frauen eine Qualifizierung im Recyclingdesign erwerben können. Die meisten Teilnehmerinnen haben einen Migrationshintergrund, sind Mütter nach der Erziehungspause und gelten in Deutschland als ungelern. Sie stammen aus sieben verschiedenen Ländern: Deutschland, Russland, Polen, Ghana, Iran, Türkei und Vietnam. Einige von ihnen haben ausbildungsähnliche Berufserfahrung im Schneidern in ihren Heimatländern gesammelt, und sind von der Qualifikation her mit einer Näherin in Deutschland vergleichbar.

Die größten Vermittlungshemmnisse der langzeitarbeitslosen Frauen sind für die Migrantinnen Sprachprobleme und für die Deutschstämmigen die Integration in das feste Regelwerk eines Arbeitsplatzes. Für die Migrantinnen ist das Projekt häufig der erste Kontakt mit der Arbeitswelt in Deutschland, die deutschen Teilnehmerinnen sind Schulabbrecherinnen, die nach frühen Schwangerschaften, allein erziehend, ohne Ausbildung geblieben sind.

Seit Februar 2009 bis zunächst Mai 2011 werden die Teilnehmerinnen von Modedesignerinnen auf den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt vorbereitet. Die Qualifizierungsmaßnahme ist wahlweise in Teilzeit,

so dass Familie und Beruf vereinbar sind. Personell finanziert wird die Qualifizierung vom JobCenter Region Hannover über JobAktiv-Maßnahmen beim gemeinnützigen Verein Werkstatt-Treff Mecklenheide e. V.. Über das Stadtteilbüro Hainholz bekommt der Träger Zuschüsse durch den Fachbereich Jugend und Soziales der Stadt Hannover für Verbrauchsmaterialien und Nähmaschinen.

Der Recyclingaspekt der Qualifikation greift einen bundesweiten Designtrend auf: die Wiederverwendung von Gebrauchstextilien sowie die Verwendung von Recyclingmaterialien. Klassische Schneidertechniken werden mit kunst-

handwerklichen kombiniert. Die Anleiterinnen sind Recycling-Modedesignerinnen aus Hannover. Sie vermitteln den Teilnehmerinnen berufliche Kenntnisse, die bisher auf dem klassischen Arbeits- und Ausbildungsmarkt noch nicht zu erlernen sind. Das Recyclingdesign ist eine Nische in der Kreativwirtschaft. Es ist ein Trend, den DesignerInnen eigenständig entwickelt haben und der noch nicht zur regulären Lehre der Modeschulen oder Fachhochschulen gehört. Dennoch zeigen

Designausstellungen wie das International Design Festival Berlin 2009, dass das Thema Nachhaltigkeit und Recycling mittlerweile einen festen Platz auf dem Markt hat.

Für den Projektträger WTM ist das Textilprojekt eines von mehreren Arbeitsbereichen, die eine Qualifizierungsmöglichkeit bieten und gleichzeitig miteinander nachhaltig und ökologisch wirtschaften. Durch den Arbeitsbereich Recycling und durch Spenden stehen

dem WTM fortlaufend Kleidung und Trödel zur Verfügung. Die Gebrauchtkleidung wird in der Nähwerkstatt sortiert, im Arbeitsbereich Hauswirtschaft gewaschen und gebügelt und dann zu Unikaten verarbeitet. Die Nähwerkstatt ist an das Gebrauchtwarenhaus „Stöber-Treff“ in Hannover-Hainholz in einem alten Industriegebäudekomplex angeschlossen.

*Astrid Schubert, Heidi Diederichs
Werkstatt-Treff Mecklenheide e.V.*

Der Werkstatt-Treff Mecklenheide

Der Werkstatt-Treff Mecklenheide e. V. (kurz WTM) ist ein eingetragener gemeinnütziger Verein und Mitgliedsorganisation des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V.. Seit 1984 werden im WTM Arbeitslose für den ersten Arbeitsmarkt in Zusammen-

arbeit mit der Agentur für Arbeit und dem JobCenter Region Hannover sowie der Stadt Hannover qualifiziert. Ein Team von fachlichen AnleiterInnen, SozialpädagogInnen und PädagogInnen im betriebseigenen Fortbildungszentrum arbeitet mit den TeilnehmerInnen fach-

liche, soziale und Bildungsdefizite auf. Zurzeit arbeiten mehr als 140 MaßnahmeteilnehmerInnen in den Arbeitsbereichen Büro, Garten, Haustechnik, Hauswirtschaft, Holz, Kantine, Recycling, Nähwerkstatt, Reinigung, Sozialpädagogik, Transport und Verkauf von Gebrauchtwaren.

Integration oder Isolation?

Der Arbeitskreis zur Unterstützung von Asylsuchenden über Flüchtlinge in Deutschland

Wie Flüchtlinge ins soziale Abseits gedrängt werden

Die Integration von MigrantInnen und Flüchtlingen, verstanden als gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, ist gescheitert. Daran ändern auch die vielen Sonntagsreden nichts. Dass Integration nur selten gelingt, hat Gründe. So machen Sondergesetze Flüchtlingen in Deutschland Tag für Tag das Leben schwer.

Flüchtlinge leben in Deutschland häufig isoliert und auf engstem

Raum in Lagern oder abgelegenen Gemeinschaftsunterkünften. Flüchtlinge erhalten häufig keine Arbeitserlaubnis oder dürfen nur unter sehr eingeschränkten Möglichkeiten arbeiten. Daher sind sie auf Sozialleistungen angewiesen. Das sogenannte Asylbewerberleistungsgesetz gewährt ihnen aber nur Leistungen, die unterhalb des Hartz-IV-Satzes liegen. Diese Minialleistungen werden häufig noch nicht einmal in bar, sondern nur in Form von Sachleistungen wie Einkaufsgutscheinen erbracht. Flücht-

linge unterliegen der sogenannten Residenzpflicht. Dieses Gesetz gibt es nur in Deutschland und zwingt Flüchtlinge, im Bereich der zuständigen Ausländerbehörde zu wohnen. Ohne Erlaubnis der Ausländerbehörde ist das Verlassen des Landkreises verboten, in manchen Orten darf noch nicht einmal die Kommune verlassen werden.

Kettenduldungen

Integration kann nur gelingen, wenn Menschen davon ausgehen können, dass sie dauerhaft oder zumindest



Eine Form der Unterstützung des Ak Asyl: Die Demonstration gegen die Abschiebung von Roma in den Kosovo am 31. Juli 2010 Göttingen.

längere Zeit an einem Ort bleiben zu können. Diese Perspektive haben viele Flüchtlinge jedoch nicht. Sie leben seit Jahren nur mit einer sogenannten Duldung. Das ist keine richtige Aufenthaltserlaubnis, sondern lediglich eine Bestätigung der Ausländerbehörde, dass eine Ausweisung für eine gewisse Zeit – oft nur wenige Wochen – ausgesetzt wird. Nach Ablauf der Duldung kann eine neue beantragt werden. Ob sie erteilt wird, liegt jedoch im Ermessen der Ausländerbehörde. Selbst wenn die Duldung über Jahre hinweg alle paar Wochen erneuert wurde, gibt es kaum eine Aussicht, statt einer Duldung einen sicheren Aufenthaltsstatus zu bekommen. Die meisten müssen mit den sog. Kettenduldungen leben. Mit der Einführung des Zuwanderungsgesetzes im Jahr 2005 sollte mit den Kettenduldungen Schluss

gemacht werden. Flüchtlinge sollten ein Bleiberecht erhalten, wenn sie bestimmte Bedingungen erfüllen. Dadurch sollte die Zahl der Flüchtlinge mit Duldung drastisch reduziert werden. Es kam jedoch ganz anders. Anfang 2009 lebten 100.000 Menschen in Deutschland nur mit einer Duldung, das sind 63.000 mehr als sechs Jahre zuvor. Lediglich ein Drittel der Flüchtlinge mit Duldung konnte vom neuen Bleiberecht profitieren und ständig kamen neue Flüchtlinge hinzu, die lediglich eine Duldung erhielten.

Woran liegt das? Wer von der Bleiberechtsregelung profitieren will, muss vor allem seinen Lebensunterhalt selbst sichern. Das ist aber gar nicht so einfach, wenn man keine Arbeitserlaubnis erhält oder der Arbeitgeber zunächst nachweisen muss, dass es nicht

deutsche oder EU-Bürger gibt, die den Job haben wollen. Viele Unternehmen zögern auch jemanden einzustellen, dessen Duldung nach wenigen Wochen ausläuft und der dann womöglich abgeschoben wird. Vor allem ältere, kranke und behinderte Menschen haben kaum eine Chance, ihren Lebensunterhalt dauerhaft zu sichern.

16 Jahre in Deutschland – Kein Bleiberecht

Familie S. aus dem Kosovo lebt seit 16 Jahren in Deutschland. Im Asylverfahren abgelehnt, wurde die siebenköpfige Familie jahrelang nur geduldet. Inzwischen haben die verheirateten volljährigen Söhne der Familie einen gesicherten Aufenthaltsstatus – der Rest der Familie jedoch nicht. Mehrfach wurde der Antrag des Familienvaters auf eine Arbeitserlaubnis abgelehnt. Im Sommer 2007 gelang es durch persönlichen Einsatz eines Arbeitgebers endlich, die Ausländerbehörde zur Erteilung der Arbeitserlaubnis zu bewegen. Inzwischen hat Herr S. sogar zwei Jobs, um das Einkommen der Familie sicherzustellen. Die 17-jährige Tochter der Familie absolviert seit September 2007 eine Ausbildung zur Restaurantfachfrau und hat aufgrund ihrer

Der Göttinger Arbeitskreis zur Unterstützung von Asylsuchenden e.V.

Der Göttinger Arbeitskreis zur Unterstützung von Asylsuchenden e.V. (Ak Asyl) arbeitet seit 1982 als gemeinnütziger Verein in Göttingen im Bereich der Flüchtlings- und Migrationspolitik. Der Verein bemüht sich um eine verbesserte Stellung von Flüchtlingen und MigrantInnen in der Gesellschaft. Durch Öffent-

lichkeitsarbeit und in Kampagnen bietet der Ak Asyl Flüchtlingen ein Forum für ihre Forderungen und zur eigenen Vernetzung. Die Zusammenarbeit mit und die Selbstermächtigung von Flüchtlingen und MigrantInnen steht dabei im Vordergrund der Arbeit des Vereins. Aktuell unterstützt der Ak Asyl

Menschen, die von Abschiebungen in den Kosovo bedroht sind, insbesondere zwei junge Männer, die Schutz im Kirchenasyl gesucht haben. Der Verein wird durch ehrenamtliche Arbeit von Flüchtlingen, Studierenden, Berufstätigen, Erwerbslosen generationsübergreifend getragen.

hervorragenden Leistungen bereits die Zusicherung ihres Arbeitgebers, nach Abschluss der Ausbildung übernommen zu werden. Ihre vier Jahre alte Schwester ist in Deutschland geboren und besucht den örtlichen Kindergarten.

Da die größte Hürde – die Sicherung des Lebensunterhalts – genommen war, hofften die Eltern S. auf ein Bleiberecht für sich und ihre Töchter. Doch der Antrag wurde abgelehnt. Die Begründung: Der 16-jährige Aufenthalt in Deutschland sei nicht ununterbrochen gewesen. Tatsächlich war die Familie aus Angst vor Abschiebung im Jahr 2002 für einige Monate nach Skan-

dinavien geflüchtet. Von dort wurden sie nach Deutschland zurückgeschickt.

Sondergesetze und der unsichere Aufenthaltsstatus in Form von Kettenuldungen sorgen dafür, dass Flüchtlinge sich in Deutschland nicht willkommen fühlen. Solange sich an dieser Situation nichts ändert, bleibt die Forderung nach „Integration“ eine Farce. Der Begriff wird dann weiterhin dafür eingesetzt, um Flüchtlingen die alleinige Verantwortung dafür zu geben, ein gutes gesellschaftliches Zusammenleben zu organisieren. Die Tatsache, dass ein gleichberechtigtes Zusammenleben aber ohne gleichberech-

tigte Teilhabe nicht möglich ist, wird in den Integrationsdebatten in der Regel ausgeblendet. Flüchtlingsorganisationen kämpfen seit Jahren mit Kampagnen, Demonstrationen und Aktionen gegen diese Gesetze und ihre Auswirkungen. Sie fordern ein Bleiberecht für alle und die Abschaffung der Sondergesetze gegen Flüchtlinge.

Weitere Informationen zum Thema gibt es u.a. im Internet unter www.papiere-fuer-alle.org und www.nds-flüurat.org

Arbeitskreis zur Unterstützung von Asylsuchenden e.V., Göttingen

Armut und Behinderung

Wechselwirkungen, Gefährdungspotenziale und Folgen

Armut stellt nach Auffassung der Landesvereinigung Gesundheit in Niedersachsen e. V. die unterste und auch weitreichendste Form von Benachteiligung dar. Sie schränkt, so Frau Dr. Anke Richter von der Landesvereinigung Gesundheit, die Handlungsspielräume des Menschen gravierend ein und schließt eine gleichberechtigte Teilhabe an den Aktivitäten und Lebensbedingungen der Gesellschaft aus. Armut hat Unterversorgung in wesentlichen Lebensbereichen zur Folge.

Armut ist ein wesentliches Ausgrenzungskriterium, das mit dem Verlust sozialer Beziehungen einhergeht.

Es lassen sich auch gesundheitliche Einschränkungen sozial benachteiligter Kinder und Jugendlicher fest-

stellen. So sind häufiger Probleme des Sehens und Hörens, der Sprachentwicklung, der Bewegungskoordination und des Problembewältigungsverhaltens nachweisbar. Das Ernährungsverhalten ist häufiger beeinträchtigt mit den Folgen z. B. gehäufte Zahnerkrankungen oder Übergewicht. Die Teilnahme an Früherkennungsuntersuchungen und an Impfungen ist verringert.

Die aus dem Kontext von Armut resultierenden Gefährdungspotenziale können beobachtet werden in Form von Lernbehinderungen (im wahrsten Sinne von behindert werden am Lernen), Sprachbehinderungen und Verhaltensauffälligkeiten. Darüber hinaus sind auch organisch bedingte geistige, körperliche oder Sinnesbehinderungen als Folge von Armut im wei-

testen Sinne nachweisbar. Der Ausprägungsgrad einer Behinderung oder Schädigung bei Kindern, die auch armutsunabhängig eine Behinderung haben, ist unter Armutsbedingungen z.T. deutlich erhöht.

Damit wird deutlich, dass, neben den herkömmlichen Ursachen von Behinderung, auch Armut zu den möglichen Ursachen gehört, eine Behinderung zu erwerben oder die Folgen einer Behinderung zu verschärfen. Keine neue – aber eine bittere Erkenntnis.

Was ist zu tun?

Die deutsche Sozialgesetzgebung gibt dem Staat und der Gesellschaft den Auftrag, genau dem entgegenzuwirken, was Armut verursachen kann: Der Entstehung einer Behinderung vorzubeugen oder die Fol-

gen einer Behinderung zu mildern. Die UN-Kinderrechtskonvention betont das Recht der Kinder auf Bildung und Gesundheit. Die UN-Behindertenrechtskonvention stellt das Recht von Menschen mit Behinderung auf barrierefreie Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft in den Vordergrund. Vor diesem Hintergrund rückt das Thema Armut auch im Zusammenhang mit unserer Gesetzgebung und internationaler Abkommen in einen ganz neuen Fokus.

Kreative Präventionsmaßnahmen müssen Armutsrisiken – und damit Behinderungsrisiken – vermeiden helfen. Investitionen in eine Infrastruktur, die die Armut eines Kindes oder einer Familie nicht zum zusätzlichen Risiko werden lassen, sind erforderlich. In diesem Zusammenhang hilft sicher ein entgeltfreier Platz in einer inklusiven Kindertageseinrichtung (Krippe, Kindergarten) oder die Ganztagschule einschließlich Mittagessen weiter als die Chipkarte für den Besuch eines Schwimmbades. Mit

dem Ausbau wohnortnaher inklusiver Krippen und Kindergärten als Bildungs- und Erziehungseinrichtungen und Ganztagschulen für alle Kinder wird der Staat seinen Verpflichtungen, die er durch die Ratifizierung der zuvor genannten Konventionen übernommen hat, sicher etwas gerechter.

Armut vermeiden heißt Behinderungen zu vermeiden.

Erwin Drefs

Fachberater Behindertenhilfe



Hilfe-für-hungernde-Kinder: Ernährung, Bildung und Teilhabe Pädagogisches Konzept hat sich bewährt

Besonders beliebt: Die Fahrten auf dem Kindertraumschiff.

Es ist allgemein bekannt, dass jedes sechste Kind in Deutschland in Armut leben muss. In der Region Hannover ist inzwischen sogar jedes fünfte Kind betroffen – Tendenz steigend. Immer mehr Eltern sind aufgrund ihrer schwierigen sozialen und psychischen Situation nicht in der Lage, ihre Kinder angemessen zu versorgen. Zu einem strukturierten Tagesablauf und einer vernünftigen Einteilung ihrer knappen finanziellen Mittel sind

sie oft nicht fähig. Der Tagesablauf der Kinder verläuft bei den meisten sehr ähnlich: Sie gehen ohne Frühstück in die Schule. Wenn sie mittags nach Hause kommen, ist keine warme Mahlzeit vorbereitet und der Kühlschrank ist auch leer. Neben einer ausreichenden, gesunden Ernährung fehlen ihnen auch Möglichkeiten zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und ihre Bildungschancen sind meistens sehr gering. Ohne Hilfe haben die-

se Kinder kaum eine Chance, sich in der Schule und im späteren Leben erfolgreich zu behaupten. Ihre Entwicklung ist extrem gefährdet! Die Hilfe-für-hungernde-Kinder gemeinnützige Gesellschaft mbH, Mitgliedsorganisation im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V., bekämpft wirksam den Hunger nach Nahrung, Bildung und Teilhabe.

Projekt Essensausgabe: Ein wirksames Konzept

Die Organisation hat eine unbürokratische und diskrete Grundversorgung für die betroffenen Kinder und Jugendlichen geschaffen: Sie kauft Nahrungsmittel und transportiert sie zu den Schulen und Einrichtungen. Lehrer und Schüler haben Organisationsformen entwickelt, um die Mahlzeiten in den Schulen zuzubereiten und in der Gemeinschaft zu essen. Grundsätzlich sind die Kinder an allen Arbeiten aktiv beteiligt und werden von den Lehrkräften und Sozialarbeitern dabei lediglich angeleitet. Dadurch haben sie Lernerfolge, die sie einerseits sofort anwenden können und andererseits für ihr späteres Erwachsenenleben und ihre zukünftigen Familien von existenzieller Bedeutung sind.

Durch das Zubereiten der Mahlzeiten haben die Kinder Erfolgserlebnisse. Sie lernen, aus preiswerten Zutaten eine schmackhafte und gesunde Mahlzeit zu bereiten. Das ist eine wichtige Erfahrung, denn sogar viele Erwachsene sind der Meinung, dass diese drei Faktoren, „preiswert, gesund und lecker“, sich nicht miteinander verbinden lassen.

Doch das ist noch nicht alles. Da sie nicht nur kochen, sondern auch alle dazu gehörigen Arbeiten (vom Einkauf bis zum Abwasch) erledigen, lernen sie außerdem strukturiertes Arbeiten, Vorratshaltung und richtiges Lagern von Lebensmitteln, Haushaltsbücher zu führen, Zeitpläne einzuhalten, verlässlich zu sein und Verantwortung für das eigene Handeln zu übernehmen. Sie haben Erfolgserlebnisse und eine soziale Einbindung, die für viele von ihnen völlig neu ist.

Das Essen wird grundsätzlich an alle Kinder ausgeben, auch wenn nicht alle Hunger leiden. So bekommen die betroffenen Kinder in der Schule täglich eine Mahlzeit zum Sattwerden und sind gleichzeitig vor sozialer Ausgrenzung und Erniedrigung erfolgreich geschützt. Kein Kind muss sich für die Annahme von Essen schämen. Auf diese Weise wird das Grundbedürfnis auf Nahrungsaufnahme gestillt und die Grundrechte auf Menschenwürde, Gleichheit und Bildung gesichert. Langfristig heißt das: Was sie heute gelernt haben, können sie später an ihre eigenen Kinder weitergeben.

Das pädagogische Konzept hat sich bewährt. Sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche, die sich früher völlig passiv, desinteressiert und ohne Motivation durch den Schulalltag

quälten, haben sich zu aktiven und hoffnungsvollen jungen Menschen entwickelt. Es bestätigt sich, dass die Leistungen der betroffenen Kinder immer besser werden. Sie sind friedlicher, konzentrierter und haben mehr Freude am Lernen. Statt Almosen erhalten sie liebevolle Akzeptanz, Perspektiven für die Zukunft, Selbstvertrauen und Würde. Welche positiven Auswirkungen außer der gesunden und reichhaltigen Ernährung, die aktive Einbindung der Kinder und Jugendlichen auf ihre gesamte physische und psychische Entwicklung hat, schildern der folgende Brief einer Lehrerin sehr deutlich. Sie schreibt:

*Darauf kann ich mich verlassen
Für viele unserer Kinder gibt es nicht viel im Leben auf das sie sich sicher verlassen können. Sicherheit und Geborgenheit sind aber zwei Dinge, die zu einer gesunden Persönlichkeitsentwicklung unbedingt dazugehören. Für die Schülerinnen und Schüler unserer Schule gibt es ganz sicher jeden Tag eine warme Mahlzeit zum Sattessen. Das ist ein Stück Sicherheit und Geborgenheit. Das ist ein Stück gegenseitige Fürsorge, denn jeden Tag kocht eine andere Gruppe für alle. Ein kleines Glück, das ganz viel Ruhe und Zufriedenheit in unser Haus bringt. Wir danken dem Team der Hilfe-für-hungernde-Kinder gemeinnützige Gesellschaft mbH von ganzem Herzen.*

Um zu demonstrieren, wie erfolgreich Ressourcen genutzt werden können, wurden für das Jahr 2009 folgende Werte ermittelt: Die Hilfe-für-hungernde-Kinder gemeinnützige Gesellschaft mbH versorgte und betreute 2009 etwa 1200 Kinder und Jugendliche in acht Schulen und vier sozial therapeutischen Einrichtungen. Es wurden etwa



Beim Projekt Essensausgabe lernen Kinder, aus preiswerten Zutaten eine schmackhafte und gesunde Mahlzeit zu bereiten.

105.000 warme Mahlzeiten und mehr als 75.000 Frühstücks- und Pausensnacks von den Kindern zubereitet. Dafür benötigten sie insgesamt ungefähr 74.000 Stunden und wurden dabei von 39 Lehrern, Sozialarbeitern und ehrenamtlichen Helfern mit circa 13.000 Arbeitsstunden betreut und angeleitet.

Projekt Stadtteilreporter: Bildung macht Spaß

Das Bildungsprojekt Stadtteilreporter, das durch den Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V., der Auerbachstiftung und der Robert Willy Pitzer Stiftung finanziert und gefördert wurde, ist eine Weiterentwicklung der Arbeit der Hilfe-für-hungernde-Kinder gemeinnützige Gesellschaft mbH. Mit diesem außergewöhnlichen Projekt ist es gelungen, Jugendliche aus einer Förderschule für Lernhilfe auf eine fast spielerische Art dazu zu motivieren, Fähigkeiten zu entwickeln und Leistungen zu erbringen, die weder ihre Lehrer noch sie selbst vorher für möglich gehalten haben.

Diese Jugendlichen stammen aus bildungsarmen Familien und gehören zum größten Teil zu der Gruppe der klassischen Lern- und Leistungsverweigerer. Alle am Projekt beteiligten Jugendlichen haben durch die redaktionelle Arbeit einen erheblichen Wissensvorsprung gegenüber ihren Mitschülern gewonnen. Das zeigt sich besonders in den Bereichen Lesen, Schreiben, Allgemeinwissen, eigenständiges und strukturiertes Arbeiten, Motivation, Ausdauer, Konzentration, Kritikfähigkeit, Meinungsbildung sowie Teamfähigkeit und einer Steigerung der sozialen Handlungskompetenzen.

In dem Projekt Stadtteilreporter haben sie erfahren, dass Lernen zum Erfolg führt und auch Spaß machen kann. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist die Freiwilligkeit. Natürlich benötigt man zunächst auch Motivation, Interesse und man braucht ein oder mehrere Ziele. Ihr erstes Ziel, die Herausgabe des Magazins „Stadtteilreporter“ erreichten sie im Juni 2010. Die Freude über diesen Erfolg war so groß, dass alle sich mit Begeisterung bereit erklärt haben, im neuen Schuljahr an ihrem zweiten Ziel – ein Buch zum Projekt – mitzuarbeiten. Das Manuskript soll bis Ende September fertig gestellt und somit die redaktionelle Arbeit pünktlich zum Ende der Projektförderung abgeschlossen sein umgesetzt werden.

Projekt Kindertraumschiff: Teilhabe, Schutz und Zuwendung

Die Projekte auf Kindertraumschiff sind ein Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche, die sozial benachteiligt, vernachlässigt und/oder von körperlicher, seelischer Gewalt bedroht oder betroffen sind. Hier fin-

den betroffene Kinder und Jugendliche einen geschützten Raum, in dem ihre Rechte auf Würde und Achtung ihrer Persönlichkeit, Gewaltfreiheit, Gleichheit, Spiel und Freizeit sowie Schutz vor wirtschaftlicher und sexueller Ausbeutung gewährleistet sind. Ihre Bedürfnisse nach Zuwendung, Fürsorge, Gehör zu finden und Antworten auf Fragen zu bekommen werden gestillt. Sie werden ernst genommen, als Person respektiert und finden Verständnis für ihre persönlichen Probleme. Verlorenes Vertrauen wird wieder aufgebaut, denn die Kinder und Jugendlichen erkennen meistens sehr schnell, dass die Arbeit im Team nur funktioniert, wenn sich jeder auf den anderen verlassen kann. Außerdem finden sie Halt, Sicherheit und Orientierung; denn auf dem Schiff gelten klare Regeln.

Das Kindertraumschiff ist auch ein Bildungsangebot: Sie lernen mit einem Kompass umzugehen und erfahren wie man ein Schiff steuert. Darüber hinaus erarbeiten die Sozialarbeiter und Lehrer Thementage auf dem Schiff. Das können Aktionen zum Thema Umwelt, Gewalt, Sucht oder Rechtsextremismus sein. Die Kinder bekommen kleinere Aufgaben, die sie an oder auf dem Schiff verrichten, etwa Rechenaufgaben, bei denen sie herausfinden sollen, wie viel Diesel das Schiff auf der Tour verbraucht. Wenn ein Biologielehrer dabei ist, erläutert dieser den Kindern die Besonderheiten der Natur, oder es werden Wasserproben aus dem Mittellandkanal entnommen und ausgewertet.

Auf dem Schiff lernen die Kinder seemännische Knoten und lernen, nach Kompass zu fahren. Aber zur Schiffsarbeit gehören auch Aufräumarbeiten. Es sind immer kleine

Schritte, die die Kinder machen. Der Mittellandkanal bietet den Kindern eine beeindruckende Botanik. Sie sehen Bäume und Büsche und können Fischreier bei der Jagd nach Fischen beobachten.

Alle Kinder und Jugendliche lieben die Fahrten mit dem Schiff. Sie vergessen dabei ihre Ängste, Sorgen und Belastungen und gewinnen Abstand zum Ufer und zu den Dingen, die sie quälen. Das Wasser hat eine beruhigende Wirkung, macht sie entspannter und dadurch aufnahmefähiger für schulische Inhalte. Ein Mädchen, das mit zwölf Jahren vergewaltigt wurde, äußerte nach etwa einem Jahr den Wunsch, nie wieder vom Schiff weg zu wollen. Bei anderen Kindern ist deutlich zu merken, dass ihnen der Aufenthalt auf dem Kindertraumschiff Struktur und Orientierung gibt. Insgesamt sind die Kinder auch im Schulunterricht aufmerksamer, ruhiger und motivierter geworden. Die Wirkung der Arbeit auf dem Kindertraumschiff lässt sich weder wissenschaftlich noch mit Zahlen belegen. Deshalb wird an dieser Stelle die Äußerung einer Lehrerin wiedergegeben: „Wenn ihr nicht gewesen wäret, hätten meine Schüler wohl niemals den Hauptschulabschluss geschafft.“

Was die Arbeit der Hilfe-für-hungernde-Kinder gemeinnützige Gesellschaft mbH bei den Kinder und Jugendlichen tatsächlich bewirkt, wird 2011 in einer Studie nachzulesen sein, denn die Organisation wird seit 2009 wissenschaftlich durch das arpos Institut begleitet. Der Bericht wird mit Spannung erwartet.

*Kornelia Rust-Bulmahn
Hilfe-für-hungernde-Kinder
gemeinnützige Gesellschaft mbH*

„Allen Kindern Zukunft geben!“

Ein Modellprojekt der Arbeitslosenselbsthilfe e.V. in Osnabrück

„Allen Kindern Zukunft geben! Das schaffen wir in Osnabrück gemeinsam.“ Unter diesem Motto haben sich 13 Osnabrücker Einrichtungen unter Koordination der Arbeitslosenselbsthilfe e.V. (ASH) zusammengesetzt um der wachsenden Kinderarmut vor Ort entgegenzuwirken. Sie wollen dazu beitragen, dass die Überwindung der Kinderarmut in Osnabrück zum obersten Ziel der Kommunalpolitik und bürgerschaftlicher Aktivitäten wird.

Die Hintergründe des Projekts

Auslöser für den Projektansatz war die offenkundige Dramatik bei der Entwicklung der Kinderarmut in Deutschland und auch vor Ort, in Osnabrück. Über 5.200 Kinder und Jugendliche in 3.000 Familien leben hier von Arbeitslosengeld II, einer Sozialleistung, die oft nicht zum Leben reicht. Nicht nur die absolute Anzahl ist erschreckend, auch die Tatsache, dass somit mehr als jeder fünfte Minderjährige in der Stadt als arm bezeichnet werden kann. Nach den neuesten Zahlen ist die Tendenz weiter steigend. Leidvoll erleben es die Betroffenen. Sie müssen nicht nur mit zu geringen finanziellen Mitteln zurechtkommen. Armut bedeutet auch gesundheitliche Benachteiligungen, eingeschränkte soziale Teilhabe, Einschränkungen der Perspektiven. Mitunter kommt Diskriminierung und Stigmatisierung verstärkend hinzu. Besonders Kinder und Jugendliche leiden darunter, wenn sie nicht mit den Gleichaltrigen mithalten können, wenn sie z.B. aufgrund fehlender materieller Mittel ausgegrenzt wer-



Heinrich Funke (Mitte) bei der Vorstellung der Ergebnisse der Bürgerkonferenz „Open Space“.

den oder bei der schulischen Bildung benachteiligt werden.

Aufbauend auf den Vorarbeiten der Osnabrücker Sozialkonferenz, einer Initiative für mehr soziale Gerechtigkeit in unserer Region, haben wir deshalb ein Konzept entwickelt, das eine möglichst breite und nachhaltige Bewegung zur kommunalen Armutsbekämpfung initiiert. Das Konzept zielt vor allem auf Veränderungen im kommunalen Rahmen, auch wenn immer wieder deutlich wird, dass die großen Stellschrauben auf bundespolitischer Ebene zu verorten sind und auch dort anzusetzen ist. Die Betroffenen leben jedoch konkret vor Ort und brauchen hier schnell Unterstützung und Hilfen.

Leitideen, Ziele und Aktivitäten

Das übergreifende Ziel des Projektes hat eine doppelte Ausrichtung. Zum einen soll gemeinsam ein strategisches Handlungskonzept zur

nachhaltigen Armutsbekämpfung im Projektrahmen entwickelt werden. Das Handlungskonzept soll zum Ende des Jahres erarbeitet und diskutiert sein und der Stadt und dem Oberbürgermeister vorgelegt werden. Zum zweiten soll im Zeitraum dieses Jahres ein stetig wachsendes Netzwerk aus Initiativen, Verbänden, Bürgerinnen und Bürgern sowie Vertretern der Stadt Osnabrück geschaffen werden, das zur nachhaltigen Umsetzung des Masterplans beiträgt, perspektivisch koordiniert durch einen regelmäßig tagenden „Runden Tisch Kinderarmut“, auf der Basis bereits vorliegender Informationen zur Kinderarmut sowie regelmäßig durchgeführter Betroffenenbefragungen. Verschiedene Projektbausteine sollen den Erfolg sicherstellen.

Aufbau eines Netzwerks zur Bekämpfung von Kinderarmut

Die Aufgabe der Armutsbekämpfung ist eine gesamtgesellschaftliche. Hierzu müssen die Verwaltung und

die Politik ihren Beitrag leisten. Um die Armutsbekämpfung aber auf eine breite Basis zu stellen sind die auf der sozialen Ebene tätigen Akteure und ihre Aktivitäten einzubeziehen. Sie verfügen über langjährige Erfahrungen im Feld der Armutsbekämpfung. In unserem Netzwerk sind z.B. von Anfang an die großen Wohlfahrtsverbände, neben dem Paritätischen auch Diakonie, Caritas, AWO Osnabrück, und der Kinderschutzbund vertreten. Dies sichert sachliche Kompetenz, eine gemeinsame Zusammenarbeit und Zielrichtung bei den Aktivitäten.

Daneben sind zahlreiche unabhängige Initiativen einbezogen, wie z.B. die Arbeitslosenselbsthilfe e.V. oder der Verband allein erziehender Mütter und Väter. Diese Initiativen tragen u. a. dazu bei, dass die Stimmen der Betroffenen im Netzwerk zur Geltung gebracht werden. Weitere Initiativen, die das Netzwerk unterstützen, wie die Osnabrücker Kindertafel, das Projekt Balu und Du (Patenschaften für sozial benachteiligte Kinder) oder der Verein Kinder in Not tragen eigenständig und ehrenamtlich Unterstützungsleistungen für betroffene Kinder bei. Über das Netzwerk können die Hilfeleistungen sinnvoll koordiniert und bekannt gemacht werden. Der Kooperationspartner Handwerkskammer Osnabrück-Emsland trägt das Thema sozial benachteiligte Jugendliche im Übergang in den Beruf bei.

Weiterhin nehmen interessierte Bürgerinnen und Bürger am Netzwerk teil. Die Einbeziehung von bürgerschaftlichem Engagement trägt zur demokratischen Fundierung bei. Sie stärkt den Bewegungsansatz unseres Anliegens und, neben

dem vorhandenen aktiven bürgerschaftlichem Engagement kann so die vorhandene private Spendenbereitschaft für das Projekt erschlossen werden.

Strategiekonzept gegen Kinderarmut

Die Vernetzung aller bereits vorhandenen Ansätze zur Bekämpfung von Kinderarmut ist von hoher Bedeutung. Für ein nachhaltiges Strategiekonzept zur Bekämpfung von Kinderarmut bedarf es jedoch einer weitergehenden Analyse, die auch eine Bestandsaufnahme des bestehenden Angebotes, die Vorschläge von externen ExpertInnen, die Erkenntnisse von gemeinsamen Konferenzen sowie die Perspektive der Betroffenen einbezieht. Deshalb entfalten wir zahlreiche Aktivitäten, um die notwendigen Erkenntnisse zu gewinnen. Z.B. haben Fachleute Modellprojekte zur Bekämpfung von Kinderarmut in Dormagen und Hannover vorgestellt. Im Rahmen einer Veranstaltungsreihe, die über das ganze Jahr läuft, referieren ExpertInnen zu den Themen Armut, Gesundheit, Bildung, soziale Teilhabe.

Zusätzlich zu den gewonnen Erkenntnissen wird im Rahmen des Projektes eine Befragung der rund 4.000 Haushalte durchgeführt, die auf Unterstützung durch Arbeitslosengeld II oder Wohngeld angewiesen sind. Die Befragung erfolgt anonym, mit Unterstützung der örtlichen Arbeitsagentur, der Arbeitgemeinschaft für Osnabrück AGOS und der Stadt Osnabrück. Der sechsstufige Fragebogen zielt auf die soziale Lage der Betroffenen, gefragt wird u. a. danach, in welchen Bereichen die Betroffenen Unterstützungsleistungen erwarten und erhoffen, wie sie vorhandene An-



Schirmherr des Projekts: Der Osnabrücker Friedensläufer John McGurk.

gebote bewerten bzw. benutzen, in welchen Bereichen mehr getan werden muss. Die Befragung gibt nicht nur über den Umfang und die regionale Verteilung von (Kinder-) Armut Auskunft, sondern ist auch als „Herzstück“ des Strategiekonzeptes anzusehen. Ergänzt wird die Untersuchung durch zwei stadtteilbezogene Befragungen von ExpertInnen vor Ort sowie einer Bürgerkonferenz („Open Space“), die wir zu dem Thema durchgeführt haben.

Das hieraus hervorgehende Konzept, zumindest erste Bausteine, sollen im November dieses Jahres auf der Osnabrücker Sozialkonferenz vorgestellt und diskutiert werden. Danach wird das Konzept der Stadt und dem Oberbürgermeister überreicht und auch hier zur Diskussion gestellt. Idealtypisch soll eine Umsetzung im Folgejahr erfolgen. Die Koordination soll durch einen bis dahin eingerichteten Runden Tisch Kinderarmut erfolgen, an dem Vertreter des Netzwerks und der Stadt Osnabrück teilnehmen.

Praktische Hilfen, Aktionen gegen Armut

Neben der theoretischen und der Netzwerkarbeit ist es bedeutsam, bereits während der Projektlaufzeit den Betroffenen konkrete Hilfen und Beteiligung anzubieten. Deshalb haben wir u. a. eine Informationsbroschüre mit sozialen Hilfen für Familien erstellt, die darüber aufklärt, was vor Ort wo angeboten wird. Zurzeit wird daran gearbeitet, auf unserer Internetseite www.allen-kindern-zukunft-geben.de ein „soziales Handbuch“ einzustellen, d.h. einen Überblick zu den sozialen Einrichtungen in Osnabrück und ihren Angeboten zu erarbeiten, der leicht zugänglich ist. Eine weitere Projektidee sieht vor in Zusammenarbeit mit der örtlichen Wirtschaft allen armen Familien einen kostenfreien oder möglichst kostengünstigen Internetzugang zu verschaffen.

Immer wieder wurde thematisiert, dass Armut für viele Betroffene nicht nur zahlreiche materielle Einschränkungen bedeutet. Durch Vorurteile wie „Hartz-IV-Berechtigte wollen gar nicht arbeiten!“ oder „Arme sind selbst schuld!“ fühlen sie sich diskriminiert und ausgegrenzt. Deshalb führen wir aktuell eine Antidiskriminierungskampagne durch. Auf großen Plakaten, die überall in der Stadt verhängt werden, nehmen Betroffene zu den oft entgegen gebrachten Vorurteilen aus ihrer Perspektive Stellung. Ergänzt wird die Kampagne durch aufklärende Flugblätter, die den Stereotypen empirische Fakten entgegen setzen.

Den Höhepunkt der öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten stellt das Aktionsfest gegen Armut und Ausgrenzung am 17. Oktober auf dem

Osnabrücker Rathausplatz dar. Es beginnt mit einem ökumenischen Gottesdienst zum Thema Kinderarmut unter Beteiligung zahlreicher kirchlicher Einrichtungen. Nach einem Grußwort von unserem Schirmherren John McGurk, dem Friedensläufer, und dem Oberbürgermeister Boris Pistorius sprechen Staatssekretär Gerd Hoofe sowie die ReferentInnen Uta Meier-Drewes und Wolfgang Belitz zu Reichtum und Verteilung und insbesondere zur Situation von allein Erziehenden, ergänzt von engagierten Musikbeiträgen. Im Rahmen des Aktionsfestes werden alle Einrichtungen ihr Angebot vorstellen. Aufgrund der inzwischen überregionalen Resonanz unseres Ansatzes werden auch die beiden weiteren in Niedersachsen geförderten Projekte ihre Beiträge vorstellen.

Öffentlichkeitsarbeit

Um möglichst viele Interessierte zu erreichen und dem Projekt den nötigen Stellenwert zu geben, sind wir von Anfang an aktiv an die Öffentlichkeit getreten. Alle Projektbausteine und Aktivitäten wurden über Plakate und Pressemitteilungen beworben, wir konnten von Anfang an erreichen, dass (fast) alle lokalen Medien wie z.B. die Neue Osnabrücker Zeitung, die Osnabrücker Nachrichten, der NDR oder das OS-Radio über unser Anliegen und

unsere Veranstaltungen berichteten. Aufgrund der Vielzahl der Mitwirkenden und der positiven Resonanz der bisherigen Aktivitäten stellt sich die Pressearbeit weniger als das aktive Ringen um Aufmerksamkeit dar, vielmehr als das „Bedienen von Anfragen“.

Heinrich Funke als verantwortlicher Projektleiter ist zufrieden mit den bisher erreichten Ergebnissen und zuversichtlich, erfolgreich weiterarbeiten zu können: „Wir haben großen Zuspruch und Unterstützung für unser Anliegen aus allen Teilen der Gesellschaft in Osnabrück erhalten. Neben den Partnern, Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften gibt es inzwischen eine Mitarbeit aus dem kirchlichen Bereich bis hin zu Wirtschaftsvertretern. Und auch wenn es bei der Umsetzung der Projektplanung Verzögerungen gab, die Projektziele sind dadurch nicht gefährdet. Es sieht vielmehr so aus, dass wir mehr erreichen können, als wir uns vorgestellt haben.“

Kontakt: ASH, Lotter Str. 6 – 8,
49078 Osnabrück,
Tel.: 0541 / 47299
Internet:
www.allen-kindern-zukunft-geben.de

Heinrich Funke
Arbeitslosenselbsthilfe e.V.

Die Arbeitslosenselbsthilfe e.V.

Die Arbeitslosenselbsthilfe e.V. (ASH) ist die Koordinatorin des gemeinsamen Projektes. Der gemeinnützige Verein engagiert sich seit 1980 für Erwerbslose und sozial benachteiligte Menschen. Die ASH ist Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.. Sie erhielt mit ihrem Projektvorschlag „Allen Kindern Zukunft geben“ eine Förderung im Europäischen Jahr 2010 gegen Armut und soziale Ausgrenzung.



Armut und Ausgrenzung = Alleinerziehend?

Ein Schicksal im Frauenhaus

Sabine H. ist 46 Jahre alt, als sie 2008 beschließt, sich von ihrem gewalttätigen Ehemann Rainer zu trennen. Ihre beiden Töchter Sara und Lena, 12 und 14 Jahre alt, erleben und erleiden seit Jahren die immer brutaler werdenden Auseinandersetzungen zwischen ihr und Rainer. Mehrmals musste Sabine ins Krankenhaus, um ihre Verletzungen behandeln zu lassen; der zweifelnde Blick des Arztes, der sie medizinisch versorgte und sich ihre Geschichten von Treppenstürzen und Kollisionen mit offenen Fensterflügeln anhörte, war ihr peinlich. Er gab ihr den Rat, sich an die Krankenhaussozialarbeiterin zu wenden, falls es mal wieder zu diesen „Unfällen“ käme, sie könnte ihr bestimmt weiterhelfen. Auf diese Weise kam Sabine H. mit ihren Töchtern in ein Frauenhaus.

Sabine H. hatte bis zur Geburt ihres ersten Kindes als Kosmetikerin bei einer großen Kaufhauskette gearbeitet. Rainer verdiente gut als Fernmeldetechniker. Die Familie konnte sich eine schöne große Mietwohnung in einem freundlichen Viertel der Stadt leisten. Man fuhr einmal im Jahr in Urlaub, die Töchter waren im Sportverein, beide besuchten das Gymnasium. Klassenfahrten, Kopiergeld, neue Bücher, PC – all diese Dinge stellten für das finanzielle Budget der Familie kein ernsthaftes Problem dar.

Im Frauenhaus kommt der erste Schock: Rainer weigert sich, freiwillig Unterhalt für seine Frau und seine Kinder zu zahlen, bis zur Klärung musste Sabine vorläufig Hartz IV be-

antragen. Den Gang zum Amt empfindet sie als demütigend, sie fühlt sich wie eine lästige Bittstellerin, ihre Fragen zu dem komplizierten Bescheid, der ihr ausgehändigt wurde, werden „aus Zeitmangel“ nicht beantwortet. Sie muss sehr rechnen mit dem Geld, das ihr und den Kindern zur Verfügung steht. Mit ihren Töchtern lebt sie nun zusammen in einem engen Zimmer, teilt sich Küche und Bad mit anderen Frauen, ihr Besitz ist auf einige Kleidungsstücke und die Schulsachen der Kinder zusammengeschrumpft.

Sabine sucht und findet sehr schnell eine kleine hübsche Drei-Zimmer-Wohnung in der Nähe der Schule der Mädchen, sie versucht, an einen Teil der Möbel aus der ehelichen Wohnung zu kommen, es gibt schwierige Verhandlungen mit Rainer. Für die nötigsten Möbelstücke erhält sie einen Schein vom Amt, damit kann sie sich in Gebrauchtmöbellagern Tisch, Betten, Stühle und Schränke aussuchen. Bargeld gibt es nur, wenn sie aus 3 Möbellagern einen Stempel darüber vorweisen kann, dass die benötigten Dinge dort nicht vorrätig waren. Um dies alles erledigen zu können, muss sie häufig mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren, sie bekommt einen Schreck, wie viel Geld dabei für die Tickets draufgeht. Eine Freundin überlässt ihr ein Fahrrad mit einem Einkaufskorb, das entlastet ihren Geldbeutel ein wenig.

Dann ereilt sie der zweite Schock: Sie will wieder in ihrem Beruf arbeiten. Sie stellt sich eine Bewerbungsmappe zusammen, die sie kopiert und in den Personalabteilungen

mehrerer Unternehmen abgibt. Vielen Personalchefs ist sie bereits „zu alt“ und eigentlich sei sie ein Risiko, weil sie alleinerziehend ist. Sie wird dann aber doch eingestellt, allerdings „vorerst“ auf der Basis eines geringfügigen Beschäftigungsverhältnisses, also als 400-Euro-Kraft. Sie könne sich ja bewähren. Beim Amt muss sie die 400,- Euro angeben, sie werden angerechnet, behalten darf sie nur 120 Euro von dem selbstverdienten Geld.

Rainer zahlt inzwischen sporadisch Unterhalt für die Töchter, mal 50 und mal 100 Euro. Gerichtlich ist eine Summe festgesetzt worden, die sich an der Düsseldorfer Tabelle orientiert, danach müsste er für beide Kinder zusammen 500 Euro im Monat zahlen. Sabine versucht, sich mit ihm gütlich zu einigen, sie möchte nicht, dass die Töchter weiter unter dem elterlichen Gezänk leiden.

Kinogänge, die sie früher gern und oft unternommen hatten, werden zu einem besonderen Ereignis, mal Essen gehen, mal nebenbei ein T-Shirt kaufen – unmöglich. Kleidung wird getragen, bis es nicht mehr geht. Die Jahresrechnung vom Sportverein kann nicht mehr bezahlt werden, Sabine erkundigt sich nach günstigeren Tarifen für Hilfeempfängerinnen, nein, die gibt es nicht, denn so teuer ist der Beitrag doch nicht, oder? Sie traut sich nicht, ihre Eltern um Hilfe zu bitten, denn dann muss sie sich Vorträge anhören, dass dies doch eigentlich Rainers Sache sei und wann er denn nun endlich zahle. Sie verabschiedet sich von vielen Dingen, die ihr lieb sind. Sie geht

nur selten mal mit einer Freundin Kaffee trinken, denn jede Ausgabe reißt ein Loch in ihr Budget. Geld, das übrig ist, legt sie für die Kinder zurück – für Lena muss eine Klassenfahrt mit 150 Euro bezahlt werden. Die Mädchen möchten auch mal einen schönen Sommertag im Zoo verbringen – ein teures Vergnügen. Sie sparen, um sich mal mit Freunden in der Eisdielen treffen zu können. Alles ist viel anstrengender und schwieriger geworden, man muss sich aussuchen und gut über-

legen, was man machen will, denn es geht nicht alles zusammen. Sie suchen gemeinsam nach Unternehmungen, die nichts oder nur wenig kosten.

Sabine ist abgestürzt – schuldlos ist sie aus der bürgerlichen Mitte an den Rand der Gesellschaft geraten, obwohl das nicht alle so sehen – sie hätte doch mit Rainer zusammenbleiben können, gibt es nicht in jeder Ehe Probleme? Sabine kämpft, sie hat inzwischen eine halbe Stelle

in ihrem Betrieb, allerdings ist sie damit immer noch nicht weg vom Amt. Sie leidet unter den mitleidigen Blicken der wenigen verbliebenen Freunde, die meisten haben den Kontakt mit ihr abgebrochen und sind mit Rainer zusammen. Aus dem Scheidungskrieg ist ihr doch noch ein wenig geblieben. Sie kann einige Möbel behalten.

*Dorit Rexhausen
Frauenhaus Hannover*

Das Frauen- und Kinderschutzhaus Hannover

Das Frauen- und Kinderschutzhaus wurde am 01.06.1978 in Hannover eröffnet. Es bietet Frauen mit und ohne Kindern die von häuslicher Gewalt durch Ehemänner, Partner, Väter, Brüder oder Cousins betroffen sind, Schutz, Hilfe, Unterstützung und Beratung an. 15 Frauen und bis

zu 18 Kinder können im Haus Aufnahme finden. Sie erfahren Stärkung und Stabilisierung und werden begleitet bei Behördengängen und bei der Wohnungssuche. Die Mitarbeiterinnen haben jahrzehntelange Erfahrungen in der Anti-Gewalt-Arbeit und in der interkulturellen Beratung.

Sie stellen fachkompetente Angebote bereit, die den Frauen und Kindern die Chancen für einen Neuanfang bieten. Oberstes Prinzip ist die Hilfe zur Selbsthilfe, Grundlage der Arbeit ist die Parteilichkeit für Frauen und Kinder.

VdK auch weiter in Oldenburg

In unserer Ausgabe 02/2010 hatten wir über den Umzug des Sozialverbands VdK Niedersachsen-Bremen nach Hannover berichtet. Eventuell daraus resultierende Missverständnisse bitten wir zu entschuldigen: In Hannover residiert die Geschäftsstelle der hannoverschen Niederlassung, die Verwaltung des Landesverbandes in Oldenburg bleibt natürlich weiterhin erhalten.

ACHTUNG

Für die Ausgabe 04/2010 des Parität Report ist **Redaktionsschluss** am

Mittwoch, 10. November 2010

Bitte schicken Sie Ihre Beiträge und Bilder in druckfähiger Größe (ab 1 MB, Einzeldatei) an presse@paritaetischer.de



Eckpunktepapier des Fachbereichs Frauen und Familie

Mit dem Jahr 2011 tritt die „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen von Maßnahmen für Mädchen und Frauen, die von Gewalt betroffen sind“ außer Kraft. Mit dem folgenden Eckpunktepapier bringt sich der Fachbereich Frauen

und Familie des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. in die Überlegungen zur angekündigten Überarbeitung der Richtlinie ein und weist auf die Notwendigkeit der Verlängerung der Übergangsregelung um das Jahr 2011 hin.

Das Eckpunktepapier ist auch an alle Landtagsabgeordneten in Niedersachsen, dem Nds. Sozialministerium, der Landesarbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände und anderen zugesandt worden.

Eckpunkte

für eine ausreichende und verlässliche Finanzierung von Schutz- und

Beratungseinrichtungen für von Gewalt betroffene Frauen und Mädchen

Mit der zum 01.01.2007 in Kraft getretenen „**Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen für Mädchen und Frauen, die von Gewalt betroffen sind**“ wurden erstmals drei vom Land Niedersachsen anerkannte und geförderte Bereiche in der Beratung und Unterstützung von Gewalt betroffenen Frauen und Mädchen in einer Richtlinie zusammengefasst. Es handelt sich hierbei um

- **Zufluchtstätten für misshandelte Frauen und ihre Kinder (Frauenhäuser),**
- **Beratungsstellen für Frauen und Mädchen, die von Gewalt betroffen sind und zu denen auch die Beratungsstellen gegen sexuellen Missbrauch an Mädchen und Frauen und Frauennotrufe zählen,**
- **die Beratungs- und Interventionsstellen bei häuslicher Gewalt (BISS).**

(Im nachfolgenden Text wird für die Benennung dieser betroffenen Maßnahme-Bereiche sowie für die Maßnahmen-AdressatInnen, Frauen mit ihren Kindern

und Mädchen, die Bezeichnung aus dem Titel der Förderrichtlinie „Frauen und Mädchen, die von Gewalt betroffen sind“ verwendet.)

Andere Maßnahmen wie die Förderung von Beratungsstellen gegen Gewalt an Kindern werden vom Land Niedersachsen in einer eigenen Richtlinie aufgegriffen.

Zufluchtstätten für misshandelte Frauen und ihre Kinder, Beratungseinrichtungen für Mädchen und Frauen, die von Gewalt betroffen sind, haben mit der Förderrichtlinie vom 01.01.2007 an auch eine neue Förderstruktur erhalten. Bei den Beratungs- und Interventionsstellen bei häuslicher Gewalt (BISS) blieb die Fördergrundlage unverändert.

Für bestehende Beratungs- und Schutzeinrichtungen hat die Anwendung dieser neuen Förderrichtlinie des Landes zum Teil eine Veränderung der bisherigen Förderung zur Folge, was für einige Frauenhäuser und Beratungsstellen eine weit reichende finanzielle Schlechterstellung bedeutet.

Für zunächst drei Jahre hat das Land Niedersachsen ab 2007 eine Übergangszeit eingerichtet, in der die „Verlierer“ dieser neuen Richtlinie den bisherigen Zuschuss wie 2006 weiter erhalten. Diese Übergangsregelung wurde auch auf das Jahr 2010 übertragen.

Die Geltungsdauer der Richtlinie endet mit dem 31.12.2011. Bereits für das Jahr 2010 wurde von politischer Seite eine grundsätzliche Überarbeitung der Richtlinie angekündigt.

Die beabsichtigte Überarbeitung der Förderrichtlinie nimmt der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. zum Anlass, nachfolgende grundsätzliche Hinweise in die Überlegungen zur Neugestaltung der Landes-„Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen für Mädchen und Frauen, die von Gewalt betroffen sind“ mit einzubringen.

- **Der Schutz und die Unterstützung der Opfer häuslicher und sexualisierter Gewalt ist eine staatliche Pflichtaufgabe**

Gewalt gegen Frauen und Kinder stellt eine Menschenrechtsverletzung dar. So verpflichtet die UN-Konvention zur Beseitigung jeglicher Diskriminierung der Frau (CEDAW) alle beteiligten Staaten wie Deutschland, wirksame Maßnahmen gegen diese spezifische Form der Diskriminierung zu ergreifen.

Frauen und Kinder vor Gewalt schützen und Hilfen für die Opfer von Misshandlungen und Missbrauch bereitzustellen, ist eine gesellschaftliche Aufgabe und eine staatliche Verpflichtung, die sich für Deutschland auch unmittelbar aus seiner Verfassung ergibt. Aus Art. 2 GG ergibt sich die staatliche Verpflichtung, Mädchen und Frauen sowie deren Kinder vor häuslicher und sexualisierter Gewalt zu schützen, Gewalt zu verhindern und ihr vorzubeugen. Der Staat hat Bedingungen zu schaffen, die Frauen und Kindern ein Leben ohne körperliche Gefährdungen ermöglichen. Hierbei ist die Bereitstellung eines flächendeckenden Netzes an Angeboten zum Schutz und zur Unterstützung Gewaltbetroffener von wesentlicher Bedeutung.

- **Der Staat hat flächendeckend Schutz-, Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen für die von Gewalt Betroffene kostenfrei und niedrigschwellig vorzuhalten**

Frauenhäuser, Frauennotrufe und Beratungsstellen für Frauen und Mädchen als Opfer von (sexualisierter) Gewalt sowie Beratungs- und Interventionsstellen bei häuslicher Gewalt (BISS) sind anerkanntermaßen wichtige Bestandteile im Hilfe-

system für Frauen und Mädchen, die von Gewalt betroffen sind, Beratung und Unterstützung, Schutz und Sicherheit zu gewähren.

Zur Sicherstellung des Schutzes und der Hilfe für alle von häuslicher und sexualisierter Gewalt betroffenen Frauen und Kinder ist es grundlegend wichtig und erforderlich, einen Rechtsanspruch auf staatlichen Schutz und Unterstützung zu schaffen.

Es bedarf einer einheitlichen und verbindlichen Finanzierungsgestaltung für die flächendeckende Bereitstellung einer bedarfsgerechten Infrastruktur von Schutz und Hilfen für Frauen und Mädchen, die von Gewalt betroffen sind.

- **Hilfe und Unterstützung für von (sexualisierter) Gewalt Betroffene ist keine freiwillige Leistung**

Die Finanzierung der Hilfe- und Unterstützungsangebote für Frauen und Mädchen, die von Gewalt betroffen sind, darf nicht länger eine „freiwillige Leistung“ bleiben, die jährlich neu entschieden werden muss und die zur Disposition gestellt werden kann.

Bund, Länder und Kommunen sind entsprechend der staatlichen Verpflichtung verantwortlich für die Bereitstellung einer bedarfsgerechten Infrastruktur von Schutz und Hilfe für die Opfer von häuslicher und sexualisierter Gewalt, was eine Beliebigkeit und Freiwilligkeit in der Bereitstellung des erforderlichen Hilfesystems ausschließt und frei sein muss von Zuständigkeits- oder Finanzstreitigkeiten.

- **Bund, Länder und Kommunen tragen gemeinsam die Verantwortung**

Das Land hat mit den Kommunen verbindliche Regelungen zur kostendeckenden Finanzierung der Einrichtungen bezüglich Personals, Ausstattung und Präventions- und Öffentlichkeitsarbeit zu vereinbaren.

Die Finanzierung muss eine Arbeit nach den jeweiligen Qualitätskriterien ermöglichen und den Betrieb nachhaltig absichern. Die räumliche, personelle und sachliche Ausstattung muss bedarfsgerecht sein. Mehrbedarfe durch Kostensteigerungen, neue Zielgruppen und Themen sowie steigende Beratungszahlen sollten berücksichtigt werden.

Neben der Gewährung von Schutz, Beratung und Unterstützung sind Schutz- und Beratungseinrichtungen für Frauen und Mädchen, die von Gewalt betroffen sind, wichtige Akteure im Rahmen der Sensibilisierung der Öffentlichkeit, sowie der Aufklärungs- und Präventionsarbeit. Dies ist bei der Ausgestaltung der Finanzierung der Einrichtungen zu berücksichtigen.

- **Eine verlässliche, ausreichende und langfristige Finanzierung der Schutz-, Beratungs- und Hilfeangebote ist erforderlich**

Wir brauchen eine Finanzierung des Schutz- und Unterstützungsnetzes für Frauen und Mädchen, die von Gewalt betroffen sind,

- die verlässlich ist sowohl für die Betroffenen als auch für die Ein-

richtungen, die Angebote von Schutz und Unterstützung vorhalten,

- die ausreichend ist, damit allen Betroffenen ein gleichwertiger Zugang zum Schutz- und Hilfenetz zur Verfügung steht,
- die in der Gewährleistung eine grundlegende Vereinfachung erhalten muss, um den erheblichen bürokratischen Aufwand auf allen Seiten zu reduzieren.
- Schutz- und Unterstützungsangebote müssen außerdem unabhängig davon sein, ob die Frauen eigenes Einkommen haben oder Sozialleistungen beziehen, aus welchem Ort sie kommen oder welchen Aufenthaltsstatus sie haben.
- Bei der Finanzierung der Maßnahmen für Frauen und Mädchen, die von Gewalt betroffen sind, muss dem qualitativen wie auch quantitativen Bedarf an Beratung und dem benötigten komplexen und umfangreichen Hilfe- und Unterstützungsangebot sowie auch sich ändernde Bedarfe und Aufgabenzuwächse Rechnung getragen werden.
- Präventions-, Vernetzungs- und Öffentlichkeitsarbeit müssen bei der Finanzierung der Schutz- und Hilfemaßnahmen berücksichtigt werden.
- Alle Plätze im Frauenhaus, Frauen- wie auch Kinderplätze müssen Einzelfall- und Belegungsunabhängig mit einer Pauschale vergütet werden.
- Der Berechnungsschlüssel für die Förderung der BISS ist nicht ausreichend. Die Förderung muss auch in ländlichen Gebieten personelle und sächliche Mindeststandards zum Beispiel hinsichtlich der Erreichbarkeit gewährleisten und den seit 2006

zum Teil enorm angestiegenen Fallzahlen Rechnung tragen.

- Auf sich ändernde Anforderungsprofile der Betroffenen müssen Schutz- und Hilfeeinrichtungen und damit auch die Finanzierungskalkulation des Landes reagieren.
- Die Finanzierung der Frauennotrufe und Beratungsstellen bei (sexualisierter) Gewalt muss so bemessen sein, dass neben der qualitativen und quantitativen Wahrnehmung ihrer Aufgaben auch eine adäquate Erreichbarkeit sichergestellt ist.
- **Der Ansatz im Landeshaushalt ist nicht ausreichend und muss angemessen erhöht werden**

Der Haushaltsansatz des Landes Niedersachsen für Maßnahmen für Frauen und Mädchen, die von Gewalt betroffen sind ist nicht ausreichend, um ein landesweites Schutz-, Beratungs- und Hilfenetz für von Gewalt betroffene Frauen und Mädchen Bedarfs angemessen finanziell zu fördern.

Der Etat für den Zuständigkeitsbereich der Förderrichtlinie für Maß-

nahmen von Frauen und Mädchen, die von Gewalt betroffen sind, ist in dem Maße zu erhöhen, um die Einrichtungen im ländlichen Bereich angemessen zu fördern, das bisherige Angebot der Einrichtungen in den größeren Städten aufrecht zu erhalten und neue Einrichtungen im Sinne einer flächendeckenden Versorgung von Beratungs- und Schutzeinrichtungen für Frauen und Mädchen in die Förderung aufzunehmen.

Von einer Verpflichtung zur Erbringung von Eigenmitteln ist abzusehen.

Eine sinnhafte Überarbeitung der Richtlinie muss mit einer adäquaten Erhöhung des Haushaltsetats einhergehen.

- **Verlängerung der Übergangsfrist für 2011**

Da die Richtlinie voraussichtlich bis 31.12.2011 in Kraft bleibt, bedarf es für die „Verlierer“ der Richtlinie einer Verlängerung der Übergangsfrist um ein weiteres Jahr für 2011.

Stand 07.09.2010

Der Paritätische Medien-Service (PMS)

immer aktuell im Internet:

Rubrik Presse auf www.paritaetischer.de oder

im E-Mail-Abo – schreiben Sie an presse@paritaetischer.de

Sparbeschlüsse der Landesregierung

Auswirkungen der angekündigten „Null-Runde“ auf die Behindertenhilfe am Beispiel der Lebenshilfe Delmenhorst und Landkreis Oldenburg

Die niedersächsische Sozialministerin Aygül Özkan hat angekündigt, im Bereich der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung ca. 30,5 Mio. Euro im Jahr 2011 einsparen zu wollen. Die Landesregierung will dieses Ziel umsetzen, indem in der Behindertenhilfe in Niedersachsen eine sogenannte „Null-Runde“ umgesetzt wird. Das bedeutet, dass alle Träger von stationären und teilstationären Einrichtungen der Behindertenhilfe im Jahr 2011 ohne Entgeltsteigerungen umgehen müssen. Kostensteigerungen im Bereich der Personal- und Sachkosten werden nicht kompensiert.

Diese Kostensteigerungen bestehen z. B. in Tarifsteigerungen, die wir als Unternehmen der Sozialwirtschaft, das sich hinsichtlich der Vergütung an den TVÖD gebunden hat, umsetzen müssen. Im Jahr 2011 bedeutet das 0,6% zum 01.01.2011 plus 0,5% zum 01.08.2011 plus zum 01.01.2011 eine Einmalzahlung in Höhe von 240 Euro plus Anhebung des Leistungsentgeltes. Im Bereich der Sachkosten müssen wir die Steigerungen im Betreuungsaufwand umsetzen (z. B. therapeutisches Material, Verbrauchsmaterial, Wirtschaftsbedarf), ebenso im Pflegeaufwand und bei den Kosten der Beförderung.

Das Angleichungsverfahren nach dem sogenannten Landesrahmenvertrag, III. Vertrag, wirkt sich ab 01.01.2011 bei einzelnen Trägern in einigen Leistungsbereichen ebenfalls entgeltwirksam aus – und zwar

in Richtung einer Absenkung des Entgeltes (Grundpauschale und Maßnahmepauschale).

Die Auswirkungen für die landesrahmenvertraggebundenen Einrichtungen der Lebenshilfe Delmenhorst und Landkreis Oldenburg (Wohneinrichtungen, Tagesbildungsstätte, Heilpädagogischer Kindergarten) werden in Qualitätseinbußen sichtbar werden, in erster Linie im Personalbereich. Hier sind wir durch den Landesrahmenvertrag und in den Wohneinrichtungen durch die Fachkraftquote an einen bestimmten Personaleinsatz gebunden. Die Tarifgebundenheit verlangt nach einer Steigerung der Personalkosten. An dieser Stelle sei angemerkt, dass unser Träger deutlich hinter der Tarifgebundenheit steht.

Konkret werden wir dazu gezwungen sein, zwar im erforderlichen Umfang fachlich ausgebildetes aber unerfahrenes Personal einzustellen. In Zeiten zunehmenden Fachkräftemangels werden wir zusätzlich damit zu kämpfen haben, dass erfahrene Mitarbeiter, die wir nur noch in untersten Tarifstufen vergüten können, nicht mehr zur Verfügung stehen werden – ein deutlicher Qualitätsverlust.

Zudem wird es immer schwieriger, die durch die Regelleistungsberechtigungen vorgegebenen Inhalte umzusetzen.

Als sozialer Dienstleister schlagen die Personalkosten bei uns am

gravierendsten zu Buche. Aus diesem Grunde besteht hier auch unsere größte Sorge. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass sich die Anforderungen an das Personal in unseren Einrichtungen durch den z. T. deutlich steigenden Hilfe- und Pflegebedarf der betreuten Menschen zunehmend erhöhen, wird es immer schwieriger, den Personaleinsatz sicherzustellen und den persönlichen Bedarfen und Bedürfnissen der betreuten Menschen gerecht zu werden.

In der Frage, wie wir als örtlicher Einrichtungsträger den Spagat zwischen gesetzlichen Anforderungen, Erhöhung von Qualitätsnormen und dem höheren Hilfebedarf bei Umsetzung einer Null-Runde gerecht werden können, sehen wir uns vom Land Niedersachsen allein gelassen. Dass das Land sich aus der Verantwortung stiehlt ist für uns nicht akzeptabel. Die Null-Runde darf nicht kommen!

*Thomas Heyen
Prokurist Lebenshilfe Delmenhorst
und Landkreis Oldenburg*

Wie eine riesige Familie!

18. Internationale Jugendbegegnung des Paritätischen und seines Jugendverbandes war ein voller Erfolg

„Wir hatten eine wundervolle Zeit, die ihrem Motto ‚Freunde finden, Grenzen überwinden‘ wirklich mehr als gerecht wurde“, berichtet die 14-jährige Maj, eine Teilnehmerin unserer diesjährigen Internationalen Jugendbegegnung in der Allgemeinen Zeitung der Lüneburger Heide. Ein eindrucksvoller Beleg dafür waren die vielen bewegenden Abschiedsszenen und Freundschaftsbekundungen am Ende der mittlerweile 18. Internationalen Jugendbegegnung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Niedersachsen und des Paritätischen Jugendwerks. Doch vor den Abschiedstränen lagen zwei ereignisreiche Wochen, von denen im Folgenden die Rede sein soll.

Die Jugendbegegnung begann am 26. Juni mit der Ankunft von 42 Jugendlichen im Alter zwischen 12 und 15 Jahren im Schullandheim „Wilhelm Block“ in Dassel/Sievershausen in Niedersachsen. Trägerverein des Schullandheimes mit großem Außengelände, einem eigenen Schwimmbassin und vielen Tieren ist die „Schulgemeinschaft des Landbildungszentrums für Hörgeschädigte Hildesheim e. V.“, eine langjährige Mitgliedsorganisation des Paritätischen.

Bei der Ankunft im Schullandheim „Wilhelm Block“ hatten zwei der drei Teilnehmergruppen, Sozialwaisen von einer Schule in Brjansk in Russland und Mitglieder des Verbandes Polnischer Pfadfinder aus Gorlice in Polen, schon eine sehr



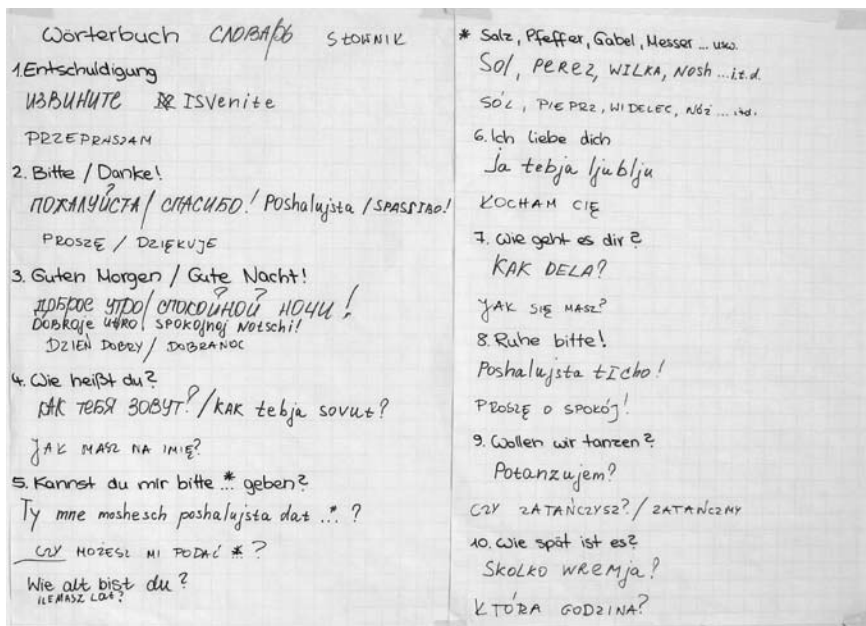
Das Kennenlernen der anderen Traditionen steht bei der Jugendbegegnung im Mittelpunkt. Hier tanzen die polnischen Pfadfinder eine für sie landestypische Polonaise.

anstrengende Anreise hinter sich. Die dritte Gruppe, junge Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft aus Niedersachsen, kam dagegen zwar relativ ausgeruht an, war aber mindestens genauso gespannt auf das, was sie in den nächsten zwei Wochen erwarten würde.

„Am Anfang war es schwer, zu den anderen zu finden“, schildert Maj die anfängliche Situation in der Teilnehmergruppe. Doch schon nach kurzer Zeit kam es zu ersten vorsichtigen Annäherungsversuchen, die durch das methodische Geschick und das Einfühlungsvermögen der Betreuer aus den drei beteiligten Ländern mit Hilfe von Kennenlernspielen und erlebnispädagogischen Aktivitäten initiiert und bestärkt wurden. Nachdem das erste Eis gebrochen war, kamen sich die Jugendlichen bei Arbeiten in gemischten Kleingruppen und der gemeinsamen Freizeitgestaltung von

ganz alleine näher. Sie arbeiteten in kleinen Projektgruppen an Foto-geschichten zum Thema „Freundschaft“, hatten gemeinsamen Spaß bei einer „Fun-Olympiade“ oder tanzten miteinander bei abendlichen Discoververanstaltungen. Interessante und für die gegenseitige Annäherung wichtige Einblicke in ausgewählte Besonderheiten der jeweiligen Länder erhielten die Jugendlichen bei den von ihnen durchgeführten länderspezifischen Abenden. An diesen Abenden gab es beispielsweise musikalische Darbietungen der russischen Gruppe, ein amüsantes Theaterstück der polnischen Gruppe oder es konnte über die überspitzte Darstellung von häufig zutreffenden Vorurteilen über Deutschland gelacht werden.

Einen besonderen Höhepunkt bildete das bereits erwähnte Fotoprojekt, bei dem die Teilnehmer/innen in Kleingruppen Bildergeschichten



Zum besseren Verständnis: Im Aufenthaltsraum haben die Jugendlichen wichtige Sätze auf Deutsch, Polnisch und Russisch aufgehängt.

zum Thema „Freundschaft“ erarbeitet haben, die sie zum Ende der Begegnung in einer gedruckten Zusammenstellung als Erinnerung erhalten haben. Auch die Ankunft des Musik-in-Liners mit 3 Dozenten, die mit den Jugendlichen an einem Tag Tanz- und Musikangebote durchführten, war ein Highlight. Dabei waren die Jugendlichen vor allem vom Musik-in-Liner begeistert, ein zu einem „rollenden Musikstudio“ umgebauter Linienbus, der in Trägerschaft des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Niedersachsen entstanden und mittlerweile in Niedersachsen für vielfältige soziale Projekte im Einsatz ist. Nähere Informationen dazu finden sich im Internet unter <http://musikinliner.de>

Neben vielen weiteren Angeboten stand mit dem Besuch der KZ Gedenkstätte Moringen auch ein sehr ernstes Thema auf dem Programm. Die KZ Gedenkstätte Moringen erinnert an das Konzentrationslager und das damit verbundene Unrecht, das sich in der Zeit zwischen

1933 und 1945 in und um diese Kleinstadt im Süden Niedersachsens abgespielt hat. Das besondere Augenmerk des intensiv vor- und nachbereiteten Besuchs lag auf das zwischen 1940 und 1945 eingerichtete Jugend-KZ. Viele der Teilnehmer/innen zeigten angesichts des Besuches tief berührt und der Tag klang stiller als die übrigen aus.

Nicht zu vergessen ist die offizielle Begrüßungsveranstaltung mit Gästen aus der Politik, Geschäftspartnern des Paritätischen und dem Paritätischen selbst am 05.07.2010, über die im nebenstehenden Kasten gesondert berichtet wird.

Es gäbe noch viele andere Aspekte, die einer Erwähnung wert wären, doch wie bei unserer diesjährigen Jugendbegegnung ist die vorgesehene Zeit auch hier wieder einmal viel zu schnell vergangen. Somit kommen die großen Abschiedsszenen in den Blick, die sich am 11. Juli zum Ende der Jugendbegegnung abspielten. Und tatsächlich konnte

man sich des Eindrucks nicht erwehren, hier ist in nur 2 Wochen eine Familie zusammengewachsen, die nun Abschied voneinander nehmen muss. Dazu noch einmal Maj: „Der Abschied war das Schlimmste. Würden wir uns je wiedersehen?“

Diese Frage muss unbeantwortet bleiben, doch hoffen lässt, dass die Jugendlichen ihre Kontaktdaten ausgetauscht haben und möglicherweise über das Internet Kontakt zueinander halten werden. Vielleicht entwickelt sich daraus auch das eine oder andere Wiedersehen ...

Nach einem solchen Rückblick kann sicherlich davon ausgegangen werden, dass der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen und das Paritätische Jugendwerk wieder einmal in ihrem Engagement für die Organisation und Durchführung von Begegnungsmaßnahmen für junge Menschen aus unterschiedlichen Ländern mehr als bestärkt worden sind. Allerdings muss dabei bedacht werden, dass sich die Möglichkeiten zur Finanzierung solcher wichtiger Maßnahmen nach wie vor äußerst schwierig darstellen. Zwar wird die Jugendbegegnung durch das Deutsch-Polnische Jugendwerk gefördert, doch muss der Paritätische einen nicht unerheblichen finanziellen Anteil zur Defizitdeckung zur Verfügung stellen. Ohne weitere finanzielle Unterstützung von Privatleuten, Geschäftspartnern, Stiftungen und einzelnen Politikerinnen und Politikern wäre die Durchführung dieser Begegnungsmaßnahme nur schwer möglich gewesen. Hier besteht also noch immer politischer Handlungsbedarf.

Sven Dickfeld
Jugendbildungsreferent

„Wichtiger Ansatz für die Völkerverständigung“

Vorstand des Paritätischen eröffnet die Jugendbegegnung

„Freunde finden – Grenzen überwinden“, dass das diesjährige Motto der 18. Internationalen Jugendbegegnung des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. und des Paritätischen Jugendwerks auch Programm ist, davon konnten sich die Gäste der offiziellen Begrüßungsveranstaltung im Dasser Stadtteil Sievershausen selbst überzeugen. Bei der kleinen Feier wurde schnell deutlich, dass die 42 Jugendlichen zwischen zwölf und 15 Jahren aus Deutschland, Polen und Russland schon nach wenigen Tagen viele Freundschaften geschlossen hatten. Und so wurde, allen eventuellen Sprachbarrieren zum Trotz, auf der Wiese hinter dem Schullandheim Wilhelm Block viel gelacht.

Bereits seit mehr als 15 Jahren können Kinder und Jugendliche bei der Internationalen Jugendbegegnung gemeinsam Ferien verbringen, ihre Erfahrungen austauschen, Verständnis füreinander entwickeln und neue Freundschaften schließen. „Die Jugendbegegnung ist ein wichtiger Ansatz für die Völkerverständigung und die persönliche Entwicklung der einzelnen Teilnehmer und Teilnehmerinnen“, sagte Sebastian Böstel, Vorstand des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen, bei der offiziellen Begrüßung. Ulla Klaproth, stellvertretende Verbandsratsvorsitzende des Paritätischen Niedersachsen, erzählte, wie sehr sie stets die Gastfreundschaft in



„Wichtiger Ansatz für die Völkerverständigung“: Sebastian Böstel (links), Vorstand des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V., bei seinem Grußwort zur Eröffnung der Jugendbegegnung.

Russland und Polen beeindruckt habe. „Ich hoffe, dass wir euch hier einen kleinen Teil davon zurückgeben können“, wandte sie sich an die Jugendlichen aus Brjansk und Krakau.

Dr. Ludmila Huber, stellvertretende Landrätin des Landkreises Northeim, begrüßte die Jugendlichen zunächst dreisprachig und wünschte ihnen viel Spaß für den Rest der Jugendbegegnung. „Als ich vor vielen Jahren nach Deutschland kam, sprach ich kein Wort Deutsch, und diese Zeit der nonverbalen Verständigung war vielleicht mit die beste Zeit“, erzählte sie. Und schließlich falle es Kindern und Jugendlichen sowieso viel leichter, ohne Worte zu kommunizieren, sagte die stellvertretende Landrätin. Auch Klaus Heinemann, ehrenamtlicher Geschäftsführer des Trägervereins des Schullandheims, und Marianne König von der Landtagsfraktion der Linken, wünschten den Jugendlichen zwei abwechslungsreiche Wochen in

Sievershausen. Karl Tolle, stellvertretender Bürgermeister der Stadt Dassel, lobte die Jugendbegegnung, die den 42 jungen Teilnehmern und Teilnehmerinnen gut zwei Wochen lang Abwechslung bietet.

Auch wenn die Jugendlichen alles gemeinsam unternehmen, standen bei der Begrüßungsveranstaltung ihre unterschiedlichen Herkünfte und Kulturen im Blickpunkt. Denn das Entwickeln von Verständnis füreinander gehört ebenfalls zu den Zielen der Jugendbegegnung. Und so trugen die Jugendlichen vom Gymnasium aus dem russischen Brjansk ein traditionelles Volkslied ihres Landes vor, die Pfadfinder aus Krakau tanzten eine polnische Polonaise, und die niedersächsischen Teilnehmer und Teilnehmerinnen sangen das Niedersachsenlied.

Anika Falke
Pressereferentin Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

Erstmals ein Deutscher an der Spitze von Inclusion International

Klaus Lachwitz von der Bundesvereinigung Lebenshilfe will die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention vorantreiben

Mit dem 63-jährigen Klaus Lachwitz aus Rauschholzhausen bei Marburg steht erstmals ein Deutscher an der Spitze von Inclusion International. Die Organisation setzt sich seit 50 Jahren überall auf der Welt für die Rechte von Menschen mit geistiger Behinderung ein. Sie hat ihren Sitz in London und vertritt mehr als 200 Mitgliedsverbände in 115 Ländern. Die Generalversammlung im Berliner Estrel Convention Center hat Klaus Lachwitz, den Bundesgeschäftsführer und Justiciar der Bundesvereinigung Lebenshilfe, einstimmig zum Nachfolger von Diane Richler gewählt. Die Kanadierin hatte turnusgemäß nicht mehr für das Präsidenten-Amt kandidiert. Beim 15. Weltkongress von Inclusion International hatten 2500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus 74 Nationen teilgenommen. Vier Tage lang stand dabei in Berlin die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung im Mittelpunkt.

Klaus Lachwitz will in seiner Amtszeit die globale Umsetzung des internationalen Abkommens vorantreiben. Der Jurist hat selbst daran mitgearbeitet und sieht in der UN-Konvention eine wahre Schatztruhe, um das Ziel einer inklusiven Gesellschaft ohne Barrieren zu erreichen: „Mit diesem wertvollen Dokument werden Menschen mit Behinderung weltweit wahrgenommen – und es hat und uns Zugang zu den Vereinten Nationen verschafft.“



Klaus Lachwitz, neuer Präsident von Inclusion International.

Klaus Lachwitz ist verheiratet und hat zwei erwachsene Kinder. Seit 29 Jahren macht sich der gebürtige Hesse erfolgreich für die Rechte geistig behinderter Menschen und deren Angehörigen stark. Die Kollegen bescheinigen ihm die besondere Fähigkeit zur verständlichen Darstellung komplexer juristischer Sachverhalte und einen Hang zum Querdenken mit Blick über den Tellerrand. Er selbst sagt über sich: „Meine Triebfeder sind Menschen mit Behinderung. Die Verbindung von Praxisarbeit und Fachlichkeit hat mich immer gereizt.“

In Deutschland hat der Lebenshilfe-Mann in den zurückliegenden Jahrzehnten viel bewegt. Er gehört zu den kraftvollen Motoren für mehr Teilhabe von behinderten Menschen. Oft war es Klaus Lachwitz mit seiner juristischen Abteilung, der den Politikern im Bundestag den richtigen Weg für ihre Gesetze wies. An der Einführung des Benachteiligungsverbots behinderter Men-

schen im Grundgesetz war maßgeblich die Lebenshilfe beteiligt.

Die Lebenshilfe mit deutschlandweit 135.000 Mitgliedern versteht sich als Selbsthilfevereinigung geistig behinderter Menschen und ihrer Angehörigen, als Fachorganisation sowie als Trägerverband für 3200 Einrichtungen und Dienste. Dort engagieren sich rund 60.000 hauptamtliche und etwa 15.000 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die „Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V.“ ist 1958 in Deutschland von betroffenen Eltern und Fachleuten im hessischen Marburg gegründet worden. Unter ihrem Dach sind 527 Orts- und Kreisvereinigungen sowie 16 Landesverbände zusammengeschlossen.

*Peer Brocke
Bundesvereinigung Lebenshilfe für
Menschen mit geistiger Behinderung e.V.*

„Diese Tage werden mir immer im Gedächtnis bleiben“

Lebenshilfe Delmenhorst und Landkreis Oldenburg e.V. in Berlin

Vom 16. bis 19. Juni 2010 trafen sich mehr als 2.300 Kongressteilnehmer aus 72 Ländern, um sich zum Thema „Inklusion – Rechte werden Wirklichkeit“ auszutauschen. Der Kongress fand zum ersten Mal in Deutschland statt. Auch eine Delegation der Lebenshilfe Delmenhorst und Landkreis Oldenburg e.V. reiste mit 19 TeilnehmerInnen nach Berlin. Die Gruppe setzte sich aus BewohnerInnen und MitarbeiterInnen der Wohneinrichtungen, Geschäftsführung, Vorstand und Vorstandsausschuss der Lebenshilfe Delmenhorst und Landkreis Oldenburg zusammen. Schwerpunkt des Kongresses war die Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung.

Zur Eröffnung sprach Bundesministerin für Arbeit und Soziales Ursula von der Leyen. Sie legte ein deutliches Bekenntnis für Inklusion ab: „Ich finde, alle Kinder müssen in eine Schule gehen.“ Bundeskanzlerin Angela Merkel übermittelte eine Grußbotschaft per Videoleinwand. Während des Kongresses konnten Vorträge und Workshops besucht werden, um sich ein Bild von der weltweiten Entwicklung der „Inklusion“ zu verschaffen. Viele von diesen Veranstaltungen wurden auch in leichter Sprache angeboten, so dass sie auch für Menschen mit einer geistigen Behinderung zu verstehen waren. Während der viertägigen Veranstaltung gab es zahlreiche Möglichkeiten, sich mit den Kongressbesuchern auszutauschen und über Veränderungsmöglichkeiten zu diskutieren.

Ein weiterer Höhepunkt der „Inklusion-Reise“ war der Besuch im Bundestag bei Franz-Josef Holzenkamp, Mitglied des Bundestages (MdB). Hier hatten die Besucher aus Delmenhorst die Gelegenheit, den Bundestagsabgeordneten zu befragen, was die Politik unternimmt, um die „Inklusion“ in der Bundesrepublik zu fördern. Herr Holzenkamp versprach, mit Frau von der Leyen einige Themen, die seinen Gästen am Herzen liegen, zu besprechen und ihnen eine Rückmeldung zu geben. Nach dem Treffen hatten die Delmenhorster die Gelegenheit, in den Plenarsaal zu schauen und die Reichskuppel zu erkunden.

Zum Ende des Kongresses kamen die BewohnerInnen und MitarbeiterInnen der Lebenshilfe zu dem Ergebnis, dass sie mit ihrer Einrichtung auf einem guten Weg sind und Inklusion in vielen Bereichen schon leben! Melanie Hippke (Wohntraining Hansastraße, Delmenhorst) brachte das Ergebnis der Reise auf den Punkt: „Inklusion – das heißt

mittendrin, dabei sein.“ Erich Moldenhauer (Wohngruppe Richtstraße, Delmenhorst) berichtete von einer besonderen Begegnung in Berlin: „Ein besonderes Erlebnis für mich war das Wiedersehen mit Juliett aus Schottland. Juliett hatte ich vor ca. 10 Jahren bei einem Austauschprogramm in Glasgow kennengelernt.“

„Der Kongress hat mir wieder einmal verdeutlicht, wieviel positive Energie und Lebensfreude, aber auch Selbstbewusstsein und Kompetenz in eigener Sache, von Menschen mit einer Behinderung ausgehen“, fasste die stellvertretende Vorstandsvorsitzende Heide Lies Iden zusammen. „Das gibt mir wieder neue Motivation für die Arbeit in der Lebenshilfe. Diese Tage in Berlin werden mir immer im Gedächtnis bleiben.“

Ludger Norrenbrock (Mitarbeiter WG Neue Straße und WG Richtstraße)
Sabine Poppinga (Mitarbeiterin WG Neue Straße und WG Richtstraße)
Maren Höhne (Mitarbeiterin WT Hansastraße)

Ein tolles Erlebnis:
 Die BewohnerInnen und
 MitarbeiterInnen der
 Lebenshilfe Delmenhorst
 und Landkreis Oldenburg e.V.
 in Berlin.



Inklusives Wohnen in Lüneburg für junge Erwachsene

Inklusionsgedanke steht bei der Wohngemeinschaft

„Sprungbrett“ im Vordergrund

Inklusives Wohnen mitten in Lüneburg durch die Lüneburger Assistenz: In einem Studentenwohnheim in zentraler Lage in Lüneburg entsteht eine Wohngemeinschaft für junge Erwachsene mit und ohne Behinderung. Die Idee dieser Wohngemeinschaft ist es, eine neue Wohnform für Menschen mit einer geistigen Behinderung anzubieten. Sie haben in dieser WG die Möglichkeit mit gleichaltrigen Menschen ohne Behinderung zu wohnen, den Alltag gemeinsam mit ihnen zu gestalten und weitgehend selbstständig zu leben. Anders als in anderen Wohnformen oder Wohngemeinschaften, die ausschließlich für Menschen mit Behinderungen gedacht sind, steht hier der Inklusionsgedanke im Vordergrund. Ein gegenseitiges voneinander Lernen und miteinander Leben soll hier entstehen.

Als ein seit über elf Jahren bestehender gemeinnütziger Verein unterstützen und fördert die Lüneburger Assistenz e.V. die Inklusion von Menschen mit Behinderungen im Landkreis Lüneburg. Sie hat dieses Wohnprojekt entwickelt und wird es in Kooperation mit Campus e.V. als Vermieter realisieren. Die Lüneburger Assistenz e.V. ist Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen und ein gemeinnütziger Verein mit dem Ziel, die Inklusion von Menschen mit Behinderung, insbesondere einer geistigen Behinderung, in allen Lebensbereichen zu fördern. Die Schwerpunkte liegen vor allem im Bereich der Verbesserung der Zugangsmöglichkeiten auf dem ersten Arbeitsmarkt, der Schaffung von alternativen Wohnformen und der Beratung über das Persönliche Budget. Das Prinzip der Hilfe zur

Selbsthilfe und der Selbstbestimmung als Ansatz der Integrationsarbeit sowie die Wertschätzung gegenüber allen Kunden und Partnern sind wichtige Grundsteine in der Philosophie der Lüneburger Assistenz e.V. Sie versteht sich als Interessenvertreter von Menschen mit Behinderungen, die ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben intensivieren möchten. Die Arbeit der Lüneburger Assistenz lebt durch ein sehr hohes Engagement von allen ehrenamtlichen Vorstandsmitgliedern sowie von den fest angestellten MitarbeiterInnen – Hand in Hand wird gemeinsam in die Zukunft gegangen.

Mit dieser, für diese Region, neuen Idee „Sprungbrett“ wird Inklusion gelebt und umgesetzt. Alle MitbewohnerInnen – mit und ohne Behinderung – haben die gleichen Rechte und Pflichten und jede(r) bekommt die Unterstützung im täglichen Leben, die er/sie benötigt. Eine gegenseitige Bereicherung und die (öffentliche) Akzeptanz der Unterschiedlichkeiten sind grundlegende Ziele dieser Wohnform. In insgesamt acht Zimmern entsteht im Oktober dieses Jahres eine Wohngemeinschaft für drei Studentinnen oder Studenten und fünf Menschen mit einer geistigen Behinderung. Des Weiteren verfügt die WG noch über eine gemeinsame Küche, einen Gemeinschaftsraum, zwei Bädern und Garten. Die Zimmer selbst sind ca. zwischen 12,5 m² und 34 m² groß und können von den Bewohnern individu-



Im Studentenwohnheim „Hamburger Kinderheim“ entsteht die neue Wohngemeinschaft für junge Erwachsene mit und ohne Behinderung.

ell gestaltet werden. (Unterstützt wird das Wohnprojekt Sprungbrett von Campus Lüneburg e.V.). Vor Ort werden die Bewohner von einem Pädagogen bzw. einer Pädagogin der Lüneburger Assistenz e.V. unterstützt. Diese Fachkraft wird die WG in ihrem Alltag begleiten, bei Konflikten vermitteln und Ansprechpartner für (Kosten-) Träger/n und die Öffentlichkeit sein. Die gemeinsame Freizeitgestaltung wird ebenfalls fachmännisch

angeregt und teilweise begleitet. Selbstverständlich werden auch Eltern und/oder gesetzliche Betreuer zu verschiedenen Gegebenheiten miteinbezogen.

Erste Interessenten für diese WG liegen der Lüneburger Assistenz bereits vor. Doch noch sind Plätze frei. Potenzielle Interessenten sollten erwachsen sein und tagsüber einer Beschäftigung nachgehen (Studium, Ausbildung oder Arbeit).

Weitere Informationen erteilt die Lüneburger Assistenz direkt. Ansprechpartnerin ist Frau Anika Naß, Horst-Nickel-Str. 2c, 21337 Lüneburg, Telefon 04131/30 30 647, E-Mail nass@lueneburger-assistenz.de. Unter www.lueneburger-assistenz.de ist der Internetauftritt zu erreichen.

*Anika Naß und
Simone Schachtschneider
Lüneburger Assistenz*

Parkausweis für Menschen mit Behinderungen wird ungültig

Neuer Ausweis kann ab sofort beantragt werden

Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen, Karl Finke, weist darauf hin, dass der vor 2001 ausgegebene alte Parkausweis zum Jahresende seine Gültigkeit verliert. Schon jetzt sollten sich Besitzer der alten Fassung um umgehende Ausstellung der Parkberechtigung neuer Fassung bemühen – und nicht bis zum Jahresende warten. Parallel dazu gibt es bereits seit 2001 den EU-einheitlichen (blauen) Parkausweis für schwerbehinderte Menschen.

„Der bislang noch gültige, aber seit einiger Zeit schon nicht mehr ausgestellte alte blaue Parkausweis für schwerbehinderte Menschen verliert nunmehr mit Ablauf des 31.12.2010 seine Gültigkeit. Wer ab dem 01.01.2011 auf Behindertenparkplätzen parken will, benötigt dazu den so genannten EU-Parkausweis“, so Finke.

Wer ab 2011 ohne diesen Parkausweis oder mit dem alten, dann un-

gültigen Parkausweis auf ausgewiesenen Behindertenparkplätzen parkt, begeht eine Ordnungswidrigkeit.

Der EU-Parkausweis kann bei der zuständigen Straßenverkehrsbehörde beziehungsweise Gemeindeverwaltung beantragt werden. Benötigt werden dazu der Schwerbehindertenausweis, ein Passbild sowie der alte Parkausweis, der von der Behörde eingezogen wird.

Menschen mit Behinderungen bauen sich ihr Traumhaus

Ein Baustellenbesuch in Celle

Bald ist es soweit. Die Bauarbeiten an dem Mehrfamilienhaus für acht Personen, das derzeit in Celle entsteht, sind fast abgeschlossen. Ein paar Kleinigkeiten müssen noch erledigt, ein paar Kabel noch verlegt werden, dann kann der Einzug beginnen. Soweit nichts Ungewöhnliches – doch

die Bauarbeiter, die dieses Passivhaus errichtet haben, machen den Neubau zu einem einzigartigen Projekt in Niedersachsen: Es sind Menschen mit einer oder mehreren körperlichen Behinderungen, die an der Errichtung ihres späteren Wohnhauses mitgearbeitet haben.

Organisator des Vorhabens ist der Celler Verein zur Förderung Körperbehinderter, Mitgliedsorganisation im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen. Der 1974 gegründete Verein, der zurzeit 80 Mitglieder zählt und die aktive und tatsächliche Integration behinderter Menschen in die Gesellschaft



Das neue Passivhaus (rechts im Bild) steht in unmittelbarer Nähe zu dem alten Bauernhof, in dem der Celler Verein zur Förderung Körperbehinderter unterbenutzt ist (linkes Haus)



Fleißig: Bei den Steckarbeiten halfen viele Vereinsmitglieder mit.

zum Schwerpunkt hat, zog 2007 in einen ehemaligen Bauernhof im Celler Ortsteil Groß Hehlen. Der Hof dient als Nachbarschaftstreff, offenes Haus und beherbergt die regionale Kontakt-, Informations- und Beratungsstelle im Selbsthilfebereich KIBIS. Im Obergeschoss des Hauses sind einige Wohneinheiten entstanden, die der Verein bereits mit seinen Mitgliedern selbst renoviert hatte. Das gemeinsame Renovieren hatte gut geklappt, und weil auch das Zusammenleben im Haus tadellos funktioniert, meldeten bald schon weitere Mitglieder Interesse an eigenen Wohnräumen an. „Und da entstand die Idee, ein separates Wohnhaus zu bauen“, erzählt Hans Ziesler, Vorsitzender des Vereins zur Förderung Körperbehinderter.

Ein passendes Baugrundstück auf dem Gelände des ehemaligen Bauernhofs war schnell gefunden. Schon bei der Planung brachten die Mitglieder des Vereins ihre Ideen und Vorstellungen ein. Oberste Priorität hatte natürlich die Barriere-

freiheit: Breite Türen, ebenerdige Duschen, Rampen und ein behindertengerechter Aufzug sind nur einige Beispiele dafür. Hinzu kommt die besondere Umweltfreundlichkeit des Passivhauses. Eine Heizung gibt es nicht, das Haus speichert durch seine spezielle Dämmung vielmehr die Körperwärme der Bewohner und sorgt für eine konstante Raumtemperatur.

Im Sommer vergangenen Jahres begannen die Arbeiten an dem Selbstbaupassivhaus vom Maurermeister Eckart-Rolf Hellmann. Zunächst gingen die Fachleute ans Werk, bevor im Herbst die Vereinsmitglieder unter Anleitung selbst Hand anlegten. Die besondere Bauweise des umweltfreundlichen Hauses garantierte, dass jeder mithelfen konnte. „Das Haus ist aus einem Stecksystem aus Styropor gebaut, das mit Eisen und Beton gestützt wird“, berichtet Ziesler. Die einzelnen Elemente werden nach einem Prinzip, das dem der bekannten Lego-Spielzeugsteine nicht unähnlich

ist, ineinander gesteckt. Viel Arbeit, bei dem Menschen mit und ohne Behinderungen gemeinsam mit anpackten.

Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Fünf Wohneinheiten von 27 bis 55 Quadratmeter Fläche sind in dem zweistöckigen Haus entstanden. Acht Personen werden hier demnächst einziehen, es gibt kleinere Ein-Zimmereinheiten sowie größere Wohnungen für Paare oder Familien. Küche und Bad sind bereits installiert, die übrige Möblierung ist dem eigenen Geschmack der Bewohner überlassen. „Wir hatten eine große Nachfrage, von Hamburg bis nach Bayern reichte das Interesse an den Wohnungen“, sagt Ziesler. Doch die auswärtigen Interessenten müssen sich hinten anstellen – die fleißigen Vereinsmitglieder haben natürlich Vorrecht bei der Vergabe der Appartements.

Anika Falke
Pressereferentin Paritätischer
Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

„Wir wollen uns überflüssig machen“

Hannoversche WohnAssistenz weht neue Räume ein

Dutzende Menschen drängen sich in den frischen, lindgrünen Räumen der Hannoverschen WohnAssistenz (HWA): Es sind Klienten, Angehörige, Mitarbeiter und Freunde der Einrichtung. Im Juni hat die HWA, das ambulante Angebot für Menschen mit Behinderungen der Paritätischen Mitgliedsorganisation Hannoversche Werkstätten, ihre zweite Geschäftsstelle eröffnet. Dies und die Tatsache, dass die HWA inzwischen seit 15 Jahren eine feste Größe des ambulanten Wohnens in Hannover ist, war Grund genug, in die neuen Räume einzuladen.

„Die HWA ist seit ihrer Gründung 1995 stetig gewachsen. Wir haben inzwischen so viele Assistenznehmer und Mitarbeiter, dass unsere Büros in Hainholz nicht mehr ausreichen“, sagt Einrichtungsleiter Manfred Willems, der sich über die hellen, freundlichen Räume freut: „Die neuen Büros in der Südstadt liegen sehr zentral und sind endlich auch barrierefrei.“

Menschen mit den unterschiedlichsten Behinderungen bekommen von den Mitarbeitern der HWA Unterstützung, sie sind die Assistenznehmer. Die Assistenzleistung umfasst fast alle Lebensbereiche von praktischer Hilfe im Haushalt bis hin zu sozialpsychologischer Unterstützung. Es ist eine aufsuchende Arbeit. Die Assistenten gehen in die Wohnungen ihrer Klienten und begleiten sie bei alltäglichen Aufgaben. Was ist im Haushalt zu tun und wie geht das? Ist wichtige Post gekommen und wie gehe ich damit um? Gemeinsam werden die Aufgaben besprochen oder geübt, bis der Assistenznehmer allein dazu in der Lage ist. Außerdem gehört die Begleitung bei Arztbesuchen und Behördengängen, der Umgang mit Finanzen oder die Unterstützung bei der Konfliktbewältigung zu den Aufgaben der Assistenten.

Das ist ganz im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention, ist dort doch das Recht auf ein eigenständiges Leben von Menschen

HW-Aktivissimo oder Ich will in meiner Freizeit etwas unternehmen!

2006 befragte die Hannoversche WohnAssistenz ihre Klienten nach deren Wünschen. Das Ergebnis: HWAktivissimo, das Freizeitprogramm der HWA. Groß war der Wunsch vieler Assistenznehmer danach, in ihrer Freizeit etwas zu unternehmen. Ebenso groß oft die Hemmschwelle für den Einzelnen. Jetzt geht es gemeinsam ins Kino, ins Theater, auf Radtour oder in die Region. HWAktivissimo will Menschen zusammenbringen, Kontakte knüpfen und kommt bei den Assistenznehmern sehr gut an.

Aufnahme finden. Sie erfahren Stärkung und Stabilisierung und werden begleitet bei Behördengängen und bei der Wohnungssuche. Die Mitarbeiterinnen haben jahrzehntelange Erfahrungen in der Anti-Gewalt-Arbeit und in der interkulturellen Beratung. Sie stellen fachkompetente Angebote bereit, die den Frauen und Kindern die Chancen für einen Neuanfang bieten. Oberstes Prinzip ist die Hilfe zur Selbsthilfe, Grundlage der Arbeit ist die Parteilichkeit für Frauen und Kinder.

Wohngemeinschaft – Zu Dreien statt allein

„Für manche Menschen ist der Schritt in eine eigene Wohnung erst einmal zu groß“, weiß Wohnassistent Richard Planck. „Besonders junge Menschen wollen zwar gern selbstbestimmt leben, aber dabei nicht ganz alleine sein.“ Wohngemeinschaft heißt das Zauberwort und für drei junge Assistenznehmer der HWA ist sie genau die richtige Lösung. Je-



Der neue Besprechungsraum der Hannoverschen WohnAssistenz in der Hildesheimer Straße in Hannover.

der Bewohner wird von der HWA betreut, außerdem gibt es Gruppentreffs und gemeinsame Aktivitäten. Seit rund 2 Jahren ein überaus erfolgreiches Projekt. Weitere Wohnungen sollen folgen.

Autismus – und trotzdem selbständig wohnen?

Für Menschen mit Autismus, insbesondere Asperger-Autismus, hat die HWA ein neues ambulantes Wohnangebot. Menschen mit Asperger haben viele Fähigkeiten und können durchaus alleine wohnen. Oft aber gibt es Schwierigkeiten in der sozialen Interaktion. Darum ist es wichtig, sich auf die innere Welt des Betroffenen sehr stark einzulassen. In dem neuen Angebot werden die Kompetenzen aus der Wohnassistenz mit den Erfahrungen des Wohnheims für Autisten in Lüdersen zusammengeführt.

mit Behinderungen endlich festgeschrieben. „Das selbstbestimmte Leben behinderter Menschen ist unser erklärtes Ziel, so steht es auch in unserer Konzeption“, betont Willems. „Wir sehen uns nicht als Betreuer unserer Klienten, sondern als Wohnassistenten. Darum nennen wir uns auch so. Alles was wir tun, wird mit den Assistenznehmer abgesprochen und nur mit seinem Einverständnis durchgeführt. Letztendlich wollen wir uns überflüssig machen, damit der Assistenznehmer so weit es eben geht, selbstständig leben kann.“

Die gesetzlichen Grundlagen für diese Arbeit sind nicht neu. Sie basieren auf der Eingliederungshilfe im SGB XII und stehen damit jedem Menschen mit Behinderung offen. Nicht selbstverständlich sind aber die hohen Qualitätsstandards, die von der HWA garantiert werden. „Alle unsere Assistenten sind

diplomierte Sozialarbeiter bzw. Sozialpädagogen, z.T. mit ganz unterschiedlichen Zusatzqualifikationen wie Systemische Beratung oder Gestalttherapie. So können wir auf die unterschiedlichen Bedürfnisse unserer Klienten sehr gut eingehen. Darüber hinaus sind wir QM-zertifiziert. In unserem Qualitätsmanagement ist unsere Assistenzdienstleistung klar geregelt, aber auch die Fortbildungen der Mitarbeiter oder beispielsweise der Umgang mit Beschwerden. Geprüft werden wir alle zwei Jahr vom TÜV. Das hilft uns, dabei immer besser zu werden“, fasst der Einrichtungsleiter zusammen.

Information und Kontakt:
Hannoversche WohnAssistenz
www.hw-hannover.de/hwa

*Christine Herbrig
Hannoversche Werkstätten
gem. GmbH*

Politiker einig: Mehrgenerationenhäuser weiter fördern!

PraktikerInnen verabschieden Positionspapier/

Erfolgreiches Forum des Paritätischen

Mehrgenerationenhäuser erfüllen eine wichtige Aufgabe in der sozialen Gesellschaft und müssen auch nach Beendigung der Bundesförderung 2011 unterstützt werden. Um diese Notwendigkeit darzustellen, haben die elf Mehrgenerationenhäuser, die im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. organisiert sind, ein Positionspapier erarbeitet (siehe folgende Seite), welches die Expertise und die langjährigen Erfahrungen der PraktikerInnen einbringt. Das Papier

wurde im Rahmen eines sozial- und familienpolitischen Forum des Paritätischen verabschiedet.

Der Verband hatte unter dem Motto „Unsere Gesellschaft braucht Mehrgenerationenhäuser – auch in Zukunft!“ in das Restaurant Leineschloss in den Niedersächsischen Landtag geladen. Zahlreiche Vertreterinnen Niedersächsischer Mehrgenerationenhäuser, Abgeordnete aus der Landes- und Bundespolitik, Vertreterinnen des Bundesministe-

riums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie des Niedersächsischen Sozialministeriums und andere Verbands- und Kommunalvertreterinnen waren der Einladung gefolgt. Und die Landtagsabgeordneten von SPD, CDU, Die Grünen und FDP demonstrierten ungewohnte Einigkeit darüber, dass Mehrgenerationenhäusern weitere Unterstützung benötigen.

Zuvor hatten die rund 80 Zuhörer und Politiker anhand von drei Fach-

referaten bereits fundierte Informationen über die besondere Rolle von Mehrgenerationenhäusern (MGH) erhalten. So hob Dr. Uta Meier-Gräwe von der Uni Giessen in ihrem Vortrag zum Strukturwandel von Familie und Kindheit auch den wirtschaftlichen Wert der generationenübergreifenden Arbeit der Mehrgenerationenhäuser hervor, die mit ihren sozialräumlichen Gelegenheitsstrukturen auch eine für die Entwicklung von Kindern bedeutsame anregende Umgebung bieten. Sehr betroffen machte der Hinweise der renommierten Professorin, dass alte Menschen zu 80% ihrer Zeit allein verbringen, was deren Vereinsamung dramatisch verdeutlicht.

Sabine Genther, Leiterin des SOS-Mütterzentrums in Salzgitter-Bad, stellte die bunte Fülle eines Mehrgenerationenhauses am Beispiel ihrer Einrichtung dar. „Unsere Zielgruppe sind nicht Alte, Kinder, Gesunde oder Kranke, unsere Zielgruppe sind alle Menschen, die zu uns kommen“, betonte sie.

Die Rolle der Mehrgenerationenhäuser in der Kommune beschrieb und verdeutlichte Annette Köppel vom MGH MOBILE in Pattensen, die die MGH mit ihren Philosophien als sozialen Motor in den Kommunen sieht. „Kommune muss angesichts des demografischen Wandels neu gedacht werden“, stellte die Referentin fest und legte dar, wie MGHs kreativ und konzeptionell die Kommunen beraten können, worin sie eine große Chance für die Kommunen sieht, das sie begrenzende Ressortdenken zu überwinden und fortzuentwickeln.

Den Abschluss der Fachveranstaltung des Paritätischen bildete ei-



Uta Meier Gräwe von der Uni Giessen hielt einen Vortrag zum Strukturwandel von Familie und Kindheit.

ne Podiumsdiskussion mit Landtagsabgeordneten von SPD, CDU, Die Grünen, FDP sowie einer Praktikerin aus einem Mehrgenerationenhaus. „Die Politik ist sich parteiübergreifend einig, dass die Mehrgenerationenhäuser wichtige Arbeit leisten“, fasste Sebastian Böstel, Vorstand des Paritätischen Niedersachsen und Moderator der Gesprächsrunde am Veranstaltungsende, zusammen. Die Teilnehmer merkten an, dass es für Kommunen und Land problematisch werden könnte, den Mehrgenerationenhäusern die notwendige finanzielle Un-

terstützung nach Beendigung der Bundesförderung im Jahr 2011 zu geben. Einig waren sich jedoch alle darüber, dass Bund und Land hier gemeinsam nach einer Lösung suchen müssen. „Wenn der Bund ein derartiges Projekt über fünf Jahre anstößt, muss er sich auch Gedanken über die Fortsetzung machen“, sagte Böstel.

*Andrea Zerrath
Fachbereich Frauen und Familie*

Positionspapier zur Zukunft der Mehrgenerationenhäuser des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Niedersachsen e.V. –

Fachbereich Frauen und Familien – Arbeitskreis Mehrgenerationenhäuser

Mehrgenerationenhäuser sollen Generationen verbindende Gemeinwesenarbeit leisten, für bedarfsgerechte Kinderbetreuung sorgen, ältere Menschen einbinden, soziale Dienstleisterinnen sein und das freiwillige Engagement fördern. Auch wenn Mehrgenerationenhäuser nicht die demografischen Probleme unserer Gesellschaft lösen können, so sind sie doch Orte wo generationen- und ressortübergreifend gedacht, gelebt und gehandelt wird und gesellschaftliche Verantwortung und Teilhabe stattfindet. Es sind Orte, die wichtige Funktionen übernommen haben, die durch gesellschaftliche Veränderungen drohen verloren zu gehen – das generationenübergreifende Miteinander und Füreinander.

Mit dem Bundesaktionsprogramm wurden bewährte Einrichtungen innerhalb eines Gemeinwesens zu Mehrgenerationenhäusern ausgebaut und für einen Zeitraum von fünf Jahren finanziell gefördert. Im Jahr 2011 endet die Bundesmodellförderung für die ersten Mehrgenerationenhäuser. Das finanzielle Engagement des Bundes soll nach der Förderperiode durch die Kommunen, die Kooperation mit der Wirtschaft und durch den Verkauf von Dienstleistungen ersetzt werden.

Bereits heute zeigt sich sehr deutlich, dass diese Rechnung so nicht aufgehen wird.

Mehrgenerationenhäuser haben Projekte entwickelt und Dienstleistungen übernommen, z. B. in der Kinderbetreuung, für die es zum Teil Gegenfinanzierungen und zeitlich befristete Projektförderungen gibt. Aber das, was Mehrgenerationenhäuser ausmacht, die wesentlichen Elemente ihrer Arbeit, bleibt ohne eine finanzielle Grundförderung auf der Strecke. Das sind 1. die Verbesserung der Kontakt- und Begegnungsmöglichkeiten der Generationen untereinander und 2. die Förderung des freiwilligen bürgerschaftlichen Engagements. Mehrgenerationenhäuser benötigen qualifiziertes Fachpersonal, um den Einsatz der zahlreichen freiwillig engagierten, hauptamtlichen und freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter adäquat koordinieren, ein mit vielen Aufgaben und Aktivitäten ausgestattetes Haus managen und mit den vielfältigen Anforderungen umgehen zu können. Diese hauptamtlichen Fachkräfte werden gebraucht, um Projekte zu initiieren, Spenden einzuwerben und Öffentlichkeitsarbeit leisten zu können. Dies lässt sich weder nebenher, ehrenamtlich oder ohne entsprechendes Fachwissen bewältigen.

Damit Mehrgenerationenhäuser auch zukünftig Generationen übergreifende Kommunikations- und Dienstleistungsdrehscheibe sein können, bedarf es auch nach Auslaufen des Bundesfördermodells ei-

ner öffentlichen Basisfinanzierung. Mehrgenerationenhäuser benötigen eine verlässliche Grundfinanzierung, die mindestens in Höhe der bisherigen jährlichen Bundesförderung von 40.000 Euro gewährleistet sein muss.

Um die im Sinne des Bundesaktionsprogramms gewachsenen Aufgaben und Anforderungen eines Mehrgenerationenhauses verantwortlich und sachgerecht weiterführen zu können, müsste sogar eine feste jährliche Basisförderung in doppelter Höhe wie bisher angesetzt werden.

Der finanzielle Grundförderbetrag lässt sich nicht im erforderlichen Umfang über Dienstleistungsentgelte erzielen, nicht durch die angestrebten Kooperationen mit der Wirtschaft ersetzen und kann auch, solange es keinen Ausgleich durch den Bund und das Land für diese gesellschafts- und familienpolitische Aufgabe gibt, nicht über die wirtschaftlich angeschlagenen Kommunen realisiert werden.

In der Fortführung ihrer Arbeit darf der Bund die Mehrgenerationenhäuser nach Ende der Bundesförderung finanziell nicht alleine lassen!

gez. *Andrea Zerrath*

Fachberaterin

*Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.*

Fachbereich Frauen und Familien

Wir denken weiter.

Zum Beispiel beim Fundraising.

Generieren Sie Spenden im Internet mit unserem BFS-Net.Tool XXL. Automatisieren Sie Ihre Spendenströme direkt auf Ihr Konto. Sie brauchen keine Programme zu installieren oder Ihre Homepage umzubauen.

Sprechen Sie mit uns. Wir haben die Lösung.

Die Bank für Wesentliches.



Geschäftsstelle Hannover
Podbielskistraße 166
Telefon 05 11.3 40 23-0
bfshannover@sozialbank.de
www.sozialbank.de



Bank
für Sozialwirtschaft

Forum Ausländer e.V. ist die 800. Mitgliedsorganisation

Vorstand des Paritätischen begrüßt den Verein in der Paritätischen Familie

Der Mitgliedertrend beim Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen zeigt weiter nach oben – und eine der neuen Mitgliedsorganisationen, die den Paritätischen als ihren Spitzenverband gewählt haben, wurde auf besondere Weise willkommen geheißen. „Das ist wirklich eine nette Überraschung, damit haben wir nicht gerechnet“, sagte Hyun-Hi Oberbeck, 2. Vorsitzende vom Hamelner Forum Ausländer e.V., als Vorstand Sebastian Böstel den Verein in der Paritätischen Familie begrüßte. Der Grund für den Vorstandsbesuch im Hamelner Kreisverband war in der „runden Zahl“ der Neuaufnahme begründet – Forum Ausländer ist die 800. Mitgliedsorganisation im Paritätischen Niedersachsen.

„Wir freuen uns besonders darüber, dass die 800. Mitgliedsorganisation in dem immer wichtiger werdenden Arbeitsbereich der Migration und Ausländerfragen tätig ist“, meinte Sebastian Böstel, Vorstand des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V.. Es sei eine große Ausnahme, dass der Vorstand anreist, um das Mitgliedsschild persönlich zu überreichen. Hyun-Hi Oberbeck wusste dies zu schätzen: „Wir fühlen uns geehrt und fühlen uns unter dem Paritätischen Dach sehr wohl, der Verband setzt sich immer sehr für Ausländer ein“, sagte sie. Auch dem Paritätischen ist die Arbeit des Vereins schon länger bekannt, denn auch vor der Aufnahme hat das Forum Ausländer eng mit dem Paritätischen Hameln und anderen Mitgliedsorganisationen zusammengearbeitet.



Überreichung des Mitgliedsschildes in Hameln, von links: Dr. Herrmann Niederhut, Verbandsratsmitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V., Sebastian Böstel, Hyun-Hi Oberbeck, Nobert Raabe, Geschäftsführer des Paritätischen Hameln-Pyrmont, und Anke Eichler.

Der Verein Forum Ausländer wurde 1993 gegründet, hat zurzeit 33 Mitglieder und fördert ein partnerschaftliches, gerechtes Zusammenleben von Einwohnern verschiedener Kulturen in Hameln. Um die Integration von MigrantInnen zu fördern, bietet die Organisation etwa Referate und Vorträge sowie Nachhilfekurse für SchülerInnen und Sprachkurse für ausländische Frauen an. Die Sprachkurse für Frauen seien dabei als nicht als Konkurrenz, sondern vielmehr als Ergänzung zu Integrationskursen, wie sie etwa von der Volkshochschule angeboten werden, zu verstehen. „Unsere Sprachkurse sind ein niederschwelliges Angebot, wir holen die Frauen da ab, wo sie stehen“, erklärt Anke Eichler, die die Kurse für Forum Ausländer unterrichtet.

Einige der Frauen hätten kaum Vorkenntnisse, manche lernen im Kurs überhaupt erst Lesen und Schreiben. In den rein weiblich besetzten Kursen von Forum Ausländer überwinden sie eventuelle Scheu und Schüchternheit und machen ihren ersten Erfahrungen mit der deutschen Sprache. „Zu uns kommen Moslemfrauen, die

seit mehr als 30 Jahren in Deutschland leben und erst jetzt schreiben lernen“, berichtet die stellvertretende Vereinsvorsitzende. Die ersten Lernerfolge würden die Frauen unheimlich motivieren, sagt Oberbeck: „Sie sind sehr glücklich darüber und wollen nur noch mehr lernen.“

Neben der sprachlichen Unterstützung hilft Forum Ausländer den Frauen auch, besser im Alltag zurechtzukommen. Im Unterricht werden Tipps zu Arztbesuchen und Behördengängen gegeben und kulturelle Aspekte des Lebens in Deutschland besprochen. Auch gemeinsame Ausflüge wie etwa der Besuch einer Kläranlage oder Feuerwehration gehören dazu und sollen den Frauen helfen, sich in Deutschland besser zurechtzufinden. „Alles, was wir anbieten sind ergänzende Maßnahmen zu dem, was schon da ist, und was auch gut ist, aber was vielleicht nicht reicht“, fasst Oberbeck zusammen.

Anika Falke
 Pressereferentin Paritätischer
 Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

„Eine ungewöhnliche Anfrage“

BVN/I.L.I.S. fertigt Hilfsmittel für Universität in Saudi-Arabien

Sehbehinderte und blinde Studenten der saudi-arabischen King Saud Universität in Riad erhalten neuerdings Unterstützung aus Hannover. Der Hersteller BVN/I.L.I.S., der zur Paritätischen Mitgliedsorganisation Blinden- und Sehbehinderterverband Niedersachsen gehört, hat eine der rund 100 Abteilungen der Universität mit seinem Integrierten Leit- und Informationssystem ausgestattet. Ein ungewöhnlicher und spannender Auftrag für BVN/I.L.I.S., der seine Leitsysteme bisher überwiegend in Deutschland und Europa vermarktet.

Auf der Frankfurt Hilfsmittel-Fachmesse SightCity wurden Vertreter der arabischen Uni auf die hannoverschen Produkte aufmerksam. Der Verein zur Förderung der Blindenbildung e.V., Vorgänger von

BVN/I.L.I.S., der seit 1998 Informationssysteme für Blinde und Sehbehinderte fertigt, hatte seine Produkte auf der Messe ausgestellt. Einige Zeit später, Ende 2008, meldete sich der für die Integration behinderter Studenten zuständige Mitarbeiter der King Saud Universität bei der Firma in Kirchrode. „Das war schon eine ungewöhnliche Anfrage, damit hatten wir nicht gerechnet“, erinnert sich Wolfgang Hirsch, Leiter der Abteilung BVN/I.L.I.S. Die Herren aus Saudi-Arabien wollten zunächst eine Abteilung ihrer Universität – die älteste im Lande mit aktuell rund 50.000 Studierenden – barrierefreier gestalten.

Die Bestellung, die die arabischen Kunden schließlich im Oktober 2009 in Hannover aufgaben, umfasste rund 700 Türschilder, Infor-

mationen für Treppenhandläufe, Aufzüge und Fußböden, sowie 13 große Umgebungspläne. Eigentlich kein Problem für BVN/I.L.I.S., dennoch dauerte die Planungsphase zur Erstellung der Hilfsmittel länger als gewöhnlich. Der Grund dafür waren vor allem die ungewohnten arabischen Schriftzeichen für die Erläuterungen auf den Tafeln. „Mit diesen Zeichen hatten wir noch keine Erfahrung“, berichtet Wolfgang Hirsch. Per E-Mail schickten die Berater aus Saudi-Arabien genaue Vorlagen nach Hannover, die dann in die Pläne eingearbeitet wurden. „Nach anfänglichen Schwierigkeiten hat die Zusammenarbeit gut geklappt“, sagt Wolfgang Hirsch. Bis in den Februar 2010 hinein dauerte diese Abstimmungsphase. Danach gingen die Fachleute von BVN/I.L.I.S. ans Werk, die fertigen Produkte wur-



Im Einsatz: Die Hilfsmittel aus Hannover werden in Saudi-Arabien begutachtet.



Internationale Punkte, arabische Schriftzeichen: Die Umgebungspläne für die King Saud Universität.

den im Sommer diesen Jahres nach Saudi-Arabien geliefert.

Die saudi-arabischen Hilfsmittel funktionieren im Großen und Ganzen ebenso wie die Produkte, die BVN/I.L.I.S. für den europäischen Markt herstellt. Die erhabenen, ertastbaren Punktsymbole für Blinde und Sehbehinderte basieren auf der international gebräuchlichen Brailleschrift. Diese wird übrigens auch in arabischen Ländern, im Gegensatz zur arabischen Schrift, von links nach rechts gelesen. Die Erläuterungen in Schriftsprache auf

den Plänen sind arabisch, jedoch nicht erhoben dargestellt, wie man es hierzulande gewohnt ist. „Diese sogenannte taktile Schwarzschrift wurde für nicht notwendig empfunden, ansonsten sind die Pläne nicht anders als alle anderen, die wir sonst fertigen“, meint Hirsch.

Eine kleine Extravaganz haben sich die Saudi-Arabier aber doch geleistet. Bei den Schildern für die Handläufe der Treppen, auf denen etwa Stockwerkinformationen angegeben sind, meldeten sie Sonderwünsche an: Diese sollten bitte golden elo-

xiert werden – in Deutschland ist das Ergebnis dieser Oberflächenbehandlung normalerweise silbern.

Die Resonanzen auf die hannoverschen Produkte waren durchweg positiv, sagt Wolfgang Hirsch, der nun auf den Beginn einer langjährigen Zusammenarbeit mit den Vertretern der King Saud Universität hofft: „Wir gehen davon aus, dass weitere Aufträge folgen werden.“

Anika Falke
Pressereferentin Paritätischer
Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

„Meinen Stress habe ich zuhause gelassen!“

Mutter- und Kind-Kuren wieder im Aufwind: 85 Mütter und ihre Kinder erholen sich im Familiensozialwerk Friesland in Horumersiel

Nach längerer Zeit der Stagnation herrscht in der Mutter- und Kind-Kurklinik Nordlicht des Familiensozialwerkes Friesland, einer Mitgliedsorganisation des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. in Horumersiel, endlich wieder reger Betrieb: Rund 90 Mütter aus ganz Deutschland und ihre Kinder genießen in dem ehemaligen 100-Betten-Hotel „Atlanta“ für drei Wochen Ferien vom stressigen Alltag. Zur Erleichterung von Hauschef Erwin Zimmering und seinem Mitarbeitersteam ist das mitten im Ortskern vom Horumersiel gelegene Haus bis in den November hinein ausgelastet. Bis auf wenige Mütter mit mehreren Kindern sind die meisten Frauen Alleinerziehende mit einem Kind.

Hatten die Gründer des Familiensozialwerkes Friesland – dazu gehört



Im hauseigenen Kindergarten herrscht stets Superstimmung.

auch der „Kinderhort Langendam“ in Varel – die Einrichtung einer Mutter- und Kind-Kurklinik vor allem für Frauen aus Niedersachsen gedacht, so reisen inzwischen Mütter und Kinder aus allen deutschen Bundesländern in das idyllisch-quirelige Nordseebad. Es berlinert, schwäbelt

und babbelt hessisch wo immer man auf die großen und kleinen Kurgäste trifft: Im Kindergarten, beim Spaziergang auf dem nahen Deich, in den blumenbunten Sitzecken im Innenhof, an den Tischen in der Cafeteria, in den großen und kleinen Aufenthaltsräumen.

Drei Frauen klönen auf einer Bank vor dem Klinikeingang während ihre Kinder unter der Obhut von Kindergärtnerinnen an einem ehemaligen Minensuchboot vorbei an den Strand laufen. Sie habe sich bereits in nur einer Woche „prima erholt“ freut sich Marilyn Ganzer aus Berlin: „Meinen Stress habe ich zu Hause gelassen!“ Für Antje Meining, die ebenfalls mit einer Tochter nach Horumersiel kam, ist es besonders wichtig, „dass möglichst viel von all dem positiven Erleben hier hängengeblieben ist, wenn ich wieder daheim bin“. Andrea Franke, die ihre beiden Jüngsten mit nach Horumersiel gebracht hat, genießt neben den angebotenen physikalischen Anwendungen vor allem auch das Losgelöstsein vom Alltagstrubel. Die drei Mütter beobachten zunehmend auch an ihren Kindern, wie sehr sie den Aufenthalt in einer anderen Umgebung und die Abwechslung genießen.

Für gewöhnlich sind die Jungen und Mädchen, die mit ihren Müttern in der Kurklinik des Familiensozialwerkes Friesland „kuren“ in einem Alter zwischen wenigen Wochen und zwölf Jahren. Absoluten Seltenheitswert haben alleinerziehende Väter, die sich beim Familiensozialwerk und den finanzierenden Krankenkassen für eine Kur anmelden. Was allerdings häufiger vorkommt, ist der Besuch von Vätern, die sich dann in einer Horumer Pensionen oder Hotels einmieten.

Der Geschäftsführer der Mutter- und Kind-Kurklinik, Erwin Zimmering, schiebt den Rückgang bei Mutter- und Kind-Kuren der vergangenen Jahre auf die Schließung von Beratungsstellen. Seit 2007 seien die Kuren für Mütter und



Während sich ihre Mütter bei Gesprächen, Anwendungen und viel Ruhe erholen, unternehmen die Kinder mit ihren Betreuerinnen einen Spaziergang zum Deich. Im Hintergrund des Fotos ist die Kurklinik des Familiensozialwerkes Friesland zu sehen.
Foto: Pariklocke

Kinder allerdings erfreulicherweise vom Gesetzgeber „festgeschrieben“ worden, was sich in der zunehmend besseren Belegung der Kureinrichtungen bemerkbar mache.

Die Kurklinik des Familiensozialwerkes in Horumersiel macht den Aufwand deutlich, der zum Wohl der besonders erholungsbedürftigen Gäste aufgeboren wird. In Horumersiel gehören zum Mitarbeiterstamm ein Arzt, eine Psychologin, Sozialpädagogen, Erzieherinnen für den Betreuungsbereich der Kinder, Physiotherapeutinnen, examinierte Nachtwachen und anderes Hauspersonal. Mehrmals in der Woche treffen sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu „Fall-Konferenzen“. Dort werden für jede Patientin und jedes Kind die sinnvollsten und erfolgversprechendsten Therapiemöglichkeiten festgelegt und Erfolgsbilanzen gezogen. „Auf keinen Fall jedoch wollen wir erziehend wirken“, betont Erwin Zimmering, „unser Hauptaugenmerk richten wir auf eine möglichst wirkungsvolle Entlastung alltagsgestresster Mütter und ihrer Kinder.“ Waren noch vor wenigen Jahren lediglich 20 Prozent

der Kurgäste Alleinerziehende sind es heute 65 und mehr Prozent alleinerziehende Mütter.

So reichhaltig das Angebot wie Yoga, Akupunktur, Autogenes Training, Aerobic, Nordicwalking, Sonnenbank und anderes mehr sein mag, auch in Horumersiel gilt die alte Regel: „Eine Kur ist kein Urlaub.“ Ein etwas gestrenger Satz, den die Frauen gleich am ersten Tag ihres Aufenthaltes verinnerlichen sollen. Im übrigen informiert das Team der Kurklinik die Hausärzte ihrer Patientinnen über den Verlauf der Kur in Horumersiel.

Die Kurklinik in Horumersiel wurde 1974 vom damaligen Gründer des Familiensozialwerkes Friesland, Otto Boomgarden gegründet und aufgebaut. Weitere Informationen gibt es beim

Mutter-Kind-Haus Nordlicht,
Am Tief 6, 26434 Wangerland
Tel: 04426/947-0,
Fax: 04426/947-125,
Email:
horumersiel-nordlicht@freenet.de

pari/dik

Christian Wulff bleibt auch als Bundespräsident Schirmherr der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft, Bundesverband e.V.

„In den letzten Jahren konnte ich die wertvolle Arbeit der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft als Schirmherr begleiten. Dabei habe ich das Engagement der DMSG für die Belange von MS-Erkrankten und deren Angehörigen kennen und schätzen gelernt. Ich freue mich Ihnen mitteilen zu können, dass ich der Bitte Ihres Verbandes nachkommen kann und die Schirmherrschaft als Bundespräsident fortführen werde“, erklärte das deutsche Staatsoberhaupt in seinem Bestätigungsschreiben.

„Diese persönliche Entscheidung von Bundespräsident Wulff, Schirmherr der Deutschen Multiple Skle-

rose Gesellschaft zu bleiben, erfüllt uns mit sehr großer Freude, denn dies bedeutet eine außerordentliche Unterstützung für unsere Arbeit, eine Wertschätzung des Engagements der vielen haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ist darüber hinaus für alle an Multipler Sklerose erkrankten Menschen ein besonderes Zeichen der Solidarität“, so der Vorsitzende des DMSG-Bundesverbandes e.V., Staatsminister a.D. Gottfried Milde.

Vor fast genau neun Jahren, im November 2001, übernahm Christian Wulff, dessen Mutter schwer an MS erkrankt war, die Schirmherrschaft über den Bundesverband

der DMSG. Die größte Herausforderung seiner Aufgabe sah er darin „Hoffnung zu geben und Wege aufzuzeigen, mit der Krankheit zu leben“. Seitdem hat er sich nachhaltig für die Anliegen und Ziele der DMSG eingesetzt, um die Lebensqualität MS-Erkrankter zu verbessern, die MS-Forschung zu intensivieren, die Öffentlichkeit über die Krankheit aufzuklären und für die Belange MS-Erkrankter zu sensibilisieren. „Dass Christian Wulff auch als Bundespräsident seinen Schirm über MS-Erkrankte und unsere Arbeit hält, ermutigt und bestätigt uns in unserer Arbeit“, sagte DMSG-Bundesgeschäftsführerin Dorothea Pitschnau-Michel.

Vorstandswechsel bei der Lebensabend-Bewegung

Helmut Kirsebauer feierlich verabschiedet – Almuth Minor neue Vorsitzende

Nach fast 25 Jahren ist Helmut Kirsebauer als Landesvorsitzender aus Altersgründen aus der Vorstandstätigkeit der Lange Aktiv Bleiben – Lebensabend-Bewegung e.V. (LAB) ausgeschieden. Auf der Delegiertenversammlung der Paritätischen Mitgliedsorganisation, auf der auch der neue Vorstand gewählt wurde, wurde Helmut Kirsebauer feierlich verabschiedet. Die Landesvertreter-Versammlung der LAB wählte Almuth Minor zu ihrer neuen Vorsitzenden.

Die LAB, Landesverband Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, ohne Helmut Kirsebauer an der Spitze?

Das scheint fast undenkbar, so lange und intensiv hat er die Geschicke der Selbsthilfeorganisation geführt. 1986, vor fast 25 Jahren, wurde Helmut Kirsebauer zum Landesvorsitzenden der Lebensabend-Bewegung (LAB) des Landesverbandes Niedersachsen und Sachsen-Anhalt gewählt, deren Sprecher er darüberhinaus seit 1988 ist.

Die Lebensabend-Bewegung als Mitgliedsorganisation des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsens hat sich zum Ziel gesetzt, in der Bundesrepublik Deutschland Grundvoraussetzungen zu schaffen, die äl-

teren Menschen einen erfüllten Lebensabend mitten in der Gesellschaft ermöglichen. Helmut Kirsebauer hat in den letzten Jahren maßgeblich auf dieses Ziel hingearbeitet. So ist es besonders seinem unermüdlichen Einsatz zu verdanken, dass kurz nach der Wiedervereinigung vier Gemeinschaften der LAB in Sachsen-Anhalt gegründet werden konnten. Als Landesvorsitzender betreute er intensiv die örtlichen Gemeinden der LAB und verfolgte sämtliche an ihn herangetragene Wünsche und Probleme. Gleichzeitig warb er bei den zuständigen kommunalen Stellen um Unterstützung.



„Wir verstehen uns gut“: Die neue LAB-Vorsitzende Almuth Minor (Mitte) mit Ellen Knoop (links) und Edeltraud Voss.

Seinen stetigen Bemühungen auf Bezirks- und Landesebene verdankte die LAB immer wieder neu gewährte finanzielle Beihilfen. So ist es besonders seinem Organisationstalent und seiner Überzeugungskraft zuzuschreiben, dass die kontinuierlichen Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen sowie die Delegierten tagungen finanziert werden konnten. Um die Interessen älterer Menschen zu vertreten, ist die LAB unter anderem in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen mit Sitz in Bonn vertreten. Zu den Aufgaben von Helmut Kirsebauer zählte dort beispielsweise die Planung und Organisation des „Internationalen Jahrs der Senioren“. Für seinen unermüdlichen Einsatz, vor allem für die LAB, aber auch in anderen Bereichen kommunalpolitischer und verbandspolitischer Natur, erhielt Helmut Kirsebauer zahlreiche Ehrungen und Auszeichnungen, unter anderem das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

„Die Aktivitäten der LAB, ihr Beitrag zur Gestaltung der Altenselbsthil-

fe, zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements, der Stärken, Potenziale und der Mitwirkung der Älteren sind jedoch auch über die Grenzen hinaus bekannt und sie werden jetzt und auch zukünftig immer mit dem Namen ‚Helmut Kirsebauer‘ in Verbindung gebracht werden“, fasst Sebastian Böstel, Vorstand des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen, lobend zusammen.

Neue Vorsitzende der LAB Landesverband Niedersachsen und Sachsen-Anhalt ist Almuth Minor, die bereits reichlich Erfahrung in Sachen

Vorstandsarbeit hat: Zuletzt war sie drei Jahre lang Mitglied im dreiköpfigen Vorstand der LAB Aurich (50 Mitglieder), davor gehörte sie als Schatzmeisterin 15 Jahre lang dem erweiterten Vorstand in Aurich an. Ihr stehen Ellen Knoop von der LAB Neu-Wulmstorf (417 Mitglieder) und Edeltraud Voss von der LAB Osterode (100 Mitglieder) als weitere Vorstandsmitglieder zur Seite. „Wir sprechen alles Wichtige miteinander ab und verstehen und hervorragend. Zu dritt hat man mehr Ideen und Perspektiven, außerdem sind wir räumlich gut über Niedersachsen verteilt“, beschreibt Almuth Minor die Zusammenarbeit der drei Frauen.

„Uns geht es vor allem darum, das Image der LAB als moderne Institution zu festigen und auszubauen“, sagt die neue LAB-Vorsitzende. Erste Schritte in diese Richtung, wie Computerkurse einschließlich Internetzugang für ältere Menschen, wurden bereits unternommen. „Diese Kurse werden sehr gut angenommen, bis Jahresende sind wir ausgebucht“, berichtet Almuth Minor. Daneben sollen natürlich auch die „klassischen“ Aktivitäten wie Sprach-, Gymnastik- oder Kreativkurse einen festen Platz im umfangreichen Angebot der LAB behalten.



Wolf-Rüdiger Hübner überreicht Helmut Kirsebauer einen Geschenkkorb als Dank für die geleistete Arbeit.

„Bandfeeling“ in der Löwenstadt

Braunschweiger Kinder und Jugendliche schnupperten drei Tage lang

Musikerluft im Musik-in-Liner

Da kam richtig Stimmung auf, als der Musik-in-Liner, ein zum Tonstudio umgebauter Linienbus des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen, endlich gesichtet wurde: Die Kinder und Jugendlichen im Braunschweiger Stadtteil Lamme konnten es kaum abwarten, bis sich die Türen des peppig blauen Musikbusses direkt vor dem fast fertig gestellten neuen Kinder- und Jugendzentrum öffneten.

Das Jugendzentrum wird von der Stadt Braunschweig gebaut. Neben anderen Bewerbern konnte sich der Paritätische Braunschweig durchsetzen, überzeugte die Entscheider mit seinem Konzept und erhielt den Zuschlag für die Trägerschaft. Und bevor der dringend notwendige Jugendtreff in dem stetig wachsenden Ortsteil Lamme im November seine Türen öffnen wird, lieferte der Paritätische schon einmal einen ordentlichen Vorgeschmack auf die tollen Aktivitäten, die den Kindern und Jugendlichen dort demnächst geboten werden. Bestens geeignet war dafür der Musik-in-Liner. Mit verschiedenen Instrumenten, Verstärkern, Mikrofonen und einem Tonstudio mit Aufnahme- und Schnitttechnik ist dieser rollende schallisolierte Proberaum eine tolle Sache, um den Kindern und Jugendlichen Musik näher zu bringen und ihnen gleichzeitig ein Teamgefühl füreinander zu verschaffen.

Die beiden Musikprofis Andy Kammer und Roland Loy gaben die notwendigen Hilfestellungen und

sorgten für einen musikalischen Ausnahmezustand. Rund siebzig interessierte Kinder und Jugendliche kamen an den drei Tagen vorbei, probierten Instrumente aus, wagten sich an die Mikrofone, hauten in die Saiten und auf das Schlagzeug, komponierten und texteten.

In das anfängliche musikalische Chaos brachten die beiden Musikdozenten schnell Struktur. „Fast alle Kids hatten überhaupt keine musikalischen Vorkenntnisse“, stellte Roland Loy fest. Geduldig erklärten die Pädagogen die Instrumente und gaben Tipps. Richtig ausgelassen ging es in dem gut gefüllten Bus zu. Es wurde spontan gerappt und dabei der ein oder andere junge Freestyle-Rapper entdeckt. Die siebenjährigen Zwillinge Linus und Lukas entwickelte sich zu echten Profis auf diesem Gebiet. Binnen kürzester Zeit kam richtige Bandstimmung auf. Da hieß es dann auch schon mal: „Hey, können wir mal lauter“, zitiert Roland Loy schmunzelnd diesen typischen Musi-

kerspruch, den die Kinder zum Besten gaben.

Mit viel Begeisterung und Konzentration entstand zum Schluss sogar ein eigens für das neue Jugendzentrum komponierte und getextete Stück. Bisher zwar erst einmal nur als Rohfassung, aber das Fragment für den Song steht. „Hätten wir noch mehr Zeit gehabt, wäre ein wirklich richtig gutes Stück entstanden“, meinte der Experte Loy. Noch muss an dem Song allerdings ein bisschen gefeilt werden.

Die Kinder und Jugendlichen waren an allen drei Tagen Feuer und Flamme. „Hier ist alles toll, außer die Pause, die brauche ich nicht“, meinte die zehnjährige Mirjam. Sie hätte stundenlang ohne Unterbrechung Musik machen können. Doch der Andrang war groß. Alle wollten schließlich einmal die verschiedenen Instrumente ausprobieren. So auch Heval, dem nichts zu laut sein konnte: „Ich finde es super, nur die Gitarre ist zu



Konzentriertes Zuhören: Die Kinder lauschen den Musikprofis.

leise.“ Aber nicht nur die jüngeren Akteure waren von der Aktion völlig begeistert. „Unglaublich, was hier in den letzten Tagen alles passiert ist“, sagte Stefan Sievers, Mitarbeiter der neuen Einrichtung.

Und auch Sabine Kettner, zukünftige Leiterin des neuen Jugendzentrums, war ganz begeistert von der Re-

sonanz und der Stimmung. „Musik hat etwas mit Gefühlen und Emotionen zu tun. Das hat man hier wieder ganz deutlich gemerkt. Die Kids werden das Erlebnis hier bestimmt nicht vergessen“, ist sich Musikdozent Andreas Kammer sicher.

Und alle hoffen, dass der Musik-in-Liner nicht zum letzten Mal in Lamme

Station gemacht hat. Eins steht jedenfalls jetzt schon fest: Musik wird es auch zukünftig im neu gebauten Jugendzentrum an der Lammer Heide II geben. Und dann heißt es mit Sicherheit wieder: „Hey, können wir mal lauter?“

Anke Meyer

Paritätischer Braunschweig

DLRG warnt vor kaltem Wasser und Stürmen im Herbst

Niedersachsen: Schon 47 Tote bei Bade- und Bootsunfällen

Die Freibadesaison ist in Niedersachsen inzwischen zu Ende gegangen, doch die Wassersportsaison wird noch einige Wochen anhalten. Damit das herbstliche Wasservergnügen nicht mit Schrecken endet, rät die Mitgliedsorganisation DLRG Landesverband Niedersachsen e.V. dringend an alle Wassersporttreibenden, sich auf die veränderten Wetterbedingungen einzustellen. Hierzu gehört vor allem eine ohnmachtssichere Rettungsweste: Nur mit einer derartigen Weste haben verunglückte Wassersportler eine Überlebenschance, um noch rechtzeitig von den Rettungskräften erreicht zu werden. Die Devise muss lauten: „Erst Weste anziehen, dann das Wassersportgerät betreten!“ Schwimmwesten sind cool; sie retten Leben.

Ein weiterer Punkt, den Sportler beachten sollten, ist die richtige Bekleidung, die den niedrigen Außentemperaturen angepasst werden muss. Die entsprechende Wetterschutzbekleidung muss gerade bei den vorherrschenden Wassertemperaturen – um 13 Grad – wärmen und darf nicht hinderlich sein. Im Fall der Fäl-



Stürmische See im Herbst – die DLRG rät zu entsprechenden Vorsichtsmaßnahmen. Foto: Holger Schrank

le sollte der „Schiffbrüchige“ unbedingt bei seinem gekenterten Boot verbleiben. Nur hier hat er eine Chance gefunden zu werden. Selbstverständlich müssen auch das Boot und die Ausrüstung noch einmal auf die veränderten Wetterbedingungen des Herbstes, insbesondere auf Stabilität und Vollständigkeit, überprüft werden.

2010 sind in Niedersachsen bis zum 19. August mindestens 47 Menschen bei Bade- und Bootsunfällen ums Leben gekommen. Das sind sechs Personen mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Insgesamt sind in Deutschland 331 Menschen er-

trunken. 2009 waren es im gleichen Zeitraum noch 22 Menschen mehr. Leider sind in Niedersachsen die Ertrinkungszahlen gestiegen. Der bundesweite Trend einer leichten Minimierung von Ertrinkungsopfern hat sich hier nicht durchgesetzt. Bayern steht weiterhin auf Platz 1 dieser traurigen Statistik mit 63 (66) Todesfällen, gefolgt von Niedersachsen mit 47 (41) und Nordrhein-Westfalen mit 39 (48) Ertrinkungsopfern. Die meisten Menschen ertrinken an unbewachten Flüssen und Seen. Die meisten Opfer sind männlich.

Ralf Zimmermann

DLRG Niedersachsen

Weiterbildungs-Master Integrative Lerntherapie der Universitäten Hamburg/Hannover

Zum Wintersemester 2010/2011 startet der berufsbegleitende Weiterbildungs-Master Integrative Lerntherapie der Universität Hamburg. Er führt die Weiterbildung "Fachkräfte für Integrative Lerntherapie" fort, die seit 2001 in Kooperation mit der Universität Hannover und dem Fachverband für Integrative Lerntherapie e.V. (FiL) angeboten wird.

Integrative Lerntherapie basiert auf der Zusammenführung von Kompetenzen aus verschiedenen Disziplinen, individuell und situationsabhängig, und immer wieder neu auf die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen mit Lern- und Leistungsstörungen (Legasthenie, Dyskalkulie,

Aufmerksamkeitsschwierigkeiten) abgestimmt. Der Studiengang ist für alle interessant, die Kinder und Jugendliche in der Schule und außerschulisch in ihrem Lernprozess unterstützen wollen.

Das bisher schon erfolgreiche Angebot wurde zu einem Master aufgewertet, da der "Lerntherapeut" keine gesetzlich geschützte Berufsbezeichnung ist und daher der Markt der Anbieter sowohl auf Seiten der Anbieter von Lerntherapien als auch auf Seiten der Weiterbildungseinrichtungen kaum zu durchschauen ist. Auf verschiedenen Ebenen arbeiten deshalb Kostenträger wie Behörden, Elternverbände, wie der Bundesver-

band Legasthenie und Dyskalkulie, und der Fachverband für integrative Lerntherapie e.V. daran, Qualitätsanforderungen zu formulieren.

Lerntherapeutinnen und -therapeuten stehen mit dem Masterabschluss für ein fachlich kompetentes Angebot sowohl gegenüber Kostenträgern als auch gegenüber den Eltern. Informationen zum Studiengang unter: http://www.aww.uni-hamburg.de/Integrative_Lerntherapie.html

*Dr. Michaela Tzankoff,
AWW Hamburg
Angelika Nührig,
Zentrum f. integrative Lerntherapie
e.V. Braunschweig*

Neue Arbeitshilfe der Bank für Sozialwirtschaft: Ambulant betreute Wohngemeinschaften

Konzepte, Rechtsgrundlagen und Finanzierungsaspekte für ambulant betreute Wohngemeinschaften älterer Menschen stehen im Mittelpunkt der neuen Arbeitshilfe, die die Bank für Sozialwirtschaft (BFS) jetzt unter http://www.sozialbank.de/bfs_publicationen/ zum kostenlosen Download ins Netz gestellt hat.

Verschiedene Autoren aus dem Bereich Research der Bank zeigen hier detailliert auf, welche Akteure und Gestaltungsvarianten bei ambulant betreuten Wohngemeinschaften es heute gibt und welche Potenziale in dieser Wohnform liegen. Sie benennen grundlegende Anforderungen an die Umsetzung einer

ambulant betreuten Wohngemeinschaft und führen diese im Einzelnen aus: die rechtlichen Betriebsvoraussetzungen, die Funktionsvoraussetzungen, die Versorgungssicherheit bezüglich Pflege und Betreuung sowie die Marktfähigkeit und die nachhaltige wirtschaftliche Tragfähigkeit des Projektes. Insbesondere die rechtlichen Rahmenbedingungen werden anhand der ordnungsrechtlichen Vorschriften u. a. des Bundesheimgesetzes und der Nachfolgegesetze der einzelnen Bundesländer sowie der leistungsrechtlichen Vorgaben des Sozialgesetzbuches detailliert erläutert. Ausführlich gehen die Autoren im Anschluss auf die Finanzierung der

Anlauf-, Investitions- und Betriebskosten einer ambulant betreuten Wohngemeinschaft ein. Hier wird nicht nur aufgezeigt, wie sich die Kosten zusammensetzen, sondern auch, was unter welchen Voraussetzungen die verschiedenen Kostenträger leisten, wo es Fördermöglichkeiten gibt und wo die Initiatoren und die Bewohner selbst gefordert sind. Abschließend finden die Leser einen Fragenkatalog, anhand dessen sie prüfen können, ob eine ambulant betreute Wohngemeinschaft die entscheidenden Voraussetzungen für die eigene Zukunftsfähigkeit erfüllt.

Becher, Berthold / Hayer, Jens / Kunstmann, Frank / Sobottke, Markus: Ambulant betreute Wohngemeinschaften – Konzepte, Rechtsgrundlagen, Finanzierungsaspekte, 31 S., Köln 2010

Paritätischer diskutiert mit BGM Philipp Rösler

Bundesgesundheitsminister zu Gast beim Landesverband



Dieses Bild wird schwarz/weiß, befindet sich jedoch noch in Bearbeitung.

Sebastian Böstel (von links) und Cornelia Rundt diskutieren mit Bundesgesundheitsminister Dr. Philipp Rösler.

Seine deutliche Kritik an der Reform von Bundesgesundheitsminister Dr. Philipp Rösler hat der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. bereits mehrfach öffentlich gemacht. Nun ergab sich für Vertreter des Verbands eine Möglichkeit, dem Bundesgesundheitsminister einmal ganz detailliert zu erläutern, welche Auswirkungen die geplante Reform haben könnte, und wo nach Meinung des Paritätischen dringend nachgebessert werden muss. Der Paritätische hatte den Minister zum Gespräch geladen – und Rösler ließ es sich nicht nehmen, trotz gut gefülltem Terminkalender ganz ungewohnt und relativ leger in der Landesgeschäftsstelle in Hannover zu erscheinen. Dort wurde er von einer kleinen Delegation des Paritätischen, darunter die Vorstände Cornelia Rundt und Sebastian Böstel sowie die Verbandsratsvorsitzenden Horst Hüther und Ulla Klapproth, zu einem Gespräch über aktuelle gesundheitspolitische Themen empfangen. Philipp Rösler stellte sich der Kritik, diskutierte über eventuelle Änderungen und deutete durchaus Entgegenkommen an, etwa bei Medizinischen Versorgungszentren, deren Aufbau und Betrieb Freigemeinnüt-

zigen Trägern weiterhin frei stehen soll.

„Die Gesundheitsreform ist eine einseitige Belastung der Versicherten und ein Einstieg in die Kopfpauschale“, fasste Cornelia Rundt die Kritik des Paritätischen an der Reform zusammen. Der Paritätische hatte schon wiederholt darauf hingewiesen, dass die Reform eine unsoziale Tendenz vorgibt. Die Schwachen unserer Gesellschaft, die Alten und Kranken, die Familien, die Armen, die Alleinerziehenden – also alle die, die auf eine gesetzliche Krankenversicherung angewiesen sind – spielen bei den Plänen der Regierung, notwendige Zusatzbeiträge künftig einkommensunabhängig zu erheben, keine Rolle. Die Schwachen sollen stattdessen für die Gutverdiener zahlen, denen zusätzlich die Flucht aus der solidarischen Krankenversicherung erleichtert wird. Der Paritätische wirft der Politik vor, sich mittels dieser Reform aus der Verantwortung bezüglich klar definierter Leistungsumfänge stellen zu wollen, die den Versicherten zustehen, und sie stattdessen dem freien Spiel der Kräfte überlässt. Vorwürfe, mit denen Rösler beim Gespräch in

Hannover direkt konfrontiert wurde. „Die Versicherten werden einseitig belastet“, sagte Cornelia Rundt.

Rösler betonte, im ersten Schritt der Reform stehe die Stabilisierung der Einnahmen im Vordergrund, längerfristiges Ziel sei eine Reform des gesamten Systems, damit „das Geld auch bei den Menschen ankommt“. Auch der Sozialausgleich für untere Einkommensgruppen sei ihm sehr wichtig, bekräftigte der Bundesgesundheitsminister mehrfach. Dieser Ausgleich sollte zielgenau, unbürokratisch und aus dem Steuersystem gespeist sein.

Eine den Wünschen des Paritätischen entgegenkommende Meinung äußerte der Bundesgesundheitsminister beim Thema Zukunft der Medizinischen Versorgungszentren (MVZ). Freigemeinnützige Träger sollen auch weiterhin uneingeschränkt MVZs gründen können, sagte Rösler. Einschränkungen im Betrieb sollen sich in erster Linie auf große Kapitalgesellschaften beziehen.

Weitere Punkte, die die VertreterInnen des Paritätischen ansprachen,

bezogen sich unter anderem auf den dramatischen Fachkräftemangel im Bereich der Pflege, die Entbürokratisierung der Pflege sowie die Kritik am Prüfverfahren des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen (MDK). Der Paritätische hatte das Prüfverfahren bereits mehrfach als unsinnige Verschwendung von Personalkapazität, Zeit und Geld kritisiert. Der Paritätische und die in ihm zusammengeschlossenen Pflegeeinrichtungen vertreten den Standpunkt, dass die gute und verlässliche Betreuung und Pflege alter Menschen zu wichtig sei, als dass die dafür ohnehin sehr knappen zur Verfügung stehenden Ressourcen mit einem Prüfverfahren belastet werden dürften, das nicht einmal den grundlegenden Qualitätskriterien, die an ein solches Testverfahren gestellt werden müssen, genügt.

Der Minister äußerte Verständnis für die Befürchtungen und Kritiken. Hinsichtlich der MDK-Prüfungen sei er bereit, das Grundprinzip der Untersuchungen zu testen: „Diese Prüfungen müssen ein realistisches Abbild liefern.“ Dass der Fachkräftemangel ein nicht zu unterschätzendes Problem darstellt, dem konnte Rösler nur vorbehaltlos zustimmen. Um Lösungsansätze zu finden und ein Signal für die Pflege zu setzen, will er unter anderem einen regelmäßigen Gesprächskreis zum Thema einrichten.

Dorothea Pitschnau-Michel, Verbandsratsmitglied des Paritätischen und Bundesgeschäftsführerin der DMSG, forderte den Zugang zu innovativen Behandlungsmethoden insbesondere für chronisch Kranke. Sie machte Rösler außerdem auf

Veröffentlichungen der gesetzlichen Krankenkassen aufmerksam, in denen chronisch Kranke ausschließlich als Kostenfaktor gesehen werden und regte an, die Bewilligung von Mitteln für Selbsthilfegruppen und ihre Mitglieder effizienter zu gestalten.

Norbert Mischer vom Sprechergremium des Paritätischen Fachbereichs Krankenhäuser und Verwaltungsdirektor des Allgemeinen Krankenhauses Celle berichtete schließlich über die Situation der niedersächsischen Krankenhäuser im Allgemeinen und den Fachkräftemangel der Einrichtungen im Besonderen.

Anika Falke
 Pressereferentin Paritätischer
 Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

Erfolgreicher Empfang der Lüneburger Europa-Büros

Projektförderung soll ausgeweitet werden

Dieses Bild wird schwarz/weiß, befindet sich jedoch noch in Bearbeitung.

Strahlender Sonnenschein, ein restlos gefüllter Veranstaltungsaal und ein gut gelaunter Minister – der Sommerempfang der Europa-Büros in Lüneburg war ein voller Erfolg. Und wenn es nach dem Willen der Träger geht, soll sich der Erfolg auch bei der Arbeit der drei Europa-Büros, die von der Freien Wohlfahrtspflege Lüneburg, den Gewerkschaften und dem Arbeitgeberverband betrieben werden, fortsetzen. Bisher informieren und unterstützen die drei Europa-Büros Betriebe dabei, Projekte zur Fort- und Weiterbildung und zur Integration Arbeitsloser zu initiieren – gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF). Auf ihrem Sommerfest gaben die drei Träger

bekannt, dass dieses Angebot künftig verstärkt um Projekte ausgeweitet werden soll, die nach den regulären ESF-Förderprogrammen gar nicht förderfähig wären. „Für jedes Europa-Büro wird im Wirtschaftsministerium für solch modellhafte Projekte ein Budget bereitgehalten“, erklärte Cornelia Rundt, Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (LAG FW), die gemeinsam mit Bernd Wiechel vom Arbeitgeberverband Lüneburg-Nordostniedersachsen und Hartwig Erb vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) die rund 200 Gäste aus Betrieben, sozialen Einrichtungen, Verwaltung, Politik und anderen Institutionen begrüßte.



Niedersachsens Wirtschaftsminister Jörg Bode mit Cornelia Rundt, Vorsitzende der LAG FW.

Die sogenannten Budgetprojekte sind eine große Chance, neuen Wege zu beschreiten und neue Herangehensweisen auszuprobieren, sagte Rundt. „Das können Wege sein, von denen wir durch unsere Kenntnis

der Situation vor Ort davon ausgehen, dass sie eine wichtige Ergänzung der regulären Projekte wären.“

Wie wichtig die Arbeit der Lüneburger Europa-Büros ist, hob auch Jörg Bode, niedersächsischer Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, in seiner Rede hervor. „Wir sehen, wie dem einzelnen Menschen, der vorher chancenlos war, durch diese Maßnahmen auf die Beine geholfen wird und ihm Zukunftsperspektiven gegeben werden“, sagte er. Deshalb werde er dafür kämpfen, dass die ESF-Mittel über das Jahr 2013 hinaus gehen und

nicht auslaufen. „Das geht nur, wenn wir innovativ in die Debatte in Brüssel einsteigen“, sagte der Minister.

Nach dem formellen Teil des Sommerempfang wurde im Lüneburger Glockenhaus bei einem kleinen Imbiss in lockerer Atmosphäre weitergefeiert. Die Vertreter der Sozialverbände nutzten die Gelegenheit, mit Minister Bode das eine oder andere ungezwungene Gespräch zu führen.

Seit 2008 werben die drei Europa-Büros im Konvergenzgebiet Lüneburg für Fördermöglichkeiten des

Europäischen Sozialfonds (ESF) und unterstützen die Entwicklung, Antragserarbeitung und Durchführung von ESF-Projekten. Diese beinhalten große Chancen für Betriebe, Beschäftigte und Erwerbslose. Sie können aber auch eine Herausforderung darstellen, vor der Träger und Betriebe zurückschrecken. Die Europa-Büros helfen bei der Vernetzung, entwickeln Vorschläge und setzen sich für konstruktive Lösungen ein.

Anika Falke

Pressereferentin Paritätischer
Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

Ingeborg Riedel als Geschäftsführerin verabschiedet

Mehr als 18 Jahre mit gutem Einfluss die Geschicke der BÖRNE geleitet

Mit einer großen Abschiedsfeier ist Ingeborg Riedel am 30. 06. 2010 in York als Geschäftsführerin der BÖRNE Gemeinnützige Gesellschaft für soziale Dienst mbH verabschiedet worden. „Es fühlt sich ein bisschen an wie Urlaub“, sagte Ingeborg Riedel, die in die passive Phase der Altersteilzeit geht. Ihre Nachfolgerin als Leiterin der BÖRNE ist Susanne Frost.

Ingeborg Riedel kam 1981, zwei Jahre nach Gründung der Gesellschaft, zu der Paritätischen Mitgliedsorganisation Die BÖRNE in Stade und arbeitete zunächst als Gruppenleiterin im Sprachheilkindergarten. Am 01.03.1992 wurde sie zur Geschäftsführerin bestellt und leitete die Entwicklung der BÖRNE somit mehr als 18 Jahre lang. „Dass dieser Einfluss ein guter war, lässt sich am einfachsten an dem ablesen, was die BÖRNE heute ist: ein sozialer Dienstleister mit vielen Angeboten im ambulanten und teilstationären

Bereich“, sagte Cornelia Rundt, Vorstand des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V., bei der Feierstunde.

Gleich zu Beginn ihrer Tätigkeit als Geschäftsführerin musste sich Ingeborg Riedel mit veränderten Rahmenbedingungen der Eingliederungshilfe auseinandersetzen. Die Gesetzgebung Mitte der neunziger Jahre brachte grundlegende Veränderungen in der Finanzierung der Behindertenhilfe wie die Entwicklung vom Selbstkostenprinzip hin zu Vergütungen, die sich an der Leistung orientieren. „Sie haben diese Veränderungen nicht nur für Ihre Einrichtungen vollzogen, sondern haben auch Ihren Sachverstand in die Verhandlungen auf Landesebene eingebracht“, lobte Cornelia Rundt und hob die Standards im Sprachheilkindergarten hervor, um die Ingeborg Riedel lange für den Paritätischen gerungen hat und die jetzt im



Cornelia Rundt (links) verabschiedet Ingeborg Riedel.

III. Landesrahmenvertrag verankert sind.

Bereits wenige Wochen zuvor, im April 2010, ist Ingeborg Riedel im Rahmen des Arbeitskreises Sprachheilhilfe des Paritätischen verabschiedet worden. Abteilungsleiterin Birgit Eckhardt und Eduard Schellenberg, Fachberater Eingliederungshilfe, hatten ihre 15-jährige Tätigkeit als Sprecherin des Arbeitskreises gewürdigt. In dieser Zeit war sie an allen entscheidenden Entwicklungen der Sprachheilarbeit auf Landesebene mitbeteiligt.

Geglückte Premiere

I. Special Olympics Bewegungs- und Sportfest ein großer Erfolg

Das I. Special Olympics Bewegungs- und Sportfest in Hannover am 16. August 2010 war ein gelungener Startschuss für die noch junge Special Olympics Organisation in Niedersachsen. 500 Sportlerinnen und Sportler maßen sich in den Sportarten Schwimmen, Leichtathletik, Fußball und im Wettbewerbsfreien Angebot. Special Olympics ist die weltweite größte, vom IOC offiziell anerkannte, Sportbewegung für Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung. Das Sportfest in Hannover wurde von der Stadt und der Paritätischen Mitgliedsorganisation Hannoversche Werkstätten koordiniert, an der Verwirklichung waren zahlreiche Helfer und Sponsoren beteiligt.

Mit einer feierlichen Eröffnungszeremonie wurde der Tag eingeläutet. Christian Stoll, Stadionsprecher des Fußballvereins Werder Bremen, führte in professioneller und charmanter Weise durch das Programm, das von der Trommelgruppe der Pestalozzischule Langenhagen schwungvoll eingeleitet wurde. Schirmherr Oberbürgermeister Weil begrüßte die Sportlerinnen und Sportler sehr herzlich in der Sportstadt Hannover und stellte eine feste Etablierung des Sportfestes in Aussicht.

Als Showact verzauberte die Bewegungskunstgruppe Baleni die Zuschauer. In faszinierenden Zirkuskostümen zeigten sie Variationen der Bewegungsformen stehen, gehen und laufen. Weiterhin kamen die Vorsitzende von Special Olympics Niedersachsen, Andrea Liebich,



Dieses Bild wird schwarz/weiß, befindet sich jedoch noch in Bearbeitung.

Ehrgeizig, aber trotzdem fair: Action beim Fußballturnier der Special Olympics. Foto: Rainer Keil

der Bundesgeschäftsführer von Special Olympics, Sven Albrecht, und die Geschäftsführerin der Hannoverschen Werkstätten gGmbH, Vera Neugebauer, zu Wort.

Richtig feierlich wurde es dann mit dem Einzug der Flamme und der Fahne der Special Olympics. Laura Hardy, Axel Wohlan, Aytac Acgöl und Marc Wiechert entrollten die Fahne, André Jürgens entzündete das special-olympische Feuer an der neuen Flammenschale, die extra für diesen und viele folgende Anlässe von den Hannoverschen Werkstätten hergestellt worden war.

Im Namen aller Athletinnen und Athleten sprach Lisa Herrmann den special-olympischen Eid: „Lasst mich gewinnen, doch wenn ich nicht gewinnen kann, lasst mich mutig mein Bestes geben!“ Prominente Unterstützung erhielt sie dabei von Schwimmer Lars Conrad (Gewinner unzähliger Medaillen bei Deutschen-, Europa- und Weltmeisterschaften und Olympischen Spielen). Dr. Helmut Roders sprach den Eid der Kampfrichter. Großer Jubel

brach schließlich aus, als Schirmherr Weil die Spiele für eröffnet erklärte. So ging es denn auch zügig an allen vier Veranstaltungsorten zur Sache. Im Fußball auf dem Platz des DSV Hannover 78 gab FIFA-Schiedsrichterin Bibiana Steinhaus den Startpfiff. Special Olympics Fußball-Koordinator Ralf Czermak (Lebenshilfe für Menschen mit Behinderung Seelze e.V.) äußerte sich sehr zufrieden über den Turnierverlauf: „Alle sechs Mannschaften spielten ehrgeizig, aber sehr fair.“ Die Bewertung erfolgte in zwei Leistungsgruppen, so dass es je zwei Gold-, Silber- und Bronzegewinner gab.

Zur gleichen Zeit gaben die Leichtathleten im Erika-Fisch-Stadion ihr Bestes. Trotz der Deutschen Meisterschaft der Jugend am Tag zuvor waren die Kampfrichter des Leichtathletikverbandes Niedersachsen mit voller Konzentration und stets freundlich bei der Arbeit. Auch MitarbeiterInnen des Hochschulsports der Uni Hannover unterstützten die Leichtathletik-Wettbewerbe. So hörte man viel Lob über die „gute und kompetente Organisation“.

Im top ausgestatteten, barrierefreien Stöckener Bad leitete Special Olympics Schwimm-Koordinatorin Ute Köpcke (Hannoversche Werkstätten) die Schwimmwettbewerbe. Hinter ihr stand ein außerordentlich engagiertes Team: Alle Mitarbeiter, Mitarbeiterinnen und Auszubildenden des Bades packten mit an und sorgten für einen guten Ablauf des strammen Programms. Trotz einer kleinen Zeitverzögerung herrschte eine ausgesprochen zufriedene Stimmung im Schwimmbad.

Aber nicht nur die „klassischen“ SportlerInnen kamen auf ihre Kosten. Im Sportleistungszentrum hatten Studentinnen des sportwis-

senschaftlichen Instituts der Uni Hannover das „sagenhafte Niedersachsen“ aufgebaut. Ein ganzes Semester lang haben sie 14 Bewegungsstationen entworfen, getestet, gebastelt und dokumentiert. Die Umsetzung in die Praxis konnte sich sehen lassen. Die ganze Halle war farbenfroh hergerichtet, an allen Stationen tummelten sich Menschen mit strahlenden Gesichtern. Und auch hier erscholl immer wieder die Special Olympics Hymne, mit der alle Sportlerinnen und Sportler ihre Medaille überreicht bekommen. Viel Wissenswertes zum Thema Ernährung, Sonnenschutz und Suchtprävention gab es am Stand „Healthy Athletes“. Dr.

Margarethe Möllering und Dr. Brigitte Wörner vermittelten die an sich recht trockenen Themen auf spielerische und interessante Weise mit Unterstützung der Pflegehelferschüler.

Nach dem sportlichen Tag konnten sich alle TeilnehmerInnen vor der Heimfahrt noch beim Grillfest im Erika-Fisch-Stadion stärken: Die Grillmeister der Hannoverschen Werkstätten hatten reichlich Fleisch und Würstchen aufgeföhren, dazu wurde zu fetzigen Beats der „Eisbrecher“ getanzt.

Sabine Schmitz
Special Olympics Niedersachsen

Neue Spielgeräte im Frauenschutzhaus

Regionspräsident Jagau lobt Arbeit der Einrichtung

Die Kinder, die im Garten des Frauen- und Kinderschutzhauses Hannover spielen, haben viel mit gemacht, sind sie doch mit ihrer Mutter aus einem gewaltgeprägtem Umfeld in die Einrichtung geflohen. „Unser Haus ist auch eine Zuflucht für diese Kinder, denn sie leiden oft am meisten unter dem erlebten und sind am sprach- und hilflosesten, wenn es um die Bewältigung ihrer Erfahrungen geht“, weiß Dorit Rexhausen, Leiterin des Schutzhauses.



Freuen sich über die neuen Spielgeräte: Dorit Rexhausen (links), Hauke Jagau und Katrin Kammann.

Da ist es umso schöner, dass diesen Kindern nun zwei neue, aufregende Spielgeräte zur Verfügung stehen, die ihnen vielleicht helfen, die schlimmen Erinnerungen im Spiel für eine Weile zu vergessen. Rund 15.000 Euro haben Anschaffung und Aufbau der beiden Geräte gekostet, ein Projekt, das ohne zahlreiche Spender nicht realisierbar gewesen wäre. „Die Volks-

bank, die Nord Holding und ganz viele Privatleute haben uns geholfen“, sagt Dorit Rexhausen. Um sich zu bedanken und die Fertigstellung der neuen Spielgeräte zu feiern, lud der Verein zum Schutz misshandelter Frauen und Kinder e.V., Mitgliedsorganisation im Paritätischen und Träger des Frauenschutzhauses, zum Sommerfest ein.

Unter den Gästen, die die neuen Geräte bei schönem Spätsommerwetter im Garten des Schutzhauses in Augenschein nahmen, war auch Regionspräsident Hauke Jagau. „Ich bin der Einladung gerne gefolgt“, sagte Jagau, der die Einrichtung ausdrücklich lobte. „Sie leisten hier eine Arbeit, die sehr wichtig ist und nur still und anonym funktioniert“, sagte er.

Dieses Bild wird schwarz/weiß, befindet sich jedoch noch in Bearbeitung.

Nicht nur das Leid der Frauen, die im Schutzhaus Zuflucht suchen sei schlimm. „Auch die Kinder leiden“, erklärte Jagau und betonte, dass es ihn daher besonders freue, dass das Schutzhaus so viele engagierte Sponsoren für die Neugestaltung des Gartens gefunden habe. „Ich hoffe für die Frauen und Kinder, dass sie hier ein angstfreies Leben führen können und wünsche Ihnen bei Ihrer Arbeit weiterhin viel Erfolg“, sagte der Regionspräsident.

Katrin Kammann, seit neun Jahren Vorsitzende des Trägervereins für das Frauenschutzhaus, betonte in ihrer Begrüßung, wie wichtig es sei, weiter für die Belange des Hauses und Verständnis zu werben. Denn nicht nur die fehlende bundesein-

heitliche und gesetzliche geregelte Finanzierung von Frauenhäusern würde die Arbeit erschweren. Es müsse auch ein Umdenken in der Gesellschaft stattfinden, um von Gewalt betroffenen Frauen von dem Makel der Mitschuld zu befreien und sie nicht der Lächerlichkeit preiszugeben. „Immer noch ist es möglich, in Stammtischmanier abfällige und ehrverletzende Bemerkungen über die von Gewalt betroffenen Frauen und ihren Kindern zu machen“, bemängelte Kammann.

Regionspräsident Jagau glaubt, eine positive Änderung im Bewusstsein der Menschen zu erkennen. Denn die Zahl der Frauen, die Schutz vor gewalttätigen Männern suchen, steigt weiter an – an sich eine trau-

rige Nachricht. Aber: „Das zeigt auch, dass mehr Frauen den Mut haben, dieses Thema anzusprechen, und das ist wichtig“, meinte Jagau.

Dorit Rexhausen, die das Schutzhaus leitet, brachte die Wichtigkeit der Einrichtung schließlich noch einmal auf den Punkt: „Frauenhäuser sind Einrichtungen für Opfer häuslicher Gewalt, und diese Opfer brauchen tatkräftige Unterstützung, sie brauchen Menschen, die bereit sind, ihnen in jeder Hinsicht zu helfen und keine Berührungängste haben, sie brauchen ganz stark die Unterstützung der Politik, die sie nicht vergessen darf.“

Anika Falke
Pressereferentin Paritätischer
Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

Der Frauennotruf Hannover ist zurück in den neuen / alten Räumen

Renovierung nach Brandkatastrophe abgeschlossen

Mit einem großen Rückzugsfest feierte die Paritätische Mitgliedsorganisation Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen e.V. Hannover am 22. Juni ihren Rückzug in ihre neu gestalteten alten Räume in der Goethestraße 23. Die Räume waren durch eine Brandkatastrophe am 29. Dezember 2009 unbewohnbar geworden. Als Folge

der Brandstiftung waren im Haus drei Menschen ums Leben gekommen. Vorübergehend fand der Frauennotruf Exil beim Caritasverband Hannover am Leibnizufer.

Unterstützung in tatkräftiger und ideeller Form hat der Frauennotruf in der Zeit nach dem Brand sehr

viel erfahren dürfen: durch die Caritas, die schnell und unbürokratisch ein Exil bot, durch die Stadt Hannover, die sofort ihre Hilfe angeboten hat, durch den Paritätischen, der seinen Verteiler nutzte, um für Hilfe zu sorgen, durch das Netz an Beratungsstellen und Kooperationspartnern und vielen Einzelpersonen. Alle haben mitgeholfen. Auch die Frauen, die in die Beratung kommen, mussten einiges in Kauf nehmen und sind jetzt froh, wieder in den schönen Räumen in der Goethestraße zu sein. Gern hätte die Beratungsstelle vollständig barrierefreie Räume gemietet. Das hat nicht geklappt. Die Entscheidung zurückzugehen, war dann, als sie gefällt war, zwar klar und bewusst, aber auch nicht einfach.

Dieses Bild wird schwarz/weiß, befindet sich jedoch noch in Bearbeitung.



Gut besucht:
Das Rückzugsfest
des Frauennotrufs,
an dem auch
Hannovers
Oberbürgermeister
Stephan Weil teil-
nahm (Bildmitte).

Der eigene Schock und der Trauerprozess um die Todesopfer musste durchlebt werden, um wieder bewusst neu anzufangen in den Räumen. Der Frauennotruf wird wieder Gutes in die Räume der Goethestraße 23 hineinbringen, sie wieder lebendig und mit viel positiver Energie einnehmen.

„Wir sind viel mit den Gefühlen konfrontiert worden, die wir auch aus unserer Arbeit mit Gewaltopfer kennen, sowohl in Symptomen wie Ohnmacht, Hilflosigkeit als auch in den stützenden Aspekten wie tragenden Beziehungen und Verbündete zu haben. Nach dem Brand stand für uns auch das Thema ‚Sicherer Ort‘ im Mittelpunkt. Wir haben selbst erlebt, von außen kommt Gewalt, unser ‚Zuhause‘ ist kein sicherer Ort. Wir tun, was wir können,

um einen sicheren Ort für unsere Klientinnen zu gestalten, und andere können dies zunichte machen. Uns ist vor Augen gehalten worden: Es ist ein stetiges Erarbeiten von inneren und äußeren sicheren Orten“, hob die Mitarbeiterin Petra Klecina in ihrer Ansprache zur Eröffnung hervor. Wichtig war dem Team vom Frauennotruf, zu feiern und gemeinsam mit ihren zahlreichen Unterstützern gute Energien in die Räume zurückzubringen, ohne dabei die Todesopfer zu vergessen. Die hannoversche Cellistin Monika Herrmann spielte einfühlsam zur Erinnerung an die Opfer. Der hannoversche Oberbürgermeister Stephan Weil eröffnete die Räume und dankte für die wichtige Arbeit, die jetzt wieder in der gewohnten Umgebung weiter gehen kann. Vertreter und Vertreterinnen aus Politik, Justiz,

Beratungsstellen und Einrichtungen feierten mit dem Notruf diesen Rückzug. Der Gebärdensprachenchor „S(w)inging hands“ aus Stadt-hagen rundete den Nachmittag ab, begeisterte das Publikum und lud es zum Mitmachen ein. Das wurde auch tatkräftig angenommen.

Der Frauennotruf Hannover bietet Beratung, Unterstützung und Information für betroffene Frauen und jugendliche Mädchen zu sämtlichen Formen sexualisierter Gewalt (sexueller Missbrauch, Vergewaltigung, sexuelle Belästigung etc.). Auch Angehörige, Freundinnen, Bezugspersonen von betroffenen Frauen und Mädchen sowie Fachkräfte können sich beraten lassen.

Petra Klecina
Frauennotruf Hannover

12. Selbsthilfetag in Lüneburg

**Moderator Carlo von
Tiedemann erzählt von
persönlichen Krisen**

„Gemeinsam aktiv!“ Unter diesem Motto bieten die 130 regionalen Selbsthilfegruppen und die Selbsthilfekontaktstelle des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes aus Stadt- und Landkreis Lüneburg ein Netzwerk der Hilfe an, das über das Angebot der medizinischen Grundversorgung hinausgeht. Das Gespräch in der Gruppe über ein gemeinsames Problem – für Claudia Kunze, Leiterin der Selbsthilfekontaktstelle des Paritätischen KIBIS, liegt darin der



Offene Gespräche: Ralf Gremmel (von links) mit Carlo von Tiedemann und Claudia Kunze.

Foto: Hans Sendker, www.sendker.de

Grund für den Erfolg der Selbsthilfegruppen. „In der Gruppe erfahren die Menschen: Sie werden verstanden“, sagt Kunze. Und das könne in einer belastenden Situation ebenso wichtig sein wie der Rat eines Ex-

perten. 30 der Selbsthilfegruppen haben zum 12. Lüneburger Selbsthilfetag am 12. Juni im Glockenhaus ihre Arbeit vorgestellt, interessierte Besucher beraten und jede Menge Falblätter und Broschüren verteilt.

Darüber hinaus informierten die Selbsthilfekontaktstelle und die Freiwilligenagentur des Paritätischen über Möglichkeiten sich ehrenamtlich in Lüneburg zu engagieren.

Nach der Eröffnung des Selbsthilfetags durch Ralf Gremmel, Geschäftsführer des Paritätischen Lüneburg, und Grußworten von Landrat Manfred Nahrstedt, Bürgermeister Dr. Gerhard Scharf und dem Sprecher der Selbsthilfegruppen, Rolf Stäcker, sorgte vor allem ein Gespräch für reges Interesse bei den Gästen im Glockenturm. Der Fernsehmoderator Carlo von Tiedemann sprach mit Hans-Herbert Jäckel, geschäftsführendem Redakteur der Landeszei-

tung für die Lüneburger Heide, ganz offen über seine eigene bewegte Vergangenheit. „Ich bin abgerutscht“, erzählte von Tiedemann unumwunden. Vier Jahre seines Lebens habe er verschenkt, neben Alkohol sei vor allem auch Kokain sein Laster gewesen, die Menge der Droge, die er in dieser Zeit „weggeschnupft“ habe, entspräche wohl dem Wert eines Eigenhauses.

Das Publikum staunte ob dieser Offenheit des Moderators, der hoffte, dass sein Auftritt in Lüneburg als positives Zeichen verstanden würde. Denn dank seines Glaubens und seiner Kraft habe er es schließlich geschafft, sich aus dem Teufelskreis der

Abhängigkeit zu befreien. „Und das steckt in jedem von uns“, gab von Tiedemann den Zuhörern mit auf den Weg.

Im Anschluss an sein Interview unternahm Carlo von Tiedemann noch einen Rundgang an den Infoständen und würdigte das große Engagement der vielen Menschen in den Selbsthilfegruppen auf besondere Weise – so wie auch die vielen anderen Besucher, die den 12. Lüneburger Selbsthilfetag zu einem schönen Erfolg machten.

Anika Falke
Pressereferentin Paritätischer
Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

9. Selbsthilfetag in Peine

23 Gruppen stellen sich in der Innenstadt vor

Ohne sie geht es kaum – die rund 60 Selbsthilfegruppen im Landkreis Peine sind für Betroffene und ihre Angehörige in der Region wichtige Ansprechpartner, Trostspender und unermüdliche Helfer. Ein großer Teil von ihnen – immerhin 23 Gruppen und Einrichtungen – stellten sich und ihre engagierte Arbeit anlässlich des 9. Peiner Selbsthilfetages am 21. August in der Innenstadt vor. „Wir bieten den Selbsthilfegruppen alle zwei Jahre an, sich hier der Öffentlichkeit vorzustellen“, sagt Andrea Streit, Leiterin der Paritätischen Kontakt-, Informations- und Beratungsstelle im Selbsthilfebereich KIBIS, die den Selbsthilfetag organisiert hatte.

An den vielen bunten Ständen stellten die Gruppen sich und ihre vielfältige Arbeit dar und informierten über ihre jeweiligen Schwerpunkte,



Heike Horrmann-Brandt, Geschäftsführerin des Paritätischen Peine (von rechts), und Doris Meyer-mann im Gespräch mit lokalen Vertretern der Deutschen Vereinigung Morbus Bechterew e.V)

die von chronischen Erkrankungen über Psycho-soziale Probleme bis hin zu Suchterkrankungen reichten. Das Angebot war also ebenso breit gestreut wie die Themen, denen sich die Gruppen in Peine in ihrer täglichen Arbeit widmen. „Das Engage-

ment der Selbsthilfe knüpft da an, wo herkömmliche medizinische und soziale Versorgung aufhört“, fasste KIBIS-Leiterin Andrea Streit zusammen. Dieses Engagement wurde von den Besuchern wahrgenommen und gewürdigt – zu Recht, wie auch Landrä-

tin Doris Meyermann in ihrer Begrüßung betonte und bekräftigte, dass die Arbeit der Selbsthilfegruppen im Landkreis Peine „unersetzlich“ sei. Zwar gibt es in der heutigen medialen Welt nicht zuletzt aufgrund des Internets viele Möglichkeiten, sich schneller und anonym beraten zu lassen. Doch das Gespräch in der Gruppe, die unmittelbare Begegnung mit anderen Betroffenen, das persönlich ausgetauschte Wort, begleitet von einem ehrlichen, verständnisvollen Blick – diese Momente kann eben nur die Gemeinschaft bieten. Oder, wie Landrätin Meyermann es

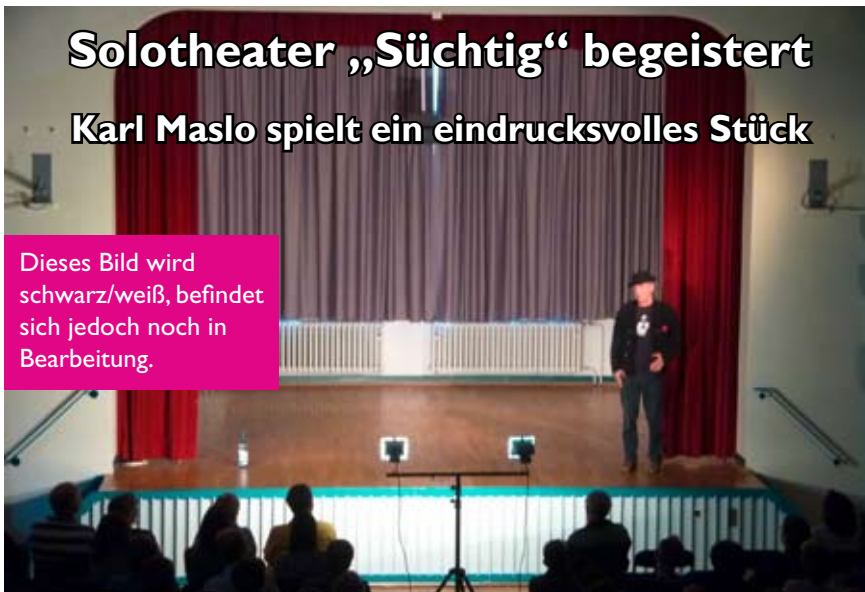
auf den Punkt brachte: „Ein Smiley ersetzt kein echtes Lächeln.“

Eigentlich hätten alle Helfer und Helferinnen der Selbsthilfegruppen eine Würdigung verdient, auf dem Selbsthilfetag wurden zumindest vier von ihnen auf ganz spezielle Art geehrt: Sie erhielten für besonderes Engagement die Auszeichnung „Engagiert in Niedersachsen“. Ulrich Boes (Erwerbslosen Initiative Peine e.V.), Michael Schridde (ModuS vivendi, DMSG), Ulrich Weber (Schlaganfall-Selbsthilfegruppe) sowie Ute Koegel (Selbsthilfegruppe Morbus

Crohn/Colitis Ulceros, vertreten von Inge Berend) freuten sich über diese Ehrung.

Die Veranstalter waren mit dem Selbsthilfetag und den Resonanzen darauf sehr zufrieden. „Alles in allem war der Tag sehr erfolgreich, und auch die Rückmeldungen aus den Selbsthilfegruppen sind durchweg positiv“, sagt Andrea Streit.

Anika Falke
Pressereferentin Paritätischer
Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.



Solotheater „Süchtig“ begeistert Karl Maslo spielt ein eindrucksvolles Stück

Dieses Bild wird schwarz/weiß, befindet sich jedoch noch in Bearbeitung.

Bot eine eindrucksvolle Vorstellung: Karl Maslo auf der Bühne der Langenhagener Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie.

Im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit luden die im Landesverband der Vereine für Sozialmedizin Niedersachsen e.V. organisierten Suchtselbsthilfegruppen aus der Region Hannover am 11. Juni zum Theaterabend ein. 230 Gäste aus ganz Niedersachsen kamen in den Festsaal der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie in Langenhagen und waren von dem Dargebotenen be-

geistert: „Süchtig-relativ komischer Stoff“ war der Titel des Stücks, eine bittere Komödie mit entwaffnender Offenheit. Nach der autobiografischen Vorlage des amerikanischen Autors Mark Lundholm zeigte Karl Maslo mit seinem brillanten Schauspiel die Grausamkeit von Sucht: die Zerstörung von Körper, Geist und Selbstachtung. „Alkohol funktioniert nach dem Prinzip der Handgranate.

Man verletzt die, die einem nahe stehen, eben weil sie einem die Nächsten sind“, rezitierte Maslo.

Maslo brachte die Zuschauer zum Lachen und löste im nächsten Augenblick nachdenkliche Stille aus. Sein Spiel ging unter die Haut. Das lag nicht zuletzt daran, dass er weiß, wovon er spricht. Aufgrund seiner eigenen Suchtkarriere – inzwischen lebt er 6 Jahre clean – hat er einen ganz persönlichen Zugang zu dem Thema. Der lange Applaus nach dem Ende der Vorstellung zeigte, dass der Funke auf das Publikum im Festsaal der Langenhagener Klinik übersprungen war.

Für Brunhild Förster-Burzlaff, Geschäftsführerin vom Landesverband VSM steht der Erfolg eines solchen Abends außer Frage. „Das Theater ist ganz nah bei den Zuschauern und berührt unmittelbar ihre Erfahrungen, sei es als Betroffene oder als mitbetroffene Angehörige“, sagte sie.

Brunhild Förster-Burzlaff
Landesverband der Vereine für
Sozialmedizin Nds. e.V.

Neues Zuhause für das Jugend- und Kulturzentrum Gleis I in Neuenhaus

Der Jugendtreff Neuenhaus, seit fast drei Jahrzehnten als Einrichtung der offenen Jugendarbeit ganz im Westen von Niedersachsen tätig, ist im Sommer in ein neues Gebäude umgezogen. Dabei wurden auch das Einrichtungskonzept überarbeitet sowie der Name geändert: Aus dem Jugendtreff wurde das Jugend- und Kulturzentrum Gleis I.

Der spezielle Name hat natürlich eine Verbindung zum neuen Standort, dem ehemaligen Bahnhofsgebäude von Neuenhaus. Dieses Gebäude wurde seit einiger Zeit nicht mehr genutzt, während gleichzeitig der bisherige Standort des Jugendtreffs aus städtebaulicher Sicht immer mehr in das Blickfeld für mögliche anderweitige Nutzungen geriet. Durch den Umzug wurden somit mehrere Dinge auf einmal angegangen. Der Unabhängige Jugendtreff e.V., von Beginn an Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen, bekommt für die Einrichtung von der Kommune ein neues renoviertes Zuhause in einem ausgezeichneten Zustand zur Verfügung gestellt und zudem, was in der heutigen Zeit nicht zu unterschätzen ist, Planungssicherheit für die Zukunft. Im neuen Haus gibt es alle Räume und Möglichkeiten, die auch bislang vorhanden waren. Ein Jugend- und Internetcafé, eine Küche, einen Veranstaltungsraum/Konzertsaal (im Alltagsbetrieb für Tischtennis und Breakdance genutzt), einen Gruppen- und Sitzungsraum, ein Aufnahme- und Medienraum, ein Mit-



Dieses Bild wird schwarz/weiß, befindet sich jedoch noch in Bearbeitung.

Freundliche und großzügige Räume: das neue Jugend- und Kulturzentrum Gleis I.

arbeiterbüro, ein Lagerraum/Keller/Werkstatt und zwei Band-Proberäume stehen zur Verfügung. Die Planungen erfolgten sehr selbstständig im offenen Austausch mit einem örtlichen Planungsbüro und der Stadt Neuenhaus, die im wesentlichen für die Renovierungskosten aufkommt.

Angesichts des Umzugs soll der jugendkulturelle Bereich der Angebotspalette vor dem Hintergrund der verbesserten räumlichen Möglichkeiten sowie die Vernetzung mit anderen Anbietern weiter ausgebaut werden, wodurch der potenzielle Nutzerkreis erweitert wird. Kern der Arbeit der Einrichtung bleibt auch weiterhin die Jugendpflege mit den diesbezüglichen Freizeitangeboten und die Jugendbildungs- und

-sozialarbeit. Offene Jugendarbeit ist nicht zuletzt Jugendbildungsarbeit und eröffnet auf vielfältigen Wegen Chancen für die Nutzer.

Unterstützung beim Umzug sowohl in fachlicher als auch in finanzieller Hinsicht erhielt die Einrichtung wie auch in der Vergangenheit immer wieder vom Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen und dem Paritätischen Jugendwerk. Zur Eröffnung am 27. August waren der Jugendbildungsreferent Karsten Maul und der Kreisverbandsvorsitzende Johann Weng vor Ort und überbrachten die besten Wünsche für die weitere Arbeit.

Rüdiger Eilts
Jugend- und Kulturzentrum Gleis I

Studentenwerk Göttingen: Cafeteria Nordmensa mit neuem Design

„Viel hübscher und ansprechender geworden“, so lautet die Meinung der Doktorandin Christina Heller zur neuen Nordmensa-Cafeteria des Studentenwerks Göttingen. Auch schätzt die Geowissenschaftlerin das wesent-

lich reichhaltigere Angebot der Verpflegungseinrichtung und den Wechsel zu einem neuen Bäcker.

„Ins Grüne“ – so heißt ab sofort das Konzept der Coffeebar in der Nord-

mensa. Mit einem hellen und freundlichen, überwiegend in Grün gehaltenem Design bietet die komplett umgestaltete Cafeteria des Studentenwerks seit dem 8. September ein Ambiente, in dem die Studierenden zwischen den Lehrveranstaltungen stressfrei „Luft holen“ können. Kunst-rasenflächen laden zum Entspannen ein. Auch das Angebot an Snacks und Getränken hebt sich deutlich ab von dem der übrigen Cafeterien. Dabei wird selbstverständlich das Prinzip beibehalten, ausschließlich Fairtrade-Kaffee anzubieten.

Entstanden ist das Konzept in Zusammenarbeit mit dem Dachverband der Studentenwerke, dem DSV, und der Firma Tchibo, die das Corporate Design entwickelt hat und damit bundesweit an der Umgestaltung zahlreicher Studentenwerks-Cafeterien beteiligt ist. Dabei spielt das Studentenwerk Göttingen,

Mitgliedsorganisation im Paritätischen, einmal mehr den Vorreiter, denn die Cafeteria auf dem Nordcampus ist die erste dieser Art. „Nach fast 30 Jahren Betrieb war die Cafeteria nicht mehr zeitgemäß und eine Sanierung dringend erforderlich.“, so Prof. Dr. Jörg Magull, Geschäftsführer des Studentenwerks Göttingen. Durch das Corporate De-

sign seien die Sanierungskosten mit ca. 400.000 Euro nicht höher gewesen als bei einer herkömmlichen Sanierung, so Magull weiter. Und er kündigte an, dass eventuell weitere Cafeterien in diesem Stil umgebaut werden.

Christa Mirwald
Studentenwerk Göttingen



Dieses Bild wird schwarz/weiß, befindet sich jedoch noch in Bearbeitung.

Die komplett umgestaltete Cafeteria des Göttinger Studentenwerks im neuen Design.

Viel Lob zum Jubiläum – Kreisverband hat sich deutlich entwickelt Paritätischer Uelzen feiert 50-jähriges

Der Paritätische Kreisverband Uelzen hatte anlässlich seines 50-jährigen Jubiläums in die Betreute Wohn-Anlage „Unter den Eichen“ eingeladen. Der Beiratsvorsitzende, Kurt Spannig, begrüßte zu diesem Anlass 190 Gäste und hier insbesondere Vorstand Cornelia Rundt, Vorstand Sebastian Böstel, den Ehrenvorsitzenden des Verbandes, Günter Famulla, den stellvertretenden Landrat, Herrn Österley, und den Bürgermeister der Stadt Uelzen, Herrn Otto Lukat. Herbert Alvermann, früherer Sozialamtsleiter der Stadt Uelzen und langjäh-



Dieses Bild wird schwarz/weiß, befindet sich jedoch noch in Bearbeitung.

Glückwünsche zum 50., von links: Sebastian Böstel, Vorstand Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V., Günter Famulla, Ehrenvorsitzender Paritätischer Niedersachsen, Paul-Walter Steffens, Geschäftsführer Paritätischer Uelzen, Beiratsvorsitzender Kurt Spannig, Cornelia Rundt, Vorstand Paritätischer Niedersachsen, Abteilungsleiter Harald Fischer sowie Otto Lukat, Bürgermeister Uelzen.

riger Vorsitzender des Beirats, war ebenfalls gekommen um dem Paritätischen zu diesem Jubiläum zu gratulieren.

Bürgermeister Lukat überraschte die Gäste allerdings mit der Mitteilung, dass der Paritätische bereits 1958 in der Stadt Uelzen mit einem Kreisverband vertreten war. Neben hauswirtschaftlichen Diensten für alte Menschen wurden vor allem Kindererholungsmaßnahmen durchgeführt. Diese Information geht aus altem Archivmaterial der Stadt Uelzen hervor. Seinerzeit hatte die Verbandsmitarbeiterin, Frau Amelung, einen städtischen Zuschuss beantragt. Frau Rundt überbrachte die Grüße des Landesverbands und insbesondere des Verbandsrats.

Der Kreisverband hat sich in den vergangenen 50 Jahren deutlich entwickelt. War er seinerzeit mit 4 Mitgliedsorganisationen gestartet, hatte er bereits 1979 20 Mitgliedsorganisationen und aktuell 35. Diese Mitgliedsorganisationen beschäftigen 1.000 ehrenamtliche und hauptamtliche MitarbeiterInnen in nahezu allen Bereichen der sozialen Arbeit. Der Paritätische Kreisverband ist mit der ambulanten Pflege, einem Mahlzeitendienst, mobilen

Hilfsdiensten für alte und Menschen mit Behinderungen und einem Fahrdienst vertreten.

Für den verhinderten Landrat Dr. Elster überbrachte der stellvertretende Landrat, Herr Österley, die Grüße des Landkreises und beglückwünschte den Paritätischen für seine glückliche Hand in der Seniorenbetreuung mit der viele Menschen die Möglichkeit erhalten, ihren Lebensabend trotz Alter und Behinderung in den eigenen vier Wänden zu verbringen. Für die langjährige gute Zusammenarbeit dankte er Paul-Walter Steffens, der vor 27 Jahren die Geschäftsführung von Günter Famulla übernommen hat. Für die Kreisarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Stadt und Landkreis Uelzen überbrachte der Kreisgeschäftsführer des DRK, Heinz Meyerhoff, die Glückwünsche. Er hob den „Realitätssinn“ der Wohlfahrtsverbände hervor, die sich am „Machbaren“ zum Nutzen der hilfebedürftigen Menschen orientieren. Er warnte allerdings davor, vor allem die ambulante Pflege seitens der Politik und der Pflegekassen nicht kaputt zu sparen. Man müsse positiv nach vorn schauen und die Probleme der Bevölkerung annehmen und lösen.

In seinem Festvortrag entwickelte Prof. Dr. Dr. Dörner, Hamburg, seine Ideen zu gemeinsamen Wohn- und Hilfeformen im Alter. Er schlug einen Bogen vom Wandel der Industrie hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft, die sich auch in den veränderten Angeboten im sozialen Bereich widerspiegelt. Während in der Industriegesellschaft vorwiegend professionelle Hilfe organisiert wurde, werden zukünftig professionelle und ehrenamtliche Arbeit gleichberechtigt nebeneinander stehen. Immer mehr Menschen, das zeigten Untersuchungen, würden ihre Arbeitskraft für „soziale Zeit“ zu gegenseitiger Betreuung und Hilfestellung von alten Menschen zur Verfügung stellen. Gemeinsame Wohnformen von alten und pflegebedürftigen Menschen würden immer beliebter und werden nach Dörners Prognose verstärkt stationäre Pflegeeinrichtungen verdrängen. Im Anschluss an die Festveranstaltung trafen sich die Gäste zu einem gemütlichen Beisammensein in dem Innenhof in der vom Paritätischen Betreuten Wohnanlage „Unter den Eichen“.

Harald Fischer
 Abteilungsleiter

Unkomplizierte Hilfe seit 50 Jahren

Paritätischer Emden feiern Jubiläum mit Festmeile und Festakt

Zu seinem 50-jährigen Bestehen hat der Paritätische Emden am 21. August ganz groß gefeiert. Von 10 bis 15 Uhr verwandelte sich der Stadtgarten in eine „Paritätische Meile“, auf der 18 der insgesamt 25 Mitgliedsorganisationen sich und ihre Arbeit

der Öffentlichkeit vorstellten. Parallel dazu begingen im Rathaus 80 Gäste, darunter Vertreter aus Sozialverbänden, sozialen Institutionen, politischen Gremien und Verwaltung, das 50-jährige Bestehen des Paritätischen Emden mit einem Festakt.

Oberbürgermeister Alwin Brinkmann hob in seiner Rede den besonderen Wert des Paritätischen für das soziale Miteinander in Emden hervor und dankte dem Kreisverband für sein gutes Netzwerk. „Wir schätzen uns glücklich, dass Sie eine

so breite soziale Palette abdecken“, sagte er. Dabei habe sich die Arbeit in den fünf Jahrzehnten durchaus geändert, berichtete Jürgen Dietrich, seit 24 Jahren Geschäftsführer des Paritätischen Emden. Doch auch wenn sich gewisse Aufgaben verschoben oder verändert hätten, so sei doch eine Konstante geblieben: „Die unkomplizierte Hilfe ist beständig“, fasste Dietrich zusammen. Dass diese Hilfe auch in Zukunft gebraucht wird, darauf ging Cornelia Rundt, Vorstand des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V., in ihrem Grußwort ein. „Der Paritätische Wohlfahrtsverband und natürlich auch der Kreisverband Emden, seine Mitgliedsorganisationen und seine Dienste und die Leistungsangebote der Mitgliedsorganisationen werden, ebenso wie das sozialpolitische, auch in erheblichem Umfang ehrenamtliche Engagement, das dahinter steht, weiter benötigt. Vielleicht mehr denn je!“, erklärte sie und gab einen Einblick auf aktuelle sozialpolitische Herausforderungen, die die Sparbeschlüsse der Bundesregierung mit sich bringen. „Bitte bleiben Sie weiter so, wie Sie sind“, bat Sie die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Kreisverbandes, „sozial engagiert, couragiert, Missstände deutlich benennend und Lösungen anbietend.“

Als eine gute Möglichkeit, das Niveau der sozialen Arbeit in Emden weiter auf hohem Niveau zu halten, nannte Professor Burghardt Zirpins in seinem Vortrag „Theorie trifft Praxis“ die Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Emden/Leer. Das Engagement der Professoren der Fachhochschule in Gruppen des Paritätischen würde diese Arbeit

zu mehr als einem reinen Zweckbündnis machen. Auch Malschulleiter Engelbert Sommer lobte die gute Kooperation von seiner Einrichtung und dem betreuten Wohnen in der Seniorenwohnanlage Am Schwanenteich, die gemeinsam ein Kreativprojekt durchführen.

Als der Paritätische Emden 1960 gegründet wurde, stand als Geschäftsstelle ein Ein-Zimmer-Büro im Bentinksweg zur Verfügung. Es waren also durchaus beengte Bedingungen, unter denen der ehrenamtliche Leiter Richard Harders mit Unterstützung von Margret Kappelhoff und Irmgard Röhr den Kreisverband ausbaute. Seit gut acht Jahren hat der Paritätische Emden seine Geschäftsstelle in einem zweistöckigen Gebäude in der Friedrich-Naumann-Straße. Von hier aus betreuen Geschäftsführer Jürgen Dietrich und seine rund 50 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen die Mitgliedsorganisationen und Selbsthilfegruppen. Die Sorge gilt insbesondere dem nachhaltigen Wunsch alter Menschen und Menschen mit Behinderungen, ihr Leben in der gewohnten Häuslichkeit

nach ihren eigenen Vorstellungen gestalten zu können. Außerdem bietet der Kreisverband eine breite Palette sozialer Dienstleistungen an, zu denen unter anderem ambulante Pflege, betreutes Wohnen, Essen auf Rädern, Beratung und Betreuung von Selbsthilfegruppen sowie ein Hausnotruf gehören.

Von der Vielfalt der paritätischen Arbeit machten sich am Festtag viele Besucher und Besucherinnen selbst ein Bild. Auf der „Paritätischen Meile“ im Stadtpark informierten 18 Mitgliedsorganisationen über ihre sozialen Angebote mit besonderem Schwerpunkt rund um die Themen Pflege und Betreuung. Für ein abwechslungsreiches Rahmenprogramm sorgten unter anderem die Samba-Tanzgruppe „Absurdo“, ein Luftballonwettbewerb und andere Kinderaktionen wie die „Fühlboxen“ der Frühförderstelle, bei denen die kleinen Festmeilenbesucher ihren Tastsinn ausprobieren konnten. „Die Atmosphäre war super und wie hatten viele Besucher, alles hat toll geklappt“, fasste Geschäftsführer Jürgen Dietrich das erfolgreiche Jubiläum zusammen.



Dieses Bild wird schwarz/weiß, befindet sich jedoch noch in Bearbeitung.

Gute Laune beim Festakt im Rathaus Emden, von links: Sebastian Böstel und Cornelia Rundt, beide Vorstand Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V., Jürgen Dietrich, Geschäftsführer Paritätischer Emden, Oberbürgermeister Alwin Brinkmann und Burghardt Zirpins, Geschäftsführer Ostfriesische Beschäftigungs- und Wohnstätten GmbH.

Neuer Name und inspirierende Ausstellung zum 40. Geburtstag

Paritätische Gesellschaft Behindertenhilfe (PGB)

wird zur Paritätischen Lebenshilfe Schaumburg-Weserbergland (PLSW)

40 Jahre Engagement für die Belange von Menschen mit Behinderung, 40 Jahre Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe und Schaffung wohnortnaher Teilhabemöglichkeiten in den Landkreisen Schaumburg und Hameln-Pyrmont, 40 Jahre flexible Angebote für Menschen mit Behinderungen aller Altersstufen, zugeschnitten auf die ganz persönlichen Bedürfnisse der betreuten Menschen – für die Paritätische Gesellschaft Behindertenhilfe GmbH (PGB) gab es im Sommer weit mehr als nur einen guten Grund zu feiern. Zum 40-jährigen Bestehen der Paritätischen Tochter brachte Cornelia Rundt, Vorstand des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V., ein besonderes Geschenk mit zur Feier nach Stadthagen: Sie gab offiziell den neuen Namen der Gesellschaft bekannt, die ab sofort Paritätische Lebenshilfe Schaumburg-Weserbergland GmbH (PLSW) heißt.

1200 MitarbeiterInnen und 200 Gäste nahmen an dem Jubiläumstag Anfang Juli teil, der nach dem Motto „40 Jahre PGB – Nah am Menschen“ in erster Linie die Mitarbeiter in den Mittelpunkt stellte. Schon zum Festakt am Vormittag trugen die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit und ohne Behinderungen mit Sketchen, musikalischen Darbietungen und Erzählungen aus ihrem Arbeitsalltag ihren Teil zum Programm teil. Am Nachmittag wurde dann mit flotter Musik und fruchtigen Cocktails kräftig gefeiert.

Dieses Bild wird schwarz/weiß, befindet sich jedoch noch in Bearbeitung.



Eines der inspirierenden Motive der Ausstellung „Ich bin anders, Du auch!“
Es zeigt Nina, die romantische Braut, die von einer Hochzeit in Weiß träumt..

„Wohnen, Leben, Arbeiten, Beratung und Bildung sind wichtig für alle Menschen. Diese Bedürfnisse unterscheiden Menschen mit Behinderungen nicht von Menschen ohne Behinderungen. Dass genau diese Teilhabe auch behinderten Menschen möglich ist, dafür steht die PGB“, sagte Cornelia Rundt bei

der Jubiläumsfeier, und lobte die gute Atmosphäre in den Werkstätten. PLSW-Geschäftsführer Bernd Hermeling blickt in die Zukunft und umriss die Herausforderungen, die sich die Gesellschaft künftig stellen wird. Eine davon soll die stärkere Einbeziehung von nicht-behindernden Mitarbeitern sein. „Das ge-

meinsame Arbeiten von Menschen mit und ohne Behinderungen sollte an so vielen Stellen wie möglich zu nehmen“, sagte er.

Die PGB Stadthagen begann mit ihrer Arbeit am 1. Juli 1970 mit 13 Behinderten im Werkheim Bückeberg, einem Wohnheim für Behinderte. Schon einen Monat später kam in Nienburg eine Werkstatt für Behinderte, die Wilhelm Thöneböhn Werkstatt, hinzu. Ende 1970 waren bereits 61 belegte Plätze und 11 Mitarbeiter zu verzeichnen. Heute, 40 Jahre später, betreibt die Gesellschaft sechs anerkannte Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) mit insgesamt 1.050 Plätzen sowie diverse Wohneinrichtungen mit insgesamt 120 Plätzen. Ferner betreibt die Gesellschaft eine Fachschule (Heilerziehungspflege) und eine Berufsfachschule (Heilerziehungshilfe) mit 200 Schulplätzen. Die Gesellschaft beschäftigt 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an 11 Standorten in den Landkreisen Schaumburg und Hameln-Pyrmont.

Durch die noch engere Zusammenarbeit ihrer Gesellschafter, zu denen neben dem Paritätischen die Lebens-

hilfe Springe e.V., die Lebenshilfe Rinteln e.V., die Lebenshilfe Stadthagen GmbH und die Lebenshilfe Kreisvereinigung Hameln-Pyrmont e.V. gehören, erhält die PLSW, eine neue, zukunftssichere Struktur. Dadurch sind ihr beste Voraussetzungen gegeben, um auch in Zukunft das tun, was sie bereits die letzten 40 Jahre getan hat: Flexible Angebote für Menschen mit Behinderungen aller Altersstufen vorzuhalten, zugeschnitten auf die ganz persönlichen Bedürfnisse der von ihr betreuten Menschen. „Die PLSW wird dies auch weiter mit großem Engagement und Erfolg tun“, ist sich Cornelia Rundt sicher.

„Ich bin anders, Du auch!“

Anlässlich ihres runden Geburtstags und des Zusammenschlusses mit der Lebenshilfe hat die PLSW eine Ausstellung konzipiert, die zurzeit durch Niedersachsen reist und auch für Veranstaltungen und ähnliches gebucht werden kann. „Ich bin anders, Du auch!“, ist der Name der inspirierenden Ausstellung, die 14 großflächige, professionell gestaltete Plakate umfasst. Auf ihnen sind PLSW-Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu sehen, deren Wünsche und Träume für den Moment des Fotos wahr wer-

den. Wie bei Nina, der romantischen Braut, die in der Tischlerei in Obernkirchen arbeitet und von einer Hochzeit in Weiß träumt. Auf „ihrem“ Plakat trägt sie genau das Kleid, das ihr vorschwebt – einen Traum aus Seide. Oder Olli, der als Garten- und Landschaftspfleger viel im Weserbergland umherreist, Sänger der Werkstattband ist und einmal so sein möchte wie James Bond. Für die Ausstellung posiert er wie ein echter Geheimagent: Ganz cool im schwarzen Anzug inklusive Fliege, fester Blick, die Pistole im Anschlag. Die Träume und Wünsche von Nina, Olli und zwölf anderen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der PLSW werden auf den Ausstellungsplakaten, die auch als Kalender erhältlich sind, professionell in Szene gesetzt und wirken wahrhaft inspirierend. Weitere Auskünfte zur Ausstellung und den Buchungsmodalitäten erteilt Anke Bock vom Bereich Marketing und Öffentlichkeit der PLSW, unter der Telefonnummer 05721/700-340 oder per E-Mail an a.bock@paritaetische-lebenshilfe.de.

Anika Falke

Pressereferentin Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

101. Geburtstag im „Haus am Weddigenufer“

Einen solchen Geburtstag gibt es auch im Seniorenpflegeheim „Haus am Weddigenufer“ des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen in Hannover nicht alle Tage zu feiern: Frau Martha Reinicke vollendete am 12. August ihr 101. Lebensjahr. Anlässlich dieses besonderen Geburtstags gab es

natürlich auch besonderen Besuch. Frau Bürgermeisterin Dr. Hilde Mönning gratulierte und überbrachte die Glückwünsche des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Hannover und auch der Geschäftsführer des Paritätischen Hannover, Ralf Hohfeld, war zur Gratulation gekommen.

Dieses Bild wird schwarz/weiß, befindet sich jedoch noch in Bearbeitung.



Alles Gute zum 101.: Hilde Mönning und Ralf Hohfeld gratulieren Martha Reinicke.

Die Freude der Jubilarin über den Besuch war groß, denn Besuch hat sie immer gern. Als frühere begeisterte Turnerin nimmt Frau Reinicke regelmäßig an den Gruppenangeboten „Sport und Bewegung“ teil, und als ehemalige Tanzgruppenleiterin übernimmt sie auch gern mal die Anleitung einzelner gymnastischer Übungen. Dabei hält sie im Gegensatz zu jüngeren Gruppen-

mitgliedern auch alle Übungen bis zum Schluss durch. Zudem ist sie seit der Jugendzeit dem Chorgesang zugetan. Vielleicht erklärt dies die Vitalität und Lebensfreude der Seniorin.

Im „Haus am Weddigenufer“ lebt Hertha Reinicke nun schon seit über sechs Jahren und fühlt sich hier rundherum wohl. Zudem ver-

bindet sie mit dem Haus eine ganz besondere persönliche Beziehung. Mehr als zwanzig Jahre lang arbeitete sie hier als Verkäuferin, als es im Erdgeschoss noch ein Butter- und Käsegeschäft gab – doch das ist nun schon lange her.

Ralf Hohfeld
Paritätischer Hannover

„Nachtigallen“ überraschen mit Geburtstagsständchen

Folkloreensemble gratuliert musikalisch

Mitte August gastierte das Bryansker Folkloreensemble „Soluwuschki“ (Nachtigallen) auf Einladung des Paritätischen Hameln-Pyrmont im Weserbergland. Neben Auftritten in Krankenhäusern, Behinderteneinrichtungen und auf Sommerfesten von Mitgliedsorganisationen gab es einen besonderen Höhepunkt in Hannover: Es war ein Freitag, 16 Uhr, eine Zeit, die man in der Fernsehsprache wohl einen guten Sendepplatz nennen würde. Und so war es dann auch. Im Veranstaltungsraum im GDA Wohnstift Kleefeld waren alle Plätze besetzt, als die Gruppe aus Bryansk singend die Bühne betrat. Mit ihren selbst gefertigten Kleidern aus dem 18. Jahrhundert und wiederentdeckten alten russischen Volksweisen überzeugen die 11 Mädchen und Akkordeonspieler Vadim das Publikum.

Besonders groß war an diesem Tag jedoch die Freude des Ehepaars Neubelt. Sie wohnen seit fast zwei Jahren in dieser Einrichtung, die unter der Ägide von Wolfgang Neubelt als Landesverbandschef des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen



Wolfgang Neubelt und Yvonne Freyburger-Neubelt inmitten der „Nachtigallen“.

vor 40 Jahren gegründet wurde. Seine Ehefrau Yvonne Freyburger-Neubelt hatte am Tag vor dem Auftritt der Soluwuschki 81. Geburtstag und freute sich über einige Lieder, die ihr zur Ehren gesungen wurden. Die Sangeskunst der jungen Talente kann sie immer noch gut beurteilen: In den 70er Jahren gehörte sie zu den bekanntesten Sängerinnen an der Braunschweiger Oper.

Wolfgang Neubelt zeigt in einem Gespräch mit den Soluwuschki auch

Anteilnahme an den Waldbränden in Russland und besonders an der Heimat der Mädchen, der Tschernobyl-Region Bryansk. Abschließend äußerte er sich erfreut über das immer noch anhaltende Engagement des Paritätischen in Russland, das vor 20 Jahren von Hameln ausgegangen sei.

Norbert Raabe
Paritätischer Hameln

Dieses Bild wird schwarz/weiß, befindet sich jedoch noch in Bearbeitung.

Bei der Glückspilz-Lotterie gibt es nur Gewinner

Bundeswehr-Sozialwerk verkauft Lose

Es ist die Lotterie, bei der es nur Gewinner gibt: Die Landeswohlfahrtslotterie Glückspilz. Jeder, der sich ein Los kauft, hat die Chance, einen der Hauptgewinne von 500 Euro zu ergattern oder sich doch zumindest über einen kleineren Geldbetrag oder Freilose zu freuen. Und selbst wer nichts gewinnt, dem bleibt immerhin die Gewissheit, etwas Gutes für das Soziale in Deutschland getan zu haben. Denn die Erlöse der Glückspilz-Lotterie fließen den Einrichtung der Freien Wohlfahrtspflege zu, jeder Loskauf unterstützt also die soziale Gesellschaft und macht so alle Beteiligten zu Gewinnern. Oder, wie Cornelia Rundt, Vorstand des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. es auf den Punkt bringt: „Die Teilnahme an der Glückspilz-Lotterie ist eine der schlichtesten Formen des bürgerlichen Engagements.“

Für die Paritätischen Mitgliedsorganisationen, die sich auf ihren Festen, Basaren oder anderen Veranstaltungen als Losverkäufer beteiligen, lohnt sich der Einsatz also besonders. Denn sie dürfen einen Anteil der Verkaufserlöse direkt behalten. Davon lassen sich kleinere Anschaffungen wie ein Sandkasten, Handys für die mobile Seniorenbetreuung oder Büromittel, also Dinge, die der Alltag oft fordert, finanzieren.

Dieses Bild wird schwarz/weiß, befindet sich jedoch noch in Bearbeitung.



Motivierte Losverkäufer: Hauptsekretärin Silke Schaper und Oberstabsfeldwebel Stefan Sievers.

LOTTERIE GLÜCKSPILZ

in Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen



Hauptgewinne
je Serie
2 x 500,- €

Lotterie für die Freie Wohlfahrtspflege



Eine der Mitgliedsorganisationen, die schon seit Jahren fleißig Glückspilz-Lose verkaufen, ist das Bundeswehr-Sozialwerk, Bereichsgeschäftsführung Nord. Zuletzt war die Einrichtung, deren Hauptaufgabe soziales Engagement in der Solidarität mit Schwächeren in der Bundeswehr ist, am 21. August 2010 mit einem Informations- und Losverkaufsstand beim Tag der offenen Tür der Marinetechnikschule in Parow vertreten. Bei strahlendem Sonnenschein nutzen etwa 7.500 Besucher, darunter viele Familien, die Gelegenheit, einmal hinter das Kasernentor zu schauen – und einige von Ihnen hofften dabei auf einen Gewinn in der Glückspilz-Lotterie.

Für die beiden fleißigen Losverkäufer war der Tag der offenen Tür eine

besondere Möglichkeit, sich der Öffentlichkeit zu präsentieren. Denn sowohl Oberstabsfeldwebel Stefan Sievers als auch Hauptsekretärin Silke Schaper gehören erst seit kurzem zur Geschäftsführung des Bundeswehr-Sozialwerks. Oberstabsfeldwebel Stefan Sievers ist seit Anfang September stellvertretender Bereichsgeschäftsführer. Er übernahm das Amt von Oberstabsfeldwebel Holger Dreesen, der im November in den Ruhestand geht.

Mit dem Verlauf des Tags der offenen Tür waren Stefan Sievers und Silke Schaper sehr zufrieden. Viele Besucher hatten sich über das Bundeswehr-Sozialwerk informiert. „Besonders erfreut waren wir darüber, dass sich 13 Besucher spontan da-

zu entschlossen, Mitglied bei uns zu werden“, sagt Sievers. Nur der Verkauf der Glückspilz-Lose hätte sogar noch besser sein können – immerhin bedeutet jedes einzelne Los einen Gewinn für die Verkäufer. „Aber wir haben ja in diesem Jahr drei bis vier weitere Veranstaltungen, bei denen wir noch fleißiger verkaufen wollen“, sagt Sievers.

Mehr Informationen zur Glückspilz-Lotterie sind erhältlich bei:

Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

Ernst Spieß

Tel. 05 11 / 52486-398

E-Mail: ernst.spieess@paritaetischer.de

Diese Anzeige wird schwarz/weiß, befindet sich jedoch noch in Bearbeitung.

Jugendmarken 2010

Gutes tun Mit Briefmarken helfen

Seit 1965 fördert die Stiftung Deutsche Jugendmarke e. V. mit den Zuschlägen aus dem Verkauf der Sonderpostwertzeichen »Für die Jugend« Projekte aus dem Bereich der Kinder- und Jugendhilfe. Mit den Mitteln können insbesondere die freien Träger der Kinder- und

Jugendhilfe viele notwendige Vorhaben durchführen. Damit wird unseren Kindern und Jugendlichen geholfen und ihnen bessere Entwicklungs- und Lebenschancen gegeben.



Verlangen Sie am Postschalter ausdrücklich

Jugendmarken

Die Sonderpostwertzeichen mit den Zuschlägen »Für die Jugend« ermöglichen schnelle und unbürokratische Hilfen bei aktuellen Problemen der Jugendhilfe. Ihre Wirkung wird durch sichtbare Erfolge deutlich – fordern Sie den aktuellen Jahresbericht 2009 bei der

Stiftung Deutsche Jugendmarke e.V. Rochusstraße 8-10, 53123 Bonn

an und lassen Sie sich über die Leistungen unterrichten, die mit den Zuschlägen aus dem Verkauf der Jugendmarken im vergangenen Jahr erzielt werden konnten.

Die Jugendmarken 2010 sind vom 12. August bis zum 30. November 2010 in allen Postfilialen und bis auf weiteres bei der Deutschen Post AG, Niederlassung Philatelie in 92628 Weiden erhältlich. Nähere Informationen und philatelistische Angebote unter www.jugendmarke.de.



Dieses Bild wird schwarz/weiß, befindet sich jedoch noch in Bearbeitung.

„Gleich sind wir da!“ –

Paritätischer Lüneburg zeigt kreativen Umgang mit Verbandslogo

Eigentlich liest sich das Verbandslogo des Paritätischen, das rote Gleichheitszeichen, als Symbol für die vom Verband angestrebte gleichberechtigte Behandlung aller Menschen. Dass das Zeichen jedoch – mit einem kleinen Augenzwinkern – auch ganz anders eingesetzt werden kann, das haben die Mitarbeiter des Paritätischen Lüneburg auf kreative Art bewiesen. Die neunköpfige Gruppe nahm am 11. Juni am 3. Lüneburger Firmenlauf teil – klar, dass sie unter den Teilnehmern sofort als Paritätische Laufereinheit erkenn-



bar sein wollte. Und so fehlte eben auch das bekannte Gleichheitszeichen nicht auf den T-Shirts, die sich die Sportler extra für diesen Auftritt anfertigen ließen. „Gleich sind wir da!“ stand auf den Rücken der Paritätler – nur, dass anstelle

des Wortes „gleich“ eben besagtes Logo aufgedruckt war. In sportlicher Hinsicht hat der clevere Shirtdruck leider nicht viel gebracht, für einen Platz auf dem Treppchen hat es für die Gruppe des Kreisverbandes nicht gereicht. Doch ein nettes Plätzchen

im Parität Report hat die Kreativität der Sportler allemal verdient.

*Anika Falke
Pressereferentin Paritätischer
Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.*



paritätisches
JUGENDwerk

www.pjw-nds.de





Wir sind am Start >>
>> mit Infos, Projekten, Aktionen



kraftvoll
lautstark



dynamisch

Paritätisches Jugendwerk Niedersachsen · Kommißstraße 5 · 38300 Wolfenbüttel · Tel: (05331) 92 00 -0 · Fax: (05331) 92 00 79

Trauer um Elke Katz

Zweifelsfrei gehört sie zum Urgestein des Paritätischen in Niedersachsen: Am 21. Juni 2010 verstarb nach kurzer schwerer Krankheit unsere Mitarbeiterin und Kollegin, Frau Elke Katz, im Alter von 55 Jahren.

Fast 30 Jahre lang hat Elke Katz als nicht sehende Mitarbeiterin ihre vielfältigen Aufgaben im Sekretariat des Vorstands, früher des Landesgeschäftsführers bzw. stellv. Landesgeschäftsführers, in der Landesverbandsgeschäftsstelle in Hannover erfüllt. Sie tat dies in der ihr eigenen Art mit ganz außergewöhnlichem

Engagement, hohem Fachwissen und stets mit allerbesten Ergebnissen.

Ihr Wissen über den Verband, seine Strukturen und Verknüpfungen, ihre außergewöhnliche Auffassungsgabe und ihr blendendes Gedächtnis zeichneten sie bis zu ihrem letzten Arbeitstag aus.

Tiefbewegt haben wir von unserer Mitarbeiterin und Kollegin Elke Katz Abschied nehmen müssen. Sie wird ihren Platz mitten unter uns behalten; unsere Erinnerung an sie wird bleiben.

Ehrungen

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesverbandes, in Kreisgruppen wie Mitgliedsorganisationen konnten in den letzten Wochen für langjährige Verbandszugehörigkeit ausgezeichnet werden:

Ehrenzeichen des Verbandes:

- Regina Müller, Paritätischer Celle
- Kristina Wasser, Paritätischer Salzgitter
- Waltraud Dehmel, Paritätischer Wolfsburg
- Brigitte Pecht, Wilhelmshavener Kinderhilfe e.V.
- Gisela Stuckas, Wilhelmshavener Kinderhilfe e.V.
- Wladimir Kotin, Russische Partner, Brjansk
- Swetlana Awdeewa, Russische Partner, Brjansk
- Dr. Alexander Tschislin, Russische Partner, Brjansk
- Prof. Dr. Galina Rossichina, Russische Partner, Brjansk
- Petra Tute, Paritätischer Friesland
- Ulrike Bourehil, Stiftung Hannoversche Kinderheilanstalt

Urkunde:

- Angelika Humke, Paritätischer Nienburg
- Annette Schumann, Paritätischer Lüneburg
- Gabi Sauer, Paritätischer Friesland
- Annegret Stahmer, Paritätischer Friesland
- Birgit Schliwa, Paritätischer Lüneburg
- Edith Schreiner-Haarmann, Paritätischer Nienburg

Plakette für Verdienste um die Landeshauptstadt Hannover:

- Heiner Peterburs – ehem. GF Step g GmbH am 17.06.2010

Der Paritätische Stellenmarkt

Senden Sie eine Kurzbewerbung (zwei bis drei Sätze) oder ihre Ausschreibung an E-Mail presse@paritaetischer.de oder Fax 0511 52486-333.

Die Veröffentlichung ist kostenlos!

Stellengesuche

Geschäftsführer, 43 Jahre, aus dem Bereich der Jugend- und Suchtkrankenhilfe sucht einen neuen Wirkungskreis im sozialen Sektor. Durch die bisherigen Tätigkeiten können auch Erfahrungen aus den Bereichen Alten- und Behindertenhilfe vorgewiesen werden.

Aufgrund eines betriebswirtschaftlichen Studiums und der bisherigen Tätigkeiten sind Erfahrungen in den Bereichen der administrativen Abläufe und den betriebswirtschaftlichen Belangen von sozialen Unternehmen vorhanden. Insbesondere in den Bereichen des Qualitätsmanagements, der Öffentlichkeitsarbeit und des Marketings wurde eine Vielzahl von Aktivitäten erfolgreich durchgeführt.

Innerhalb mehrjähriger Geschäftsführertätigkeiten in unterschiedlichen Unternehmen wurden Erfahrungen mit Personalführung für bis zu 100 MitarbeiterInnen gesammelt. Bevorzugt wird ein kooperativer Führungsstil, der die Einbindung aller beteiligten Personen an Prozessen für ebenso unabdingbar hält wie die Fähigkeit, Entscheidungen zu treffen. Die Schaffung, Pflege und der Ausbau von Netzwerken – auch über den jeweiligen Fachbereich hinaus – werden als wichtiges Anliegen im Sinne eines allumfassenden Ansatzes in den Bereichen Marketing, Verbesserung von Arbeitsabläufen und Optimierung der jeweiligen Hilfesysteme betrachtet.

Es besteht bundesweites Interesse an einer neuen Herausforderung und volle Flexibilität hinsichtlich des Einsatzortes.

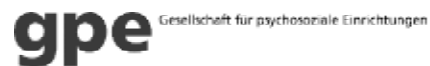
Sollten Sie Interesse an einer Zusammenarbeit haben, wird um Rückmeldung unter folgender Adresse gebeten:

Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.

z. Hd. Frau Cornelia Rundt
Gandhistr. 5a, 30559 Hannover
oder
cornelia.rundt@paritaetischer.de

Dipl.-Kfm., Gesundheitsmanager und Master of Health Administration, 52 Jahre, langjährige Berufserfahrung in der Sozialwirtschaft, flexibel, motiviert und verantwortungsbereit, sichere Kenntnisse in der Anwendung von MS-Office, sucht neue Herausforderung.

Zuschriften bitte unter Telefon
0173/8777454



Die „Gesellschaft für psychosoziale Einrichtungen, gemeinnützige GmbH“ (gpe) ist als mittelständischer sozialer Dienstleister mit zzt. 180 Mitarbeiter/innen im Bereich der medizinischen, sozialen und beruflichen Rehabilitation und Integration von Menschen mit vorwiegend psychischen Erkrankungen und Behinderungen sowie Menschen in schwierigen Lebenssituationen tätig. Die Leistungen unserer Dienste und Einrichtungen sind in hohem Maße kundenorientiert. Das schließt das positive und innovative Reagieren auf die neuen Herausforderungen sozialer Arbeit ein. Mehrheitsgesellschafter der gpe ist der Paritätische Wohlfahrtsverband Rheinland-Pfalz/Saarland.

Unser langjähriger Geschäftsführer geht zum 30.09.2011 in den Ruhestand. Zum 1. April 2011 suchen wir eine/n

Geschäftsführer/in

Ihre Aufgabenschwerpunkte

- Verantwortliche Leitung der Gesellschaft und Mitarbeiter/innen
- Verantwortlich für die Gesamtkonzeption und deren Weiterentwicklung
- Zusammenarbeit mit Fachbehörden, Leistungsträgern, Verbänden, Organisationen
- Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation und der Qualitätssicherung
- Mitwirkung an der Weiterentwicklung des gemeindepsychiatrischen Verbundes Mainz und Arbeit in Gremien, Ausschüssen, Arbeitskreisen, Verbänden

Ihr Profil

- Abgeschlossenes Studium, bevorzugt Sozialpädagogik, sozial-wissenschaftlich oder betriebswirtschaftlicher Bereich
- Langjährige Berufs- und Leitungserfahrung in sozialen Bereichen (bevorzugt in Bereichen der Psychiatrie oder Behindertenhilfe)
- Solide Kenntnisse im Leistungs- und Sozialrecht sowie in der Behindertenhilfe und Rehabilitation
- Solide betriebswirtschaftliche Erfahrungen, Kenntnisse im Personalwesen und Arbeitsrecht
- Solide EDV-Kenntnisse (Office-Paket)

Unsere Erwartungen

- Sie können mit hoher strategischer Kompetenz unternehmerisch und sozial denken und handeln.
- Den Herausforderungen der täglichen Arbeit begegnen Sie mit Durchsetzungskraft, Konfliktfähigkeit, Reflexionsvermögen, einer lösungsorientierten Grundhaltung und Humor.
- Ihren Arbeitseinsatz passen Sie flexibel den jeweiligen Anforderungen und Problemstellungen an. Sie sind belastbar und behalten auch in Krisensituationen einen klaren Kopf.

Wir bieten Ihnen

- einen vielseitigen, interessanten und verantwortungsvollen Arbeitsplatz mit vielen Gestaltungsmöglichkeiten
- Die Unterstützung durch kompetente und motivierte Führungskräfte und Mitarbeiter/innen sowie eine Teamkultur, die geprägt ist von einer kollegialen Atmosphäre.
- der Position und Aufgabe angemessene Vertragsbedingungen

Bitte senden Sie Ihre Bewerbungsunterlagen unter Angabe Ihrer Gehaltsvorstellung und der **Ausschreibungsnr. GF-1110-2010 001** an den **Vorsitzenden des Aufsichtsrats der gpe, Herrn Wolfgang Krause, Gesellschaft für psychosoziale Einrichtungen, Galileo-Galilei-Straße 9a, 55129 Mainz.**

www.gpe-mainz.de

Serviceleistungen des Paritätischen Niedersachsen

Die Ansprechpartner

Betriebswirtschaft

Entgeltkalkulation, Kostenträgerverhandlung, Interims- & Krisen-Management, Haushalts- und Wirtschaftsplanung, Kostenreduzierung durch Umstrukturierung, Personal- und Personaleinsatz-Planung, Managementtraining, Beratung in Wirtschaftlichkeitsfragen, Marketing-Beratung, Begleitung in Schiedsstellenverfahren, Konzeption von Leistungsangeboten, Leistungsbeschreibung

Birgit Eckhardt

Tel. 0511 52486-376

Eduard Schellenberg (Behindertenhilfe)

Tel. 0511 52486-367

Sven Dickfeld (Erziehungshilfe)

Tel. 0511 52486-387

Barbara Heidrich (Pflege)

Tel. 0511 52486-370

Baubetreuung

Baubetreuung oder Leitung, Prüfung von Kostenvoranschlägen und Architektenverträgen, Gutachten

Birgit Eckhardt

Tel. 0511 52486-376

EDV

Kommunikationskonzepte, Softwareberatung, Auswahl und Installation von Hard- und Software, Softwareübersichten, Internet-Präsentationen

Dietmar Buck

Tel. 0511 52486-373

Reiner Imwiehe

Tel. 0511 52486-359

Finanzierung

Zuwendungen, Zuschüsse und Stiftungsmittel (z. B. Lotteriemittel, Aktion Mensch, Deutsches Hilfswerk, Glücksspirale), Finanzierungskonzeption, Kapitalmarktkredite, Vermittlung von Investoren

Christiane Schumacher

Tel. 0511 52486-395

Birgit Eckhardt (Fundraising)

Tel. 0511 52486-376

Adelheid Dähne (Fundraising)

Tel. 0511 52486-347

Finanzbuchhaltung

Organisation der Finanzbuchhaltung, Unterstützung bei Fragen im umsatzsteuerlichen Bereich, Kontierungen, Abschreibungen, Jahresabschluss, Verwendungsnachweise Lotteriemittel-Beihilfen

Monika Bullmann

Tel. 0511 52486-378

Christiane Häberle

Tel. 0511 52486-386

Erfassen der Buchhaltungsunterlagen;

Beratung Jahresabschluss (entgeltlich)

Annemarie Heuer

Tel. 0511 52486-377

Fotokopien

Größere Kopieraufträgen einschl. Einbinden (entgeltlich)

Matthias Noland

Tel. 0511 52486-375

Kfz

Ulrich Preisberger (Abrufscheine)

Tel. 0511 52486-348

Paritätisches Rechenzentrum

Abrechnung von Löhnen/Gehältern (entgeltlich)

Udo Mex

Tel. 0511 52486-357

Personal

Unterstützung bei personalrechtlichen Fragen; Unterstützung im Umgang mit BAT, AVR, AVB und TVöD/TV-L, Betriebsvereinbarung des Paritätischen Niedersachsen

Kirsten Schalinski

Tel. 0511 52486-379

Rahmenverträge

Vergünstigte Konditionen für Telefonie und Materialbeschaffung sowie Kopier-, Fax- und Drucksysteme

Ernst Spieß

Tel. 0511 52486-398

Recht

Beratung und Unterstützung bei arbeitsrechtlichen und sonstigen Rechtsfragen, Gutachten, Vertragsprüfung und -ausarbeitung, außergerichtliche Verhandlungen und Vergleiche, Vertretung vor Schiedsstellen

Birgit Eckhardt

Tel. 0511 52486-376

Christiane Schumacher

Tel. 0511 52486-395

Versicherungen

Ulrich Preisberger

Tel. 0511 52486-348

Seminare

Interne und externe Schulungen

Nadine Heise

Tel. 0511 52486-384

Fachbereiche des Paritätischen

Die Fachberaterinnen und Fachberater

Altenselbsthilfe

Christine Köhler-Riebau
Paritätischer Wolfsburg
Saarstr. 10 a
38440 Wolfsburg
Tel. 05361 2950-15
Fax 05361 2950-21
E-Mail christine.koehler-riebau@paritaetischer.de

Ausländerfragen

Dieter Nagel
Paritätischer Goslar
Von-Garßen-Str. 6
38640 Goslar
Tel. 05321 21011
Fax 05321 18229
E-Mail dieter.nagel@paritaetischer.de

Behindertenhilfe

Erwin Drefs
Lebenshilfe Delmenhorst und Umgebung e.V.
Bismarckstr. 21
27749 Delmenhorst
Tel. 04221 1525-0
Fax 04221 1525-15
E-Mail erwindrefs.fb@lebenshilfe-delmenhorst.de

Bildung

Steffi Becker
Paritätischer Niedersachsen e.V.
Gandhistr. 5 A
30559 Hannover
Tel. 0511 52486-383
Fax 0511 52486-332
E-Mail steffi.becker@paritaetischer.de

Eingliederungshilfe/Wohnen

Eduard Schellenberg
Paritätischer Niedersachsen e.V.
Gandhistr. 5 A
30559 Hannover
Tel. 0511 52486-367
Fax 0511 52486-332
E-Mail eduard.schellenberg@paritaetischer.de

Elementarerziehung

Klaus-Dieter Fortmeyer
Paritätischer Cuxhaven
Kirchenpauerstr. 1
27472 Cuxhaven
Tel. 04721 5793-12
Fax 04721 5793-30
E-Mail klaus-dieter.fortmeyer@paritaetischer.de

Erziehungshilfe

Sven Dickfeld
Paritätischer Niedersachsen e.V.
Gandhistr. 5 A
30559 Hannover
Tel. 0511 52 486-387
Fax 0511 52 486-332
E-Mail sven.dickfeld@paritaetischer.de

Frauen und Familien

Andrea Zerrath
Paritätischer Helmstedt
Schuhstr. 1
38350 Helmstedt
Tel. 05351 54191-4
Fax 05351 54191-66
E-Mail andrea.zerrath@paritaetischer.de

Jugendbildung/PJW

Karsten Maul
Paritätischer Wolfenbüttel
Kommießtr. 5
38300 Wolfenbüttel
Tel. 05331 9200-40
Fax 05331 9200-79
E-Mail karsten.maul@paritaetischer.de

Krankenhäuser

Sebastian Böstel
Paritätischer Niedersachsen e.V.
Gandhistr. 5 A
30559 Hannover
Tel. 0511 52486-350
Fax 0511 52486-333
E-Mail sebastian.boestel@paritaetischer.de

Kur- und Erholungshilfen

Birgit Eckhardt
Paritätischer Niedersachsen e.V.
Gandhistr. 5 A
30559 Hannover
Tel. 0511 52486-376
Fax 0511 52486-332
E-Mail birgit.eckhardt@paritaetischer.de

Mittel- und Osteuropa

Krzysztof Balon
Verein für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit im sozialen Bereich e.V.
Marienbruchstr. 61/63
38226 Salzgitter
Tel. 05341 84 11 94
Fax 05341 84 11 13
E-Mail k.balon@depolsozial.de

Pflege

Barbara Heidrich
Paritätischer Niedersachsen e.V.
Gandhistr. 5 A
30559 Hannover
Tel. 0511 52486-370
Fax 0511 52486-333
E-Mail barbara.heidrich@paritaetischer.de

Schullandheime

Steffi Becker
Paritätischer Niedersachsen e.V.
Gandhistr. 5 A
30559 Hannover
Tel. 0511 52486-383
Fax 0511 52486-332
E-Mail steffi.becker@paritaetischer.de

Selbsthilfe

Barbara Heidrich
Paritätischer Niedersachsen e.V.
Gandhistr. 5 A
30559 Hannover
Tel. 0511 52486-370
Fax 0511 52486-333
E-Mail barbara.heidrich@paritaetischer.de

Soziale Psychiatrie

Bernhard Döring
Paritätischer Nienburg
Wilhelmstr. 15
31582 Nienburg
Tel. 05021 9745-17
Fax 05021 9745-11
E-Mail bernhard.doering@paritaetischer.de

Sucht

Paul-Walter Steffens
Paritätischer Uelzen
St.-Viti-Str. 22
29525 Uelzen
Tel. 0581 9707-12
Fax 0581 9707-20
E-Mail paul-walter.steffens@paritaetischer.de

Überregionale

Mitgliedsorganisationen

Birgit Eckhardt
Paritätischer Niedersachsen e.V.
Gandhistr. 5 A
30559 Hannover
Tel. 0511 52486-376
Fax 0511 52486-332
E-Mail birgit.eckhardt@paritaetischer.de

Arbeitskreise des Paritätischen

Leiterinnen und Leiter

Arbeits- und Tarifrecht

Birgit Eckhardt
 Paritätischer Niedersachsen e.V.
 Gandhistr. 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 0511 52486-376
 Fax 0511 52486-333
 E-Mail birgit.eckhardt@paritaetischer.de

Betreuungsvereine

Christiane Schumacher
 Paritätischer Niedersachsen e.V.
 Gandhistr. 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 0511 52486-395
 Fax 0511 52486-332
 E-Mail
christiane.schumacher@paritaetischer.de

Freiwilligen-Agenturen

Tanja Bremer
 Paritätischer Peine
 Stadtteil-Büro Telgte
 Hannoversche Heerstraße 23
 31228 Peine
 Tel. 05171 582777
 Fax 05171 292570
 E-Mail tanja.bremer@paritaetischer.de

Kontakt- u. Beratungsstellen für Selbsthilfegruppen

Marina Nowotschyn
 Paritätischer Wolfsburg
 Saarstraße 10 a
 38440 Wolfsburg
 Tel. 05361 2950-50
 Fax 05361 2950-21
 E-Mail
marina.nowotschyn@paritaetischer.de

Migration

Steffi Becker
 Paritätischer Niedersachsen e.V.
 Gandhistr. 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 0511 52486-383
 Fax 0511 52486-332
 E-Mail steffi.becker@paritaetischer.de

Schuldnerberatung

Wolfgang Lippel
 Paritätischer Nienburg
 Wilhelmstr. 15
 31582 Nienburg
 Tel. 05021 9745-15
 Fax 05021 9745-11
 E-Mail wolfgang.lippel@paritaetischer.de

Sprachheilarbeit

Irmgard Fricke
 Lebenshilfe Hameln e.V.
 Sprachheilkindergarten
 Burgstr. 4
 31855 Aerzen
 Tel. 05154 3805
 Fax 05154 7090008
 E-Mail irmgard.fricke@lebenshilfe-hamelnde

Straffälligenhilfe

Steffi Becker
 Paritätischer Niedersachsen e.V.
 Gandhistr. 5 A
 30559 Hannover
 Tel. 0511 52486-383
 Fax 0511 52486-332
 E-Mail steffi.becker@paritaetischer.de

Anzeige **SOZIALVERBAND**
VdK
 NIEDERSACHSEN-BREMEN

Interessenverband der Behinderten,
 Rentner und Sozialversicherten

Rat Hilfe Rechtsschutz

für Mitglieder in allen sozialrechtlichen Angelegenheiten:
 Pflegeversicherung, Krankenversicherung, Unfallversicherung, Rentenversicherung,
 Arbeitslosenversicherung, Behindertenrecht, Sozialhilferecht, Soziales Entschädigungsrecht

Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen e.V., Nikolausstraße 11, 26135 Oldenburg
 Telefon: 0441 - 21029-0, Telefax: 0441 - 2102910, eMail: niedersachsen-bremen@vdk.de
 Internet: www.vdk.de/niedersachsen-bremen
 - Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen -